

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **7./8. Parlamentssitzung**
des Stadtparlaments im Amtsjahr 2025/2026
vom 25. August 2025

von 16.15 – 18.33 Uhr und 20.00 – 22.05 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

Vorsitz: Ph. Weber (SP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: D. Roth-Nater (EVP), O. Staub (SP), Ch. Della Sega (SVP), A. Zuraikat (Die Mitte), Th. Gschwind (SP), D. Roth-Nater (EVP), R Hugentobler (AL)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1*		Protokolle der 4./5. und 6. Sitzungen	
2*	25.33 (DBM)	Verpflichtungskredit von Fr. 5'728'000 für den Neubau der Frauenfelderstr., Hegistr. bis Talwiesenstr. (Projekt-Nr. 5007000)	K. Frei Glowatz
3*	25.40 (DBM)	Bau- und Zonenordnung (BZO), Teilrevision zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Bau-begriffe (IVHB): Festsetzung	L. Merz
4*	22.52 (DPR)	Projektierungskredit von Fr. 1.4 Mio. für den Neubau des Stadtarchivs Winterthur (Projekt-Nr. 13221)	M. Graf
5*	25.75 (DTB)	Neue jährlich wiederkehrende Mehrausgaben für den Bezug des ökologisch hochwertigsten Stromproduktes «KlimaGold» von Stadtwerk Winterthur durch die Winterthurer Stadtverwaltung	St. Gubler / N. Ernst
6*	25.74 (DSU)	Zusatzkredit von jährlich wiederkehrend Fr. 119'000 für den Mitgliederbeitrag des Vereins Interessensgemeinschaft Rettungsdienst Region Winterthur	K. Vogel
7*	25.84 (DFI)	Beantwortung der dringlich erklärten Interpellation K. Hager (SP), M. Zundel (Grüne/AL), Ch. Hartmann (SVP), I. Kuster (Die Mitte) und S. Kocher (GLP) betr. Abschöpfung der Grundstückgewinnsteuer durch den Kanton	

- | | | |
|----|----------------|--|
| 8* | 25.83
(DTB) | Begründung des Postulats D. Rohner (EVP), J. Praetorius (Grüne/AL), L. Jacot (SP) und N. Ernst (GLP) betr. Gross-Solaranlagen in Winterthur |
| 9* | 25.92
(DPR) | Begründung des Postulats K. Frei Glowatz (Grüne/ AL), G. Stritt (SP), D. Roth-Nater (EVP) und C. Mancuso (FDP) betr. Erhalt des Angebots und Weiterentwicklung der Ludotheken der Stadt Winterthur |
| 10 | 24.44
(DSS) | Beantwortung der Interpellation K. Vogel (Die Mitte), N. Holderegger (GLP), D. Roth-Nater (EVP) und P. A. Werner (SVP) betr. Nutzung der Handys und elektronischen Geräte an den Schulen Winterthurs |
| 11 | 24.52
(DTB) | Beantwortung der Interpellation N. Ernst (GLP), A. Geering (Die Mitte/EDU), Ph. Weber (SP), R. Diener (Grüne/AL) und R. Perroulaz (FDP) betr. zukunftsfähiges Konzept Öffentlicher Verkehr (ÖV) |
| 12 | 24.90
(DSU) | Beantwortung der Interpellation Ch. Hartmann (SVP) betr. Auflösung unbewilligter Demonstrationen |
| 13 | 24.92
(DSU) | Beantwortung der Interpellation B. Oeschger (GLP), K. Vogel (Die Mitte) und D. Romay (FDP) betr. Einsatz von Körperkameras (Bodycams) durch die Stadtpolizei Winterthur |
| 14 | 25.15
(DFI) | Antrag und Bericht zur Motion F. Künzler (SP), M. Zundel (Grüne), D. Roth-Nater (EVP), I. Kuster (Mitte), M. Wäckerlin (SVP), R. Tobler (FDP) und J. Guddal (GLP) betr. Open-Source für die Stadt Winterthur analog Art. 9 EM-BAG |
| 15 | 25.14
(DFI) | Antrag und Bericht zum Postulat R. Heuberger (FDP), I. Kuster (Die Mitte), Ph. Angele (SVP) und N. Holderegger (GLP) betr. Priorisierung Investitionskredite zu Gunsten der Schulhäuser |
| 16 | 25.11
(DSO) | Beantwortung der Interpellation N. Holderegger (GLP), R. Hugentobler (Grüne/AL), D. Rohner (EVP), St. Gubler (SVP) und B. Helbling-Wehrli (SP) betr. Information von Careleaver und Careleaverinnen über städtische und regionale Unterstützungsangebote |

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Parlamentspräsident Ph. Weber: Ich begrüsse Euch zu den 7. und 8. Sitzungen des Stadtparlaments.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Ph. Weber: Ich komme zu den Abmeldungen. An beiden Sitzungen nicht anwesend sind Olivia Staub (SP), Thomy Gschwind (SP), Christian Della Sega (SVP), Daniela Roth-Nater (EVP), Roman Hugentobler (AL) und André Zuraikat (Die Mitte/EDU). Ca. 10 Minuten zu spät kommt Simon Gonçalves (Die Mitte/EDU).

Gratulieren zum Geburtstag werden wir André Zuraikat heute nicht, da er sich entschieden hat, nicht hier zu sein. Aber er wäre heute 39 geworden.

Film- und Fotoaufnahmen sind generell erlaubt.

Ich habe noch folgende sonstige Informationen: Einerseits der Entscheid des Bezirksrats zum Budget 2025. Diesen haben wir mitaufgeschaltet beim Geschäft Budget 2025. Da haben sich mehrere Personen informiert, wo man das nachlesen kann. Der Entscheid ist jetzt online, beim entsprechenden Geschäft.

Von Stefan Fritschi wurde ich informiert, dass alle, die sich noch nicht für den Forstungang angemeldet haben, 1. einen Fehler gemacht haben und 2. noch eine Gnadenfrist bis am Mittwoch haben.

Heute geht noch eine Umfrage herum, wer das Budgetbuch 2026 in gedruckter Form haben möchte. Denkt dabei an die Umwelt und die Stadtfinanzen.

Das waren die Mitteilungen.

Fraktionserklärungen

Parlamentspräsident Ph. Weber: Es sind zwei Fraktionserklärungen angemeldet, beide haben das Thema «Entscheid des Bezirksrats zum Budget 2025». Die erste ist eine gemeinsame Erklärung der Fraktionen SVP, FDP, GLP, Die Mitte/EDU und EVP. Die zweite ist eine gemeinsame Erklärung der Fraktionen SP und Grüne/AL.

Ich frage da Kaspar Bopp, ob er gerne am Schluss, nach diesen Erklärungen, sprechen möchte oder schon dazwischen? - Gerne ganz am Schluss.

Als erstes bekommt das Wort Christian Hartmann.

Ch. Hartmann (SVP): Der Bezirksrat hat die Aufsichtsbeschwerde des Stadtrats gegen den Budgetbeschluss des Parlaments zum Budget 2025 entschieden. Wir nehmen die Medienmitteilung des Stadtrats dazu und die medialen Äusserungen des Finanzvorstands mit Erstaunen und auch mit Unverständnis zur Kenntnis.

Der Stadtrat hat dem Bezirksrats beantragt, diese Budgetkürzung aufzuheben. Der Bezirksrat ist diesem Antrag nicht gefolgt. Er verzichtet ausdrücklich auf aufsichtsrechtliche Massnahmen. Das Urteil ist also eindeutig: Das Budget 2025 gilt so, wie es das Parlament beschlossen hat. Der Versuch des Stadtrats, den Entscheid des Parlaments aufheben zu lassen, ist gescheitert.

Der Stadtrat hat deshalb das beschlossene Budget umzusetzen, so wie jeden anderen Parlamentsbeschluss auch. Trotzdem kommt der Stadtrat zum Schluss, dass er diese Budgetkürzung nicht umsetzen will. Er ignoriert damit den Bezirksrat und das Stadtparlament. Das ist eine Geringschätzung der Arbeit des Parlaments – und das bestürzt uns. Die Parlamentsarbeit ist nicht Selbstzweck; wir verwalten treuhänderisch das Steuergeld der Winterthurerinnen und Winterthurer. Es ist auch nicht nachvollziehbar, dass der Stadtrat einerseits in seiner Aufsichtsbeschwerde verlangt, das Parlament müsse genau sagen, wo es sparen will – und andererseits dann, nach dem Urteil des Bezirksrats, sagt, das Budget, das naturgemäss nicht hochpräzise sein kann, sei unverbindlich.

Es ist klar geregelt: Das Parlament definiert die Aufgaben und setzt den finanziellen Rahmen. Der Stadtrat entscheidet innerhalb der Departemente über den Einsatz der vorhandenen Mittel und der personellen Ressourcen. Die Kompetenzen des Parlaments, darunter die Festsetzung des Budgets, sind in Artikel 16 – 20 der Gemeindeordnung, also in der eigentlichen Stadtverfassung, geregelt. Ja, ist es jetzt so, dass sich der Stadtrat bei allen Parlamentsbeschlüssen, die sich auf diese Artikel stützen, aussucht, ob er sie umsetzen will?

Wäre es dem Stadtrat lieber gewesen, das Parlament hätte das Budget zurückgewiesen?

Das wäre rechtlich – das ist unbestritten – möglich gewesen. Die Konsequenz wäre aber gewesen, dass die Stadt mit einem Notbudget in das Jahr 2025 gestartet wäre. Während Monaten hätte nur noch das Nötigste ausgegeben werden können. Das wollte das Parlament mehrheitlich nicht. Winterthur braucht eine funktionierende Stadtverwaltung.

Wie weiter? Wir laden den Stadtrat ein, nicht nur rechtlich, sondern vor allem auch wirkungsorientiert zu denken. Wir sind gerne bereit, den Budgetprozess zusammen mit dem Stadtrat neu und miliztauglich zu definieren – und das, soweit als möglich, bereits für den kommenden Budgetprozess.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Christian. Dann geht wie angekündigt das Wort als nächstes an Beatrice Helbling (SP).

B. Helbling (SP): Der Bezirksrat verzichtet in der Aufsichtsbeschwerde des Stadtrats zur pauschalen Kürzung im Budget 2025 auf aufsichtsrechtliche Massnahmen. Wir haben es gelesen, wir haben es jetzt gehört. Gleichzeitig kritisiert er die Art der Kürzung deutlich: Die Reduktion um sieben Millionen Franken sei pauschal erfolgt, ohne konkrete Aussagen darüber, wo effektiv gespart werden soll – und damit problematisch. Die Verantwortung für das Budget dürfe nicht auf die Exekutive abgeschoben werden. Die Fraktionen der SP und Grünen/AL sehen sich in diesem Bescheid in ihrer Haltung bestätigt.

Wir haben uns bereits im Budgetprozess entschieden gegen diese Pauschalkürzung ausgesprochen. Im Parlament warnten wir davor, die intensive Arbeit der Kommissionen zu entwerfen. Wer ernsthaft sparen will, muss auch sagen, wo. Nur so kann der Stadtrat den politischen Auftrag umsetzen. Der Bezirksrat bestätigt diese Haltung: Pauschale Kürzungen ohne klare Sparziele widersprechen dem System der Produktgruppen und führen zu einer unklaren Aufgabenverteilung zwischen Parlament und Stadtrat.

Aus juristischer Sicht mag die Lage eindeutig sein: Der Bezirksrat hält fest, dass die Pauschalkürzung tendenziell gegen den Grundsatz der Gewaltenteilung verstösst und die Budgetverantwortung des Parlaments nicht wahrgenommen wurde. Gleichzeitig macht er aber auch klar, dass die Hürden für aufsichtsrechtliche Massnahmen sehr hoch sind – sie erfordern eine eindeutige Rechtsverletzung. Diese Schwelle ist im konkreten Fall nicht erreicht, was aber nicht bedeutet, dass die Kürzung rechtskonform oder sachlich korrekt war. Die Kritik ist unüberhörbar – auch wenn kein formaler Eingriff erfolgt ist.

Zugleich betont der Bezirksrat, dass das Budget kein rechtsverbindlicher Erlass ist, sondern ein Planungsinstrument mit provisorischem Charakter. Der Stadtrat setzt darum nur das um, was er sachlich für vertretbar hält – mehr aber auch nicht. Ein Parlament, das lediglich Sparsignale ohne Zielvorgabe sendet, trägt damit wenig zur Umsetzung bei.

Für unsere Fraktionen ist klar: Wer Kürzungen beschliesst, muss auch Verantwortung übernehmen. Nur konkrete Anträge machen politische Konsequenzen sichtbar – und ermöglichen dem Stadtrat eine saubere Umsetzung. Pauschale Kürzungen hingegen schaffen keine Verbindlichkeit, sondern sie verlagern die Verantwortung an die Verwaltung – oder ins Leere. Wir stehen für transparente und verantwortungsvolle Budgetberatungen, bei denen nicht symbolisch gekürzt wird, sondern eine ernsthafte und nachvollziehbare Auseinandersetzung mit den Zielen und Aufgaben der Stadt stattfindet und die sozialen Folgen im Zentrum stehen. Und deshalb nochmals als Replik auf das, was die bürgerliche Seite gesagt hat: Ein rechtskräftiger Beschluss ist nicht automatisch ein verantwortungsvoller Beschluss.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass bürgerliche Fraktionen den Entscheid des Bezirksamts als Bestätigung für pauschale Sparaufträge interpretieren. Doch wer genau liest, erkennt: Der Bezirksrat rügt das Parlament – auch wenn er keine aufsichtsrechtlichen Massnahmen ergreift. Rechtskräftig ja – aber nicht vorbildlich. Denn der Entscheid betont: Pauschale Kürzungen sind problematisch, sie verlagern Verantwortung auf die Verwaltung und sie widersprechen zumindest tendenziell dem Grundsatz der Gewaltenteilung.

Gerade deshalb erstaunt es uns, wie selbstverständlich jetzt behauptet wird, der Stadtrat habe «einfach umzusetzen». Doch wie, wenn niemand sagt, wo? Wir sagen es nochmals deutlich: Nur wer benennt, wo gespart werden soll, übernimmt politische Verantwortung.

Wenn die SVP und andere jetzt die Demokratie beschwören, sollten sie sich daran erinnern: Demokratie bedeutet nicht nur abstimmen – sondern auch Verantwortung für Inhalte und Folgen übernehmen.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Bea. Dann geht das Wort jetzt an Kaspar Bopp, den Finanzvorsteher von Winterthur.

Stadtrat K. Bopp: Ich möchte mich insofern anschliessen, als ich mir auch vorgenommen habe, jetzt hier einen sehr persönlichen Ton einzuschlagen. Und ich bin froh, dass das auch aus dem Parlament so gekommen ist.

Ich glaube, in unseren Erwartungen an den Budgetprozess sind unsere Positionen gar nicht so weit auseinander, wie es manchmal den Anschein macht oder in den vergangenen Tagen den Anschein machte. Der Entscheid des Bezirksrats liegt nun vor. Er hat die pauschale Kürzung als problematisch bezeichnet, weil sie die Systematik der Produktgruppen unterläuft und die Verantwortung von der Legislative an die Exekutive verschiebt. Gleichzeitig hat er auf aufsichtsrechtliches Eingreifen verzichtet, wie das von beiden Seiten so geäussert wurde. Aber nicht, weil er diese Kürzung für unbedenklich hält oder weil er sie für richtig hält, sondern weil das Budget – und das war der Bezirksrat, der das sagte – im Rechtssinn lediglich als Planungsinstrument gilt.

Für den Stadtrat bedeutet das zwei Sachen: 1. akzeptieren wir selbstverständlich den Entscheid, keine aufsichtsrechtlichen Massnahmen zu ergreifen. 2. bleiben wir bei unserer Haltung, dass pauschale Kürzungen nicht im Einklang stehen mit den Regeln für die wirkungsorientierte Verwaltungsführung zum einen und mit der Gewaltenteilung zum anderen. In dem sehen wir uns durch den Bezirksratsentscheid auch bestärkt. Aus unserer Sicht müssten deshalb pauschale Kürzungen für die Zukunft vom Tisch sein – das ist die Konsequenz daraus. Lassen Sie mich aber klar betonen: Auch wenn der Bezirksrat das Budget lediglich als Planungsinstrument oder als behördeninternen Leitfaden bezeichnet (das nimmt man so aus seinem Beschluss heraus), für den Stadtrat ist es weit mehr. Für den Stadtrat stellt es den Willen des Parlaments in Budgetsachen dar – und dieser hat für uns einen sehr hohen Stellenwert. Es ist uns in grosses Anliegen – und ich möchte das hier drinnen nochmals explizit sagen -, den Willen des Parlaments auch umzusetzen. Das machen wir bei allen Beschlüssen und das machen wir auch beim Budget. Damit wir das aber seriös und rechtskonform und transparent machen können, muss der Willen aus dem Beschluss klar herauskommen und präzise sein. Nur so wissen wir, weiss die Verwaltung und weiss auch die Bevölkerung, was tatsächlich gewollt ist. Und nur so kann Verantwortung auch klar zugeordnet werden.

Gleichzeitig sehen wir, dass es im Budgetprozess Bedürfnisse gibt, die nicht immer vollständig abgedeckt werden. Ich bin deshalb schon länger mit einigen aus dem Parlament (und darüber müssten alle hier drinnen informiert sein) daran zu prüfen, wie wir da Verbesserungen erreichen können. Das Ziel ist es, dass der politische Willen in Zukunft präziser zum Ausdruck kommt und dadurch auch praktikabler umgesetzt werden kann durch den Stadtrat.

Der Entscheid des Bezirksrats zeigt letzten Endes: Der Spielraum für pauschale Kürzungen ist rechtlich schwach abgestützt und politisch wenig zielführend. Für tragfähige Budgets braucht es konkrete Beschlüsse und diese liegen in Ihrer Verantwortung. Der Stadtrat wird dann alles daran setzen, diese konsequent umzusetzen.

Ich hoffe, damit ist es auch mir gelungen, den versöhnlichen Ton einzuschlagen. Ich lade Sie ebenfalls, wie Christian Hartmann, dazu ein, dabei mitzuarbeiten. Dann wird es uns auch gelingen, gute Lösungen für Winterthur und die Menschen, die hier leben, auszuarbeiten. Das Ziel muss sein, dass Ihr steuern könnt und wir umsetzen können. Ich schaue optimistisch in die Zukunft und biete mich jederzeit für einen konstruktiven Austausch und Dialog an. Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Kaspar. Somit habe ich keine weiteren Erklärungen mehr, die angemeldet wurden.

Traktandenliste

Parlamentspräsident Ph. Weber: Wir kommen zur Traktandenliste der heutigen zwei Sitzungen. Geplant ist mit Behandlung ohne Diskussion das Traktandum 6, dort geht es um den Rettungsdienst Region Winterthur. Gibt es sonst Anträge oder Einwände an die geplante Traktandenliste? – Das ist nicht der Fall, somit ist sie genehmigt.

1. Traktandum

Parl.-Nr. Protokolle der 4./5. und 6. Sitzungen

Parlamentspräsident Ph. Weber: Das Traktandum 1 sind die Protokolle der letzten drei Sitzungen, der 4./5. und 6. Sitzungen vom 30.06. und 07.07. Gibt es gegenüber diesen drei Protokollen einen Einwand aus dem Plenum? – Das ist auch nicht der Fall, somit sind diese Protokolle verdankt.

Und Andrea Furrer ist nach wie vor immer froh, wenn Ihr ihr die vorbereiteten Voten schriftlich per Mail schickt.

2. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.33: Verpflichtungskredit von Fr. 5'728'000 für den Neubau der Frauenfelderstr., Hegistr. bis Talwiesenstr. (Projekt-Nr. 5007000)

Parlamentspräsident Ph. Weber: Verpflichtungskredit von Fr. 5'728'000 für den Neubau der Frauenfelderstr., Hegistr. bis Talwiesenstr. (Projekt-Nr. 5007000). Zuerst hat das Wort als Referent der Stadtbaukommission Andreas Geering.

A. Geering (SBK): Es geht um knapp 5.8 Millionen. Es geht nicht nur um 5.8 Millionen, sondern es geht um die Sanierung der Frauenfelderstrasse, und zwar von der Hegistrasse bis zur Talwiesenstrasse. Der Antrag, den der Stadtrat stellt, ist eingeleitet: «Für den Neubau der Frauenfelderstrasse, Hegistrasse bis Talwiesenstrasse (Projekt-Nr. 5007000), wird ein Verpflichtungskredit von 5'728'000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens bewilligt. Die Bewilligung erstreckt sich auch auf die durch Teuerung und MWST bedingten Mehr- oder Minderkosten; Stichtag für die Kostenberechnung ist 10. April 2024.»

Die Frauenfelderstrasse und die Werkleitungen in der Strasse sind am Ende ihrer Lebensdauer und benötigen eine Gesamtanierung. Dies ist schon länger bekannt. Das Projekt hat eine Vorgeschichte, die ich einleitend kurz erläutern möchte. Im Anschluss gehe ich auf das Projekt selbst ein und erwähne dann noch die Behandlung in der Sachkommission.

Am 8. September 2021 hat der Stadtrat das Projekt erstmals (damals noch mit der Geschäftsnummer GGR-Nr. 2021.71 und auch mit einer anderen Projektnummer, aber inhaltlich gleich) bewilligt und an das Stadtparlament verabschiedet. Damals betrug der Kreditantrag für die neuen Kosten 490'000 Franken.

Mit Inkrafttreten der neuen Gemeindeordnung im Januar 2022 zog der Stadtrat dieses Geschäft, weil er neu Finanzkompetenzen hat bis 1 Million Franken gemäss neuer Gemeindeordnung. Der Stadtrat beantragte diesen Rückzug bei der Stadtbaukommission, am 11. Juli 2022, und die Stadtbaukommission stimmte diesem Rückzug zu. Das Stadtparlament hat diesen Rückzug am 29. August 2022 zur Kenntnis genommen.

Der Stadtrat hat dann den Baukredit am 17. August 2022 unter der neuen Kompetenzregelung in eigener Kompetenz beschlossen. Und gegen diesen Beschluss wurde dann eine

Stimmrechtsbeschwerde eingereicht. Die Rekurrierenden sagten, es seien mehr neue Kosten, es sei nicht kompetenzgerecht, wie das vom Stadtrat beschlossen wurde. Diesem Stimmrechtsbeschluss wurde am 12. Januar 2023 vom Verwaltungsgericht stattgegeben. Das heisst, wir waren wieder zurück und hatten keinen bewilligten Kredit für dieses Projekt. Es war dann längere Zeit in der Öffentlichkeit und auch im Parlament ruhig um die Sanierung der Frauenfelderstrasse – oder ruhiger. Der Stadtrat hat das Projekt neu berechnet, hat eine neue Aufteilung gemacht zwischen gebundenen und neuen Kosten. In dieser Zeit lief auch die Bauteuerung und es gab neu auch einen Gesamtkostenbetrag, das werde ich nachher noch zeigen. Der Stadtrat hat dann die vorliegende Weisung am 26. Februar 2025 an das Stadtparlament zur Kreditbewilligung verabschiedet.

Das vorliegende Projekt ist eigentlich ein unverändertes Sanierungsprojekt, wie es 2021 erstmals verabschiedet wurde. Es geht um die Frauenfelderstrasse und die Römerstrasse auf dieser Achse, die man hier eingebildet sieht, von der Hegistrasse bis zur Talwiesenstrasse. Der Strassenraum wird neu aufgeteilt: Die Trottoirs werden verbreitert; die Velostreifen werden ebenfalls verbreitert auf 1,5 Meter; die Parkplätze werden von 91 auf 57 reduziert und so angelegt, dass sie nicht mehr hälftig in die Fahrbahn reichen, sondern sie sind in der ganzen Parkplatzbreite auf den Trottoirs angeordnet.

Um die neue Raumaufteilung zu erreichen, werden die Fahrspuren von 3,5 auf 3,25 Meter verschmälert und die Baumalleen werden gerodet und neu gepflanzt – versetzt. In der bestehenden Baumallee haben 40% der Bäume eine angeschlagene Vitalität. Sie haben ihre Wurzeln direkt im Boden, ohne Baumgruben, wie man es heute macht. Das bedeutet, dass viele dieser Bäume die Bauzeit vermutlich (das ist eine Annahme, eine Prognose) nicht überleben werden. Und deshalb kam der Stadtrat zum Schluss, dass es richtig ist, wenn man die Bäume ohnehin versetzen muss, wenn man das alles in einem Projekt macht und nicht zeitlich versetzt, wenn die Bäume dann ohnehin alt sind – weil sie, wie gesagt, schon angeschlagen sind. Es wird künftig mehr Bäume haben: es wird künftig statt der heutigen 118 Bäume 136 Bäume in dieser Allee geben.

Von den sechs Bushaltestellen, die es in diesem Strassenabschnitt gibt, werden vier als Fahrbahnhofstellen ausgestaltet, das heisst nicht überholbar. Und zwei werden weiterhin überholbar sein. Die nicht überholbaren Fahrbahnhofstellen sind vorgesehen und geplant für die Haltestellen Stadtrain und Talacker stadteinwärts und Talacker und Hohlandweg stadtauswärts.

Wir sehen hier einen Planausschnitt vom Bereich beim Café Roman, wer diese Lokalität kennt. Das ist zwischen der Talwiesenstrasse und der Talackerstrasse. Man sieht hier vor allem die Neuordnung der Parkplätze. Man hat dort vor diesem Café bzw. dem Gebäudekomplex eine Ausbuchtung, wo man bisher von der Strasse aus hineinparkieren musste. Neu wird man die Parkplätze von hinten, also rückwärtig, erschliessen können, so dass man nicht mehr direkt in den fliessenden Verkehr ein- und ausparkieren muss. Und man sieht hier, wie auf der anderen Strassenseite die Parkplätze zwischen den Bäumen angesiedelt sind, ganz im Bereich des Trottoirs. Die Vermassungen sind wahrscheinlich zu klein, um sichtbar zu sein, aber man sieht an beiden Fahrbahnrandern die 1,5 m breiten Velostreifen und dann die beiden Fahrspuren von 3,25 m. Hier sieht man vom selben Strassenabschnitt eine Visualisierung: Links das Bild, wie es heute aussieht, rechts sieht man, wie es neu aussehen wird, wenn das so umgestaltet und saniert ist.

Ich komme zu den Kosten. Neu sind das 17'500'000 Franken Bruttoinvestitionskosten. Jetzt habe ich vorhin grossmaulig gesagt, ich zeige auch, wie viel es vorher war und würde einen Vergleich bringen. Ich merke gerade, dass ich mir das nicht notiert habe. Die alten Kosten waren um 14 Millionen, wenn ich das richtig im Kopf habe. Wie gesagt, das ist vor allem die Bauteuerung, die hier zu Buche schlägt.

Die neue Aufteilung der Kosten ist 6'028'000 Franken neue Kosten und 8'634'400 Franken gebundene Kosten. Die gebundenen Kosten hat der Stadtrat bereits bewilligt. Es ist aber so, dass man diese Sanierung und Umgestaltung in dieser Form nur durchführen kann, wenn auch die neuen Kosten bewilligt werden.

Wenn man von den neuen Kosten den Projektierungskredit von 300'000 Franken in Abzug bringt, dann sind wir auf den 5'728'000 Franken, die heute beantragt werden. Die Frauenfelderstrasse ist eine überkommunale Strasse, d.h. ca. 90% der Kosten werden durch den Kanton Zürich finanziert. Für die Stadt Winterthur werden voraussichtlich Nettokosten von 1'640'000 Franken verbleiben.

Sofern der Kredit durch das Parlament heute Abend bewilligt wird, unterliegt er von den Finanzkompetenzen her dem fakultativen Referendum. Nachdem der Kreditbeschluss (mit oder ohne Referendum) Gültigkeit erlangt hat (also wenn das Referendum ungenutzt verstrichen ist oder wenn ein Referendum vom Volk abgelehnt wird), dann sind nach wie vor zwei Rekurse beim Regierungsrat zu diesem Geschäft hängig.

Normalerweise ist es so, dass man ein Strassenbauprojekt hat, das vom Stadtrat direkt ins Parlament kommt. Dann läuft die Kreditbewilligung und erst anschliessend sind Rekurse auf das Projekt selbst möglich. Hier hatten wir aber schon das Projekt, das zuerst der Stadtrat selbst bewilligt hat, und auf dieses gingen bereits inhaltliche Rekurse ein. Und der Regierungsrat hat gesagt (quasi von mir übersetzt): Wir machen trotzdem den normalen Prozess, mit diesen Rekursen. Der Regierungsrat wird auf diese Rekurse erst eintreten, wenn dieser Kredit rechtsgültig bewilligt ist. Das heisst, wenn wir heute abstimmen, und auch wenn es allenfalls eine Volksabstimmung gäbe, so wissen wir nicht, wie der Regierungsrat im Anschluss diese Rekurse beurteilen wird. Das wissen wir aber auch sonst nicht, bei keinem Strassenprojekt. Der Unterschied ist: Hier wissen wir schon, dass es Rekurse gibt. Sonst wissen wir das jeweils nicht. Wie aber allfällige Rekurse beurteilt werden, das wissen wir nie, wenn wir einen Kredit bewilligen.

Nun also zur Behandlung in der Stadtbaukommission. Es gab drei Lesungen zu diesem Geschäft. Die umstrittenen Themen in der Kommission waren diejenigen, die auch bei der Projektlanierung schon medial hin- und herdiskutiert wurden. Es war die Rodung und der Totersatz der Baumallee, die in der Kommission umstritten waren; die neue Aufteilung der Fahrspuren war umstritten, also die Breite der Trottoirs, der Velostreifen und der Fahrbahn. Und dann auch die Fahrbahnhaltstellen, die nicht überholbar ausgestaltet werden, auch diese waren umstritten und wurden diskutiert.

Da Strassenbauprojekte vom Prozess her vor der Parlamentsbehandlung oder im Verlauf ihrer Entstehung gemäss Strassengesetz durch die Auflagen nach § 13 und § 16 gehen, kann das Parlament (so sagt uns das der Stadtrat) keine inhaltlichen Änderungen mehr vornehmen, sondern das Parlament kann gemäss Stadtrat nur noch Ja oder Nein sagen.

Das hat dann die Stadtbaukommission gemacht und sie hat in der 3. Lesung mit 5:4 die Nein-Parole zu diesem Geschäft beschlossen.

Soweit meine Ausführungen.

R. Heuberger (FDP): Die Frauenfelderstrasse ist eine Hauptverkehrsachse mit rund 18'000 Fahrzeugen pro Tag, einem erheblichen Schwerverkehrsanteil, einer Hauptbuslinie und einer eingetragenen regionalen Veloroute. An einem so bedeutenden Strassenzug verlangt man eine Lösung, welche den Mobilitätsbedürfnissen aller Verkehrsteilnehmenden aufnimmt und diesen gerecht wird – sicher, wirtschaftlich und zukunftstauglich. Doch das Projekt, das heute vorliegt, kostet viel und bringt für niemanden wirklich echte Verbesserungen – im Gegenteil. Alle Winterthurer Verkehrsverbände haben sich bereits im 2021 mit einer gemeinsamen Einsprache gegen dieses Projekt ausgesprochen. Seither hat sich am Projekt in den wesentlichen Punkten gar nichts geändert.

Die gemeinsamen Kritikpunkte: Die gemeinsame Einsprache der grossen Verkehrsverbände (ACS, TCS, Pro Velo und Winterthur:agil-mobil) sowie von zahlreichen Anwohnenden aus dem Quartier aus dem Jahr 2021 umfasste 8 gemeinsame Anträge. Ich fasse die wesentlichen vier zusammen:

1. Keine Verschmälerung der Fahrbahn.

Heute beträgt die Fahrbahnbreite 11 Meter. Das Projekt will sie auf 9,5 Meter reduzieren. Bei dieser Breite können Busse, LKW und Reiseautos die Velos nicht mehr mit dem genügenden, gesetzlich zugesagten und in der Rechtsprechung verankerten vorgeschriebenen Abstand

von 1 Meter (die Polizei empfiehlt sogar 1,5 Meter) überholen, wenn nicht zufällig ein Ausweichen auf die freie Gegenfahrbahn möglich ist. Die Konsequenz sind rechtswidrige und gefährliche Überholmanöver oder stockender Busverkehr. Das beeinträchtigt sowohl die Verkehrssicherheit der Velos wie auch die Pünktlichkeit des ÖV.

2. Keine Verbreiterung der Trottoirs in diesem Abschnitt.

Das Projekt verspricht mehr Aufenthaltsqualität für die Fussgänger. Doch in diesem Abschnitt gibt es gemäss Zählungen von den Einsprechenden keine relevanten Fussgängerströme.

Wer über ä längere Distanz zu Fuss unterwegs ist, benutzt die ruhigeren Quartierstrassen und nicht die starkbefahrene Frauenfelderstrasse. Für die Fussgängererschliessung entlang der Strasse reichen deshalb die heutigen Trottoirbreiten aus. Breitere Trottoirs nützen da wenig, sie gehen aber zulasten einer sicheren Fahrradinfrastruktur und zulasten der Fahrbahnen in der notwendigen Breite für ÖV und MIV.

3. Kein Totalschlag bei der Baumallee.

Der Ersatz aller Bäume gleichzeitig führt für zwei Jahrzehnte zu einem massiven Verlust an Beschattung. Gerade in Zeiten von steigender urbaner Hitzebelastung ist das nicht sinnvoll und nicht vertretbar. An anderen Strassen in Winterthur, z.B. an der Tösstal- oder Wülflingerstrasse, wird umsichtiger gehandelt: Dort ist vorgesehen, die Bäume etappenweise zu ersetzen. Diese Praxis sollte man auch auf der Frauenfelderstrasse anwenden.

4. Keine Fahrbahnhaltestellen, die nur dazu dienen, den MIV auszubremsen

Fahrbahnhaltestellen sind zweckmässig, wenn durch den Rückstau vor Lichtsignal-Anlagen ÖV-Busse so behindert werden, dass sie für das Passieren der LSA mehr als eine Grünphase benötigen. Im zu sanierenden Abschnitt der Frauenfelderstrasse ist dies aber gar nicht der Fall.

Aber der wichtigste Punkt in der gemeinsamen Eingabe war eigentlich der erste Punkt. Die Verkehrsverbände haben eine gemeinsame Einigungsverhandlung mit der Stadt beantragt. Auf diesen Antrag ist die Stadt leider nie eingegangen. Im Gegenteil. Die Stadt verweist auch bei den Strassenprojekten auf den Rechtsweg, um gewisse grundlegende Fragen zu klären. Dabei: Könnten alle gemeinsam an einen Tisch sitzen, wäre ein gegenseitiges Geben und Nehmen möglich, gäbe es zusammen breit abgestützte, gute Lösungen. Im Rechtsstreit ist aber genau das nicht mehr möglich.

Dass die Stadt die Vorlage zur Neugestaltung der Frauenfelderstrasse als gebunden erklären und somit am Parlament und an der Bevölkerung vorbei umsetzen wollte. bleibt für mich immer noch unverständlich.

Normalerweise heisst es; Gut Ding will Weile haben. Bei der Frauenfelderstrasse ist das Gegenteil der Fall. Obwohl sehr viele Jahre ins Land gezogen sind, ist an der Vorlage nichts verbessert worden, weil der Stadtrat weder zu einem Entgegenkommen noch zu einem Kompromiss bereit war. An der langen Dauer des Verfahrens sind übrigens nicht die Einsprechenden Schuld, sondern die Stadt ist selbst verantwortlich. Nur schon, dass es ab dem Gerichtsentcheid zur Stimmrechtsbeschwerde ganze zwei Jahre gedauert hat, um dem Parlament die genau gleiche Vorlage, nur mit neuen Zahlen, nochmals vorzulegen, muss einen doch nachdenklich stimmen.

Ich erlaube es mir, es zusammenfassend noch etwas pointierter zu sagen.

Eine Strasse, auf der die Busse und LKWs die Velos nicht mehr legal überholen können, ist keine Verbesserung, sondern ein Sicherheitsrisiko. Eine ganze Baumallee mit 118 Bäumen gleichzeitig zu fällen, ist weder betreffend Hitzeschutz noch klimapolitisch sinnvoll.

Was erwarten wir nun vom Stadtrat?

Die Anliegen der Verbände und der Quartierbevölkerung sind umsetzbar:

- Beibehaltung von 11 Metern breiten Fahrbahnen oder zumindest genügend Platz für ein sicheres Nebeneinander von Bus, LKW, MIV und Velo
- Etappierter Baumersatz statt Kahlschlag
- Ein Verzicht auf übertriebene Trottoirverbreiterungen, für die es überhaupt kein Bedürfnis gibt
- Verzicht auf Fahrbahnhaltestellen dort, wo sie dem ÖV gar nichts bringen bzw. im Gegenteil diesen voraussichtlich noch blockieren

Das sind keine Extrempositionen, sondern mehrheitsfähige Anpassungen im Sinne von Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaverantwortung, die rasch umsetzbar sind. Deshalb wird die FDP diesen Verpflichtungskredit ablehnen. Nur so bekommen wir die Chance, ein Projekt aufzugleisen, das den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmenden gerecht wird – ohne neue Unsicherheiten, ohne weitere Rechtsverfahren (Andreas hat es gesagt, es sind zwei Rekurse beim Regierungsrat hängig) und ohne weiterlaufende, endlose Projektgeschichte.

Danke für die Aufmerksamkeit.

S. Gfeller (SP): Vielen Dank, Andreas, für das Vorstellen des Geschäfts. Wir haben es gehört, die Frauenfelderstrasse muss dringend saniert werden. Um das noch einzuordnen: Der bauliche Zustand ist wirklich schlecht, gewisse Werkleitungen sind bald 100 Jahre alt, die Veloführung ist lückenhaft, die Trottoirs zu schmal und die Bushaltestellen sind nicht hindernisfrei. Wenn wir jetzt einfach nur die Strasse instand stellen würden, ohne sie umzugestalten, würden all diese Mängel bestehen bleiben – und das für die nächsten Jahrzehnte. Das sehen wir doch als eine vertane Chance.

Das Projekt, das vorliegt, bringt aus unserer Sicht doch wesentliche Verbesserungen:

- Mehr Sicherheit – durch durchgängige Velostreifen, breitere Trottoirs (was by the way Leute mit Kinderwagen oder im Rollstuhl durchaus schätzen) und neue Zebrastreifen.
- Besseren ÖV, indem die Haltestellen endlich hindernisfrei werden (was sie schon lange sein sollten) und durch Spurhaltestellen wird es auch sicherer für die Fahrgäste, weil der fließende Verkehr daneben unterbrochen wird.
- Und nicht zuletzt ist es eine Entlastung für die Anwohnenden, nämlich durch den lärmmindernden Belag.

Natürlich gibt es auch Kritikpunkte, die sehen wir auch. Es gibt zum Beispiel immer noch viel zu viele Parkplätze direkt neben den Velostreifen, wodurch das Gefahrenpotenzial durch sich öffnende Türen noch immer vorhanden ist. Das hätte man aus unserer Sicht vermeiden können. Und dass so viele bestehende Bäume gefällt werden müssen, tut weh – auch wenn die neuen Standorte den Bäumen sicherer bessere Bedingungen bieten, sehen wir ein, dass es unter diesen Umständen faktisch unmöglich ist, schadenfrei um die Bäume herum zu sanieren.

Und schliesslich: Es bleibt Tempo 50, obwohl man auch endlich Tempo 30 hätte einführen können, was wir in der heutigen Zeit eigentlich erwartet hätten.

Aber trotz dieser Kritikpunkte: Die Alternative – eine reine Sanierung ohne Anpassungen – würde bedeuten, dass Fussgänger:innen weiterhin zu wenig Platz hätten, Kinder auf dem Schulweg unsichere Übergänge benutzen müssten, Velofahrende immer noch im Mischverkehr sind und die Haltestellen noch länger nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Und das wollen wir nicht akzeptieren.

Ein weiterer Punkt, der aus unserer Sicht zentral ist: Auch bei einer Ablehnung können wir im Parlament nicht über die Inhalte des Ausbaus mitreden, das ist nicht unsere Kompetenz. Denn im Unterschied zum Hochbau ist es beim Strassenbau etwas anders; da ist die inhaltliche Diskussion noch viel demokratischer und sie läuft über die Bevölkerung. Sie können im Mitwirkungsverfahren (§13) eine Einwendung oder beim Planauflageverfahren (§16) eine Einsprache machen.

Das Projekt ist sicher nicht perfekt, aber wir finden, es ist ein klarer Schritt nach vorne – und deshalb unterstützen wir das Projekt und stimmen dem Kredit zu. Vielen Dank.

Ph. Angele (SVP): Wir stimmen dem Verpflichtungskredit so nicht zu. Das Projekt bringt der betroffenen Anwohnerschaft effektiv mehr Nachteile als echte Benefits. Der Neubau der Frauenfelderstrasse kostet relativ viel Geld für etwas, bei dem die Vorteile dieser Umgestaltung und der Neustrukturierung gar nicht wirklich sichtbar sind. Wozu soll man denn die ganze Übung machen, die Neuordnung, die Neugliederung dieser Hauptverkehrsachse? Lieber einer 1:1-Sanierung zustimmen (was ja nötig ist), als solche Sperenzchen zu machen. Verlust von Parkplätzen ist ein Element. Die Zahl dieser öffentlichen Parkplätze wird massiv

reduziert, fast halbiert. Für die Anwohnerinnen und Anwohner, aber auch für das lokale Gewerbe, bedeutet das eine deutliche Verschlechterung der Erreichbarkeit. Erschwerend kommt dazu, dass gleichzeitig die Blaue Zone eingeführt wird, was die Flexibilität weiter einschränkt. Wir haben schon von Andreas von der Positionierung der Haltestellen gehört. Die geplanten Bushaltestellen sind mehrheitlich als nicht überholbare Fahrbahnhaltestellen ausgestaltet. Das führt früher oder später, im Cocktail mit Tempo-30, zu Rückstau, zusätzlichen Emissionen und Unmut. Nicht nur Unmut bei den Autofahrenden, sondern auch bei den Anwohnenden.

Engere Fahrbahn: Wir haben es gehört, es gibt eine Verschmälerung. Das heisst, es gibt mehr Konflikte. Die Fahrbahn wird verschmälert, damit steigt das Risiko von gefährlichen Situationen (Überholmanöver usw.). Es bleibt der Spagat zwischen Busfahren, Autofahren und Velofahren. Die Abstände nehmen ab und die Sicherheitsrisiken nehmen zu.

Überdimensionierte Trottoirs ohne Mehrwert, das ist noch der letzte Punkt, den wir besprochen haben und der uns aufgefallen ist in unserer Fraktion. Die geplanten Gehwege von rund 4,26 Metern, also die Trottoirverbreiterung, wirkt für uns überdimensioniert. Wir haben es vorhin gehört: Es ist eine Hauptverkehrsachse. Anwohnerinnen und Anwohner wünschen sich in erster Linie genügend Parkmöglichkeiten für Besucherinnen und Besucher. Was bringt dieses überdimensionierte Trottoir? Das wird wahrscheinlich kaum genutzt werden. Und erlauben Sie mir die Bemerkung dazu: Ich kenne Winterthur auch ein bisschen. Aber die Frauenfelderstrasse als neue Flaniermeile einzustufen, und das quasi als Place to be aufzuwerten für das Flanieren am Sonntag – da glaube ich nicht, dass das wirklich so ankommt. Die Präferenz liegt wohl eher bei einer Marktgasse oder Steinberggasse für Winterthurer. Es hat also mehr einen technischen Aspekt und einen Sicherheitsaspekt.

Deshalb ist es für uns nicht nachvollziehbar, weshalb man solche überdimensionierten Trottoirs machen muss zulasten der Verkehrsstrasse.

Zum Schluss haben wir noch den ökologischen Impact von diesen Bäumen. Das ist auch etwas, wo man sagen muss, mehrheitlich ist ja die Baumstruktur noch gut. Klar hat es gewisse Bäume, die vielleicht nicht mehr so gesund sind, die muss man halt dann sanieren oder anschauen oder fällen. Aber nichtsdestotrotz, die Frage ist schon, was wir mit diesem hochwertigen Baumbestand machen.

Fazit, wenn man die genannten Punkte zusammenfasst: Für die Anwohnerinnen und Anwohner ist das Projekt nicht unbedingt ein grosser Mehrwert. Es ist vor allem problematisch und führt zu einer Steigerung der Verkehrssicherheitsfrage. Deshalb können wir dem so nicht zustimmen.

Danke vielmals.

M. Nater (GLP): Merci, Andreas, für das Vorstellen des Geschäftes.

Über das vorliegende Projekt haben wir in der GLP-Fraktion immer wieder intensiv diskutiert und die Vor- und Nachteile abgewogen und dies mit einem Fokus auf den Langsamverkehr, den öffentlichen Verkehr und die Ökologie. Gemäss Vorlage sollten mit dem vorliegenden Projekt folgende Ziele erreicht werden: Der dringende Sanierungs- und Erneuerungsbedarf von Strasse und Werkleitungen soll genutzt werden, um Verbesserungen für alle Verkehrsteilnehmer:innen zu erreichen und die Baumallee nachhaltig zu erneuern.

Wir von der GLP sehen den dringenden Sanierungsbedarf, aber wir sehen kein Projekt, welches für alle Verkehrsteilnehmer:innen einen Vorteil verschafft. Das gilt besonders für den Veloverkehr und den öffentlichen Verkehr. Deshalb haben wir auch einen Rückweisungsantrag eingebracht, diesen aber wieder zurückgezogen, da (wie Andreas auch schon gesagt hat) uns mitgeteilt wurde, dass es für die Stadt keinen Unterschied macht, ob es eine Rückweisung oder eine Ablehnung ist, weil dann ohnehin ein neues Projekt ausgearbeitet werden muss.

Aber im Rückweisungsantrag waren die Punkte aufgeführt, die ich jetzt kurz aufzeige. Dafür bin ich am Samstag kurz an die Frauenfelderstrasse für eine halbe Stunde und habe einfach mal geschaut, wie die Situation dort ist. Hier die entsprechenden Bilder, ein Bild Richtung Altstadt und ein Bild Richtung Frauenfeld.

Was von meinen Vorrednern auch schon angesprochen wurde, ist die Sicherheit. Die Fahrbahnbreite soll von 11 Metern auf 9,5 Meter reduziert werden. Wenn man jetzt die 11 Meter anschaut, wenn das reduziert werden würde, dann möchte ich nicht mehr unbedingt mit einem Velo dort durchfahren, erst recht nicht, wenn ich dann noch einen Veloanhänger habe und ein Lastenvelo. Es ist einfach extrem knapp nachher. Stellt Euch das einfach mal vor: Die Busse fahren schon fast an der Mittellinie. Und wenn man dort noch 75 cm nach innen zieht, dann hat man kaum mehr eine Chance. Einfach, damit man das so mal ganz klar sieht. Und ich will nicht wissen, wer dann noch Busfahrer sein möchte, wenn er dann ein solches Lastenvelo überholen muss, um den Fahrplan einhalten zu können. Es ist dann jedes Mal ein Entscheid, mache ich es oder mache ich es nicht. Und in einem Moment mit Gegenverkehr wird es dann richtig prekär.

Und wie Romana auch schon gesagt hat: Kann man die Veloroute weglassen? Nein, kann man nicht. Sie ist schon entsprechend im Richtplan eingetragen.

Von der Lärmbelastung her: Wie wir auch schon gesagt haben, muss man halt anschauen, ob 30er-Zone möglich ist oder nicht. Da sind wir halt anderer Meinung als die Bürgerlichen. Aber ich sage einfach: Wenn man diese Strasse so verschmälert, dann werden die Velos und die ganze Situation so sein, dass wir in Hauptverkehrszeiten dort ohnehin 30er-Zone haben werden.

Zum Parkplatzkonzept: Es wurde immer wieder gesagt, diese Parkplätze seien notwendig. Ich war am Samstag wirklich überrascht (man sieht es auf den Bildern), wie viele blaue Parkplätze tatsächlich leer waren. Und von dem her muss man vielleicht auch einmal anschauen, wo wer parkt und welche Parkplätze benötigt werden. Und zwar im ganzen Quartier und nicht nur auf die Frauenfelderstrasse bezogen. Und deshalb verlangen wir, dass man dort mal ein Parkplatzkonzept macht, quartierbezogen, damit man nachher wirklich sieht, welche Parkplätze wo und für was benötigt werden.

Die Bäume wurden ja auch schon länger diskutiert. Die nachhaltige Massnahme oder Erneuerung heisst Rodung sämtlicher Bäume und danach der Ersatz mit Jungbäumen. Aber trotz dieser Jungbäume wird es zu Hitzeinseln kommen. Wenn man jetzt die Bäume anschaut – ja, es sind nicht alle ganz «zwäg» -, dann ist es grün und die meisten Bäume machen einen einigermassen guten Eindruck. Ich habe keinen Baum gesehen, der wirklich am Serbeln ist. Also von daher sieht man, dass man da vielleicht auch andere Lösungen suchen könnte.

Was vielleicht auch noch speziell ist: Die Nachhaltigkeit kommt eigentlich aus der Forstwirtschaft, d.h. es soll nur so viel abgeholzt werden, wie wieder nachwächst. Und vielleicht sollte man das da an dieser Frauenfelderstrasse auch so anwenden, dass man nicht gleich alles abholzt, sondern dass man wirklich einen Teil stehenlässt und die Bäume dann in Etappen ersetzt.

Zuletzt die unsichere rechtliche Situation: Der Regierungsrat will erst nach der Kreditfreigabe über die Rekurse entscheiden. Dieses Vorgehen ist irritierend, da hier der Kanton seine Arbeit nicht gemacht hat. Wenn dem Parlament oder dem Volk ein Projektkredit vorgelegt wird, dann sollte die Sicherheit vorhanden sein, dass dies auch entsprechend umgesetzt werden kann.

Zusammengefasst: Die GLP sieht den dringenden Sanierungsbedarf bei diesem Strassenbauprojekt. Da wir aber keine gesamtheitlichen Verbesserungen beim Langsamverkehr und öffentlichen Verkehr sehen und auch die Fällung von allen Bäumen nicht als zielführend betrachten, wird die GLP diesem Kreditantrag nicht zustimmen.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Auch ich danke Andreas für die gute Vorstellung.

Ja, die Frauenfelderstrasse. Mir kam bei der Vorbereitung wieder mal das Bild in den Kopf von der eierlegenden Wollmilchsau. Es dünkt mich, es gibt nach wie vor Leute hier drinnen, welche von dieser träumen.

Die notwendige Verkehrswende ist aber unbestritten. Und ich habe das Gefühl, von dieser Wollmilchsau träumen eigentlich nur noch die Autoverbände, die dann zwar sagen «für alle eine optimale Lösung», aber mit «alle» dann doch oft eher sich selbst meinen. Dass die Strasse nicht verschmälert werden dürfe, sagt das ja schon. Also ACS, TCS, agimobil und

offenbar mit ihnen in unheiliger Allianz auch Pro Velo und offenbar die gesamte rechte Ratsseite. Leider muss ich Ihnen heute sagen: Ihr Traum wird nie wahr werden, er kann es gar nicht. Die Stadt kann nicht so flexibel angepasst werden, dass alle so viel Platz bekommen würden, wie sie gerne hätten. Das wäre ja schön, ist aber Schlaraffenland.

Hingegen liegt uns hier heute ein gutschweizerischer Kompromiss vor mit diesem Projekt, das insgesamt für die stark sanierungsbedürftige Strasse und den ganzen Strassenraum- (ich betone: «-raum»; es ist auch ein Lebensraum) massgebliche Verbesserungen bereithält. Ich danke den Planern, dass sie zuerst an die schwächsten Verkehrsteilnehmer:innen gedacht haben, an die Fussgänger und Fussgängerinnen, von denen es hier - nicht wie vorher schon wieder moniert - nur wenige gäbe. Ganze Schulklassen (halt nicht am Samstagnachmittag) queren täglich die Strasse, um vom Talackerschulhaus in den Sport im Ausserdorf zu gelangen oder überhaupt von ihrem Schulhaus ins Birchermüesliquartier oder ins Rychenberg zu kommen. Zahlreiche Mehrfamilienhäuser sowie Kleingewerbe stossen an und freuen sich heute schon auf ihr hausnahes Trottoir, das endlich diesen Namen verdient.

Der Strassenraum wurde (wir haben es vorher auf der Folie gesehen) «gerecht» aufgeteilt - wenn es diesen Begriff in der Verkehrsplanung überhaupt gibt... Ein bisschen gerechter, würde ich sagen, als jetzt. Die Autos rollen neu bei 3,25 Meter weiterhin flott mit 50 durch (vielleicht auch gerne mal mit 30), sichere und schnelle Radler sind mit 1,50 Meter ganz glücklich (alle anderen können wirklich auf die Hegistrasse, die 20 oder 50 Meter weiter parallel läuft, ausweichen) und die Radler müssen sich auf der neuen Strasse nicht mehr vor den unsäglich gefährlichen Dooring-Unfällen fürchten. Und der ÖV steht durch die zwei oder vier Fahrbahnhofstellen auch weniger im Stau.

Und ja, natürlich tut es uns Grünen auch weh, enorm weh, dass die 118 Feldahorne alle auf einmal geopfert werden müssen. Aber mindestens 40% von diesen Bäumen wachsen seit Jahren - wenn nicht Jahrzehnten - schlecht. Und man sieht das diesen Bäumen an. Schauen Sie sich diese Stämme an und vergleichen Sie sie mit anderen Bäumen. Ich weiss nicht genau, wie alt sie sind, aber sie sind schon ziemlich alt, diese Bäume. Und alte Bäume in diesem Alter, die sehen - wenn sie gesund sind und ein gutes Baumsubstrat haben - anders aus. Ein Teilerhalt dieser Bäume gelänge nur durch aufwändige und sehr teure Baumschutzmassnahmen, massive Verkehrseinschränkungen während der Bauzeit und dem Resultat, dass eine durchgängige Allee (und sie ist ja im Alleen-Konzept der Stadt) wieder für Jahrzehnte vom Tisch wäre.

Und als Landschaftsarchitektin weiss ich, dass die Ökosystemleistungen - also der Schattenwurf, Wasserverdunstung, CO₂-Absorption, Sauerstoff-Produktion etc. der neuen 136 Bäume (wir haben es gehört, es sind 18 Bäume mehr) - wenige Jahre nach der Pflanzung wesentlich übersteigen wird, was die heutigen Ahorne leisten. Entsprechende Versuche mit neuen zusammenhängenden Baumgruben mit extra grossen und nährstoffreichen Substratvolumen und einer automatischen Bewässerung haben dies längst bewiesen. Das Baumargument - Entschuldigung - das könnt Ihr wirklich einpacken, wenn ich das sage als Grüne. Die praktische Anwendung kann man heute auch schon an der Rudolfstrasse sehen.

Wer von Ihnen, geschätzte Damen und Herren, die dieses Projekt nun blockieren wollen, wohnt denn - mit Verlaub gefragt - an der Frauenfelderstrasse oder an einer vergleichbaren kaputten Achse mit einem DTV von 17'500 MIV-Fahrzeugen jeden Tag? Die Antwort ist leicht zu erraten: Niemand. Von den direktbetroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern ist ja auch kein einziger Rekurs eingegangen. Und ich finde es wirklich eine Beleidigung, wenn man sagt, diese Leute dort brauchen kein breiteres Trottoir. Wer dieses Trottoir angeschaut hat und dort einige Male durchgegangen ist, der weiss, dass das nicht mehr zeitgemäss ist und es nur noch frech ist, wenn man den Leuten sagt, dort braucht es keine Flaniermeile usw. Das spricht Bände, finde ich, dass von dort kein Rekurs kam, und sollte zu denken geben. Wird dieser gut austarierte Kompromiss nun tatsächlich abgeschmettert, sind nämlich vorab sie die Leidtragenden, weil ein erneutes, unendlich währendes Flickwerk droht. Von den erneuten Projektierungskosten und höheren Baukosten sowieso nicht zu reden.

Ich appelliere darum mit aller Kraft an Ihre Vernunft: Unterstützen Sie den Verpflichtungskredit von 5'728'000 Franken für den Neubau der Frauenfelderstrasse Hegistrasse bis Talwiesenstrasse. Die Stadt hat es verdient. Vielen Dank.

A. Würzer (EVP): Zuerst danke ich Andreas Geering bestens für das Präsentieren dieser Vorlage und ich danke für die engagierten Voten, die wir bereits gehört haben.

Wir haben ja schon einige Male darüber gesprochen, hier im Rat und auch andernorts, dass der gesamte parlamentarische Prozess gerade bei Strassenbauprojekten – ich sage mal «nicht sehr zufriedenstellend» ist, Andreas hat es auch bereits angedeutet.

Doch was wir jetzt mit der aktuellen Situation von diesem Projekt vor uns haben, hätte ich mir beim besten Willen nicht ausdenken können; und wahrscheinlich die wenigsten hier im Rat. Der aus meiner Sicht durchaus berechtigte Stimmrechtsrekurs ist gutgeheissen worden. Der Stadtrat hat daraufhin eine neue Aufteilung der Ausgaben vorgenommen; ausserdem ist das Gesamtprojekt deutlich teurer geworden. Die Folge davon ist, dass wir als Stadtparlament jetzt also diesen Verpflichtungskredit bewilligen müssten.

Erst anschliessend wird sich der Regierungsrat den noch hängigen Rekursen annehmen und diese womöglich gutheissen. Das würde aber wohl heissen für die Frauenfelderstrasse: Zurück auf Feld 1.

Die gleiche Ausgangslage haben wir aber auch bei Ablehnung, wonach es ja jetzt ziemlich schwer aussieht. Allerdings hätten wir dann aber nicht mal die Information, wie sich der Regierungsrat zu den beiden hängigen Rekursen stellt.

Und ungefähr ähnlich sicher wie das «Amen» in der EVP ist, dass sich der Regierungsrat bei einem künftigen Projekt wohl mit den ziemlich gleichen Rekursfragen auseinandersetzen dürfte, halt einfach ein paar Jahre später. Eine ziemlich vertrackte Situation also.

Zusätzlich möchte ich uns als Parlament schon noch die folgende Frage stellen: Was bedeutet denn diese Ablehnung für den Stadtrat? De facto ist es doch einfach eine Rückweisung ohne Auftrag, was er denn jetzt anders machen sollte, denn der Sanierungsbedarf ist offensichtlich. Etwas machen müssen sie also sowieso. Klar, Projektänderungen waren in aktuellem Stadium gar nie Teil der Übungsanlage, wir haben das auch schon gehört von Selim.

Und klar hören wir jetzt da die diversen Forderungen in den einzelnen Voten, die sich sicherlich auch teilweise auf die eingegangenen und nicht berücksichtigten Einsprachen beziehen. Aber das alles wird der Stadtrat wohl kaum zu Änderungen beim Projekt bewegen, sonst hätte er das ja schon berücksichtigt.

Ich habe aber durchaus auch Verständnis für die ablehnende Haltung, inhaltlich noch am meisten bei der GLP. Denn, würde man zustimmen, nur um in Erfahrung zu bringen, was denn der Regierungsrat noch so dazu denkt, könnte dieser möglicherweise die Rekurse ablehnen; dieses Risiko besteht natürlich. Und dann müsste man sich wohl ständig anhören, dass man ja für dieses Projekt gestimmt hat im Rat.

Gleichzeitig möchte ich aber auch an die Stadtklima-Initiativen erinnern. Die müssten bei einem neuen Projekt jetzt eigentlich stärker gewichtet werden. Ob das wiederum im Sinne der ablehnenden Ratsmehrheit ist, stelle ich mal scheu in Frage.

Auch wir von der EVP haben uns mit der Vorlage schwergetan. Das Thema Sicherheit ist auch für uns ein grosses Anliegen und wir hätten zum Beispiel gerne breitere Velostreifen gehabt. Teilweise wird auch die Setzung von gewissen Fahrbahnhaltestellen kritisch betrachtet. Diese sollten immer so gesetzt werden, dass sie zwar immer den ÖV bevorzugen, aber nicht den gesamten Verkehr behindern.

Und dass man gleich alle Bäume mit «reduzierter Vitalität», wie es genannt wird, fällen muss, daran haben auch wir keine Freude. Zumindest dieser letzte Punkt konnte aber gut erklärt und auch aufgezeigt werden am Beispiel eines Baumes an der Rudolfstrasse, der nach wenigen Jahren bereits ein sehr schönes Wachstum aufweist. Das hat uns in diesem Punkt überzeugt.

Schlussendlich war es für uns also ein Abwägen. Wollen wir das Projekt ohne inhaltliche Vorgaben ablehnen mit dem Resultat, dass die Sanierung erneut jahrelang verzögert wird und wir keine Ahnung haben, wie der Regierungsrat über die weiterhin umstrittenen, hängigen

Punkte entscheiden wird? Oder wollen wir dem Projekt zustimmen, ohne uns inhaltlich noch einmal mit der Frauenfelderstrasse auseinandergesetzt haben zu können? Beide Optionen überzeugen nicht vollends. Und trotzdem sind wir mehrheitlich zum Schluss gekommen, die Frauenfelderstrasse vor den Regierungsrat zu bringen, und werden dem Verpflichtungskredit deshalb mehrheitlich zustimmen. Vielen Dank.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Der aus meiner Sicht erfreuliche Aspekt zum Projekt vorweg: Die Parkplätze für motorisierte Zweiräder (also Roller und Töff) an der Frauenfelderstrasse bleiben erhalten oder werden in gleicher Zahl ersetzt.

Trotzdem führt uns das nicht zur Zustimmung, sondern Die Mitte/EDU-Fraktion wird dieses Projekt ablehnen. Die Gegenfrage zur Frage, die vorhin gestellt wurde: Wer nutzt denn diese Strasse regelmässig? Sei es mit dem Auto, mit dem Töff, mit dem Velo, mit dem Bus oder zu Fuss. Eine Strasse hat eine verkehrliche Funktion zu erfüllen, für alle Verkehrsträger. Und das ist uns als Mitte/EDU-Fraktion wichtig, dass man das auch so anschaut und die verschiedenen Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielt.

Wir möchten auch mehr ÖV-Anteil und genau deshalb hat das einen wesentlichen Fehler in diesem Projekt, auf den ich nachher zurückkommen werde. Und zwar geht es um die Fahrbahnhaltestellen. Es wurde schon ausgeführt, Fahrbahnhaltestellen sind dazu da, dass der Bus im Verkehr der sogenannte «Pulkkführer» wird, d.h. der Bus hält an, die Autos reihen sich dahinter auf und nachher geht es in einem energieintensiven Stop-and-Go durch die Stadt hindurch, wenn es alles Fahrbahnhaltestellen wären für den Bus. Die Idee ist, wie es Romana gesagt hat, dass man dann mit dem Bus in einer Phase bei Grün durchkommt. Das macht dort Sinn, wo man nahe ist bei einem Lichtsignal.

Wenn man die vier Fahrbahnhaltestellen anschaut, dann sieht man Folgendes:

Bei der Hohlandstrasse stadtauswärts geht es unmittelbar nach der Haltestelle über einen Fussgängerstreifen und nachher teilt sich die Fahrspur auf zwei Spuren auf; auf eine Rechtsabbiegespur und Busspur und auf eine Geradeaus-Spur. Der Hauptverkehr, der motorisierte Hauptverkehr, ist auf dieser Geradeaus-Strecke. Der Bus kann also problemlos, wenn er an der Hohlandstrasse abfährt, nachher in die Busspur und auf dieser Busspur die stehende Kolonne auf der Geradeaus-Spur überholen und am Lichtsignal vor diese Kolonne hineinziehen und über die Kreuzung fahren.

Dann haben wir die Bushaltestelle Stadtrain stadteinwärts. Dort können wir mit viel Goodwill akzeptieren, dass man das dort so macht, weil es dann zwar doch noch eine Weile geht, aber es kommt dann mal ein Lichtsignal, bei welchem der Bus bei sehr viel Verkehr dann vielleicht nicht in einem Mal durchkommt.

Und dann haben wir die Bushaltestellen an der Talackerstrasse, die hier eingeblenet sind. Ich habe einige Modelle aufgezeichnet. Beide Bushaltestellen, sowohl stadteinwärts wie auch stadtauswärts, sind nach der Kreuzung angeordnet. Wenn jetzt also der Bus dort anhält, reiht sich der Verkehr dahinter auf. Wir haben da ein Auto, das links abbiegen möchte in die Talackerstrasse; das kann es nicht, weil der Verkehr hinter dem Bus steht. Das heisst, der Bus, der stadtauswärts steht, kann auch nicht fahren, weil er im Stau steht, welchen der Bus auf der Gegenfahrbahn verursacht. Das führt nicht nur dazu, dass der Bus im Stau steht, welchen der andere Bus verursacht, sondern es führt auch dazu (man sieht es auf der Visualisierung), dass die Fussgängerstreifen blockiert sind. Die Schulkinder wurden bereits erwähnt – das ergibt sehr gefährliche Situationen für diese Schulkinder, welche die vier Strassenäste queren müssen, weil sie irgendwo zwischen den Autos hindurch möchten (nicht sollten, weil es blockiert ist) und die Autofahrenden zwar wissen, dass sie nicht die Fussgängerstreifen blockieren, sondern vorher anhalten sollten – aber es nicht machen. Wir wissen, dass sich nur wenige daran halten. Auch die Velos versuchen, sich dort irgendwo noch durchzuschlängeln – eine Gefährdung für sich selbst und für die Fussgänger. Wirklich keine gute Situation. Wenn man es nicht glaubt, kann man sich das an der Industriestrasse anschauen, bei der Bushaltestelle Rudolfstrasse. Dort hat man letzten Sommer (glaube ich), eine ähnliche Situation kreierte, mit den aufgemalten Inseln und Pfosten, und das Chaos ist dort grösser geworden – zugegeben in meinem subjektiven Empfinden – und nicht besser.

Das einfach noch mal zu den Fahrbahnhaltstellen. In allem anderen schliessen wir uns eigentlich den ablehnenden Fraktionen grossmehrheitlich an; wie gesagt, wir lehnen das ab.

R. Diener (Grüne/AL): Ich möchte doch gerne auch noch ein paar Überlegungen zur Kenntnis bringen, die ich mir persönlich gemacht habe, die wir aber auch in der Grünen/AL-Fraktion teilen. Es ist so, zu viele widersprüchliche Interessen sind natürlich der Tod eines solchen Projekts und sind auch der Tod eines Fortschritts, das muss man ganz klar sehen. Dabei ist nicht in Abrede zu stellen, dass natürlich diese Interessen durchaus in einem gewissen Grad legitim sein können. Und selbstverständlich: Alle Vertreter dieser Interessen wollen ihre bestmögliche Position durchsetzen. Es ist aber leider unmöglich, das wurde auch schon gesagt und ich möchte das nochmals ganz explizit betonen, in einem solchen Projekt alle Interessen gleichwertig und gleich stark berücksichtigen zu können. Der Raum, den wir da haben, und die Anliegen, die umgesetzt werden müssen, lassen dies schlicht und ergreifend nicht zu. Man muss entweder einen Kompromiss finden oder eine Priorisierung durchsetzen – es geht leider nicht anders.

Und ich fange mit dem wichtigsten Punkt für uns Grüne an: Die Baumallee, das wurde von Kathrin richtig gesagt, wir bedauern auch, dass diese weg muss. Aber, das wurde auch richtig gesagt, ich wiederhole das nicht mehr: Eine zukunftsorientierte Baumallee, die wirklich auch ihre ökologische Leistung schafft, muss zwingend neu gestaltet, neu gebaut werden. Und das braucht auch mehr Platz. Und das ist ein Platz, der natürlich dann am Schluss auf der Fahrbahn ein bisschen fehlt. Ich komme noch darauf zurück, weshalb nur «ein bisschen». Es wurde nämlich etwas gesagt, das gar nicht stimmt; wenn man faktisch schaut, wie der Strassenraum aussieht.

Aber zuerst nochmals zur Baumallee, die Platz braucht. Wir können nicht gleichzeitig, wenn wir mehr Platz haben müssen dafür, auch für andere Verkehrsträger wieder noch mehr Platz schaffen. Es ist zwingend nötig, dass es dann eben eine Priorisierung gibt.

Und jetzt nochmals zur Fahrbahnbreite: Es wurde jetzt immer wieder behauptet, die Fahrbahn werde verschmälert. Das stimmt nur sehr, sehr beschränkt. Effektiv sind die parkierten Autos heute halb auf die Strasse «lampend», das heisst, sie stehen halb auf der Strasse draussen, manchmal ein bisschen mehr und manchmal ein bisschen weniger. Und dadurch ist die Strasse bereits weniger als die Breite, wie es jetzt mit dem Randstein geplant ist.

Meine Damen und Herren, schauen Sie doch dieses Projekt mal genau an.

Aber es ist so, wir haben eine Veränderung. Und das ist jetzt der 3. Punkt, der mich stört und bei dem es mich ärgert: Dass es nicht möglich war, mit den Verkehrsverbänden – und vor allem mit der Velo-Lobby – einen Weg zu finden. Ich bin der Meinung, dass man mit der Parallelroute, die man jetzt entwickelt (die wir ja schon haben und die noch verbessert wird) und den Möglichkeiten, die es auch im Quartier gibt, genügend Möglichkeiten gibt, wo man mit dem Velo durchfahren kann. Einen kleinen Umweg kann man mit dem Velo in Kauf nehmen. Ich bin der Meinung, dass wir das an diesem Ort forcieren sollten, mit Wegweisung, mit entsprechenden Signalisationen und mit einer halt simplen Standardinfrastruktur für das Velo, die man auf dieser Strasse anbietet. Ich bin der Meinung, wenn wir auf dieser Strasse Tempo-30 umsetzen – was wir eigentlich sollten, da bin ich ganz klar und definitiv dafür, denn wir sehen, wenn wir den Raum jetzt anschauen, wie die Verkehrsteilnehmenden unterwegs sein werden – das wird faktisch der Fall sein zu den Hauptverkehrszeiten.

Wenn wir das so machen, ist es auch vertretbar, dass wir mit einer Minimalinfrastruktur für das Velo (mit dem 1,5 m breiten Velostreifen) fahren für diejenigen, die gut und sicher unterwegs sind – und nicht im grossen Stil für diejenigen, die mit Lastenvelos und ähnlichem unterwegs sind. Diejenigen, die mit der Familie Velo fahren, die sollen – verflixt nochmals! – auf die neue Veloroute gehen, die wir jetzt zur Verfügung gestellt haben. Das scheint mir ein Weg zu sein, den man hätte gehen können. Und ich bin extrem enttäuscht, dass die Velo-Lobby derart stur an ihrer Verbreiterung festhält und deshalb diese unheilige Allianz eingeht und wir damit den Kompromiss, den wir eigentlich gehabt hätten in den Verkehrsverbänden, auf der Seite der ökologischen Linienführung, der ökologischen Verkehrsführung, nicht durchziehen können.

Und ich wäre, genau wie es Alex gesagt hat von der EVP-Seite, auch dafür, dass wir das jetzt durchziehen könnten, diesen Weg gehen könnten und schauen könnten, was der Regierungsrat noch dazu sagt. Und nach vorne schauen. Beim Fortschritt gibt es natürlich immer noch Wünsche, noch Verbesserungen, die man umsetzen könnte. Aber man sollte den Fortschritt nicht verhindern. Denn wenn wir jetzt nichts machen, wenn wir es jetzt ablehnen – wir wissen, was kommt. Es wird eine Standardsanierung geben in diesem Strassenraum, keine Verbesserung für gar nichts. Und es wird mit grosser Wahrscheinlichkeit eine starke Beeinträchtigung geben für die Baumallee, die jetzt noch dort ist. Diese wird dann gar nichts mehr wert sein nachher. Nach ein paar Jahren wird dort vieles noch absterben, das wissen wir. Wir kennen solche Situationen, alle Fachleute kennen solche Situationen. Deshalb wäre es sinnvoll, man würde diese jetzt tatsächlich neu aufbauen. Ich bin enttäuscht und ich finde es schade, wenn wir das jetzt nicht machen. Ich appelliere vor allem an die Grünliberalen, sich für diese zukunftsfähige Lösung einzusetzen. Danke für die Kenntnisnahme.

A. Steiner (GLP): Ich fühle mich natürlich angesprochen als Velo-Lobby. Reto, Du sprichst von einem Kompromiss – nein, wir sprechen nicht von einem Kompromiss. Es wurde erwähnt: Es gab keine Einigungsverhandlung. Wir machten Einwendungen, wir formulierten unsere Bedenken klar - und leider wurde nicht darauf eingetreten von Seiten Velo-Lobby. Ich spreche jetzt als Vertreterin von Pro Velo.

Wir sprechen hier von einer regionalen Veloroute. Wir sprechen im Richtplan davon, dass wir eine Verdoppelung des Veloverkehrs wollen. Das Einzugsgebiet in diesem Stadtkreis ist riesig, wir können nicht einfach alle auf die Hegistrasse verweisen. Und wenn wir von Veloverkehr sprechen, dann werden wir zunehmend von Lastenvelos sprechen, die mittlerweile nun breiter zugelassen sind. Wir müssen uns wirklich der Zeit anpassen, wir brauchen mehr Veloverkehr.

Es wurden auch noch die Parkplätze angesprochen. Ja, die Parkplätze dort sind störend. Man hat aber nur einen Teil in diesem Projekt wegegenommen. Tatsächlich frohlocken natürlich die Bürgerlichen. Ja, die Parkplätze gehören zu einem grossen Teil abgebaut, denn seit man jetzt umgestellt hat auf Blaue Zone, stellt man fest: Oha, es wird viel weniger gebraucht! Und genau diese Parkplätze, die jetzt nicht gebraucht werden, gehören sofort abgebaut – unabhängig vom Projekt. Und selbstverständlich kann man dann eben eine vernünftige Veloroute machen und die ganze Breite ausnutzen.

Dieses Projekt ist aus der Zeit gefallen; einerseits mit der Totalfällung aller Bäume und andererseits Nichtberücksichtigung der Sicherheit der Velofahrenden. Busse können nicht sauber überholen, LKWs können nicht sauber überholen - es ist gefährlich. Ich glaube, alle hier drinnen wissen, wie es ist: Auch wenn ein Bus legal überholt, es ist immer ein bisschen unheimlich, wenn so grosse Gefährte neben einem überholen. Aber wenn sie dann noch zu nahe überholen, ist es einfach ein Sicherheitsproblem. Ich erinnere daran: In der EU hat man einen Sicherheitsabstand von 1,5 Meter vorgegeben. Und das kann man an dieser Strasse nicht mehr einhalten. Besten Dank.

R. Heuberger (FDP): Nur ganz kurz, Reto: Du tust jetzt so, als ob die Veloverbände gegen die Stadt wären – und das ist wirklich nicht so.

Ich erlaube mir nochmals den Hinweis: 2021 haben ACS, TCS, Pro Velo und Winterthur:agil-mobil – und bei einem Teil der Anträge waren sogar Winti Mobil - sprich Ihr – dabei, miteinander Einsprachen gemacht gegen dieses Projekt. Und wenn Du uns jetzt heute auseinanderdividierst auf dem, wo wir nicht einig sind, so wären wir schon happy, wenn das umgesetzt worden wäre, bei dem wir uns alle einig sind.

Und ich erlaube mir noch einen Hinweis: Du hast gesagt, Kathrin, aus dem Quartier, aus der Anwohnerschaft, hätte es niemanden gegeben. Aus dem Quartier hatte es diverse Einsprechenden mit dabei. Damit das wirklich geklärt ist.

Und nochmals: Ich würde mir wünschen, dass wir uns viel mehr auf die Gemeinsamkeiten fokussieren würden, damit Projekte wieder vorwärtskommen in dieser Stadt; als dass wir uns ständig auf dem kaprizieren, bei dem wir uns nicht einig sind. Danke.

Stadträtin Ch. Meier: Wenn man einigen dieser Voten von vorhin zuhört, dann könnte man denken, die Stadt hätte an der Frauenfelderstrasse ein komplett haarsträubendes, wirres und dilettantisches Projekt entworfen. Wer sich hingegen die Mühe macht, selbst und unvoreingenommen auf die Pläne zu schauen, wird dann fast ein bisschen enttäuscht. Die Frauenfelderstrasse, so wie wir sie geplant haben, ist nämlich eine sehr pragmatische und unspektakuläre Planung, eigentlich schon fast ein bisschen langweilig normal.

Und das muss sie auch sein. Eine grosse Strasse, eine Hauptverkehrsachse, muss nämlich für alle funktionieren: Für die, welche durchfahren; für die, welche die Strasse queren; für diejenigen, die an dieser Strasse wohnen und dort schlafen können wollen; für diejenigen, die parkieren müssen; für das Gewerbe. An alle diese Anspruchsgruppen haben wir bei der Planung gedacht und wir haben sie auch abgeholt. Sowohl im Rahmen des ordentlichen Verfahrens nach Strassengesetz als auch in den diversen Gesprächen.

Ja, es ist so, die Rolle des Parlaments in einem Strassenprojekt ist diejenige, den Kredit zu bewilligen oder einen Kredit abzulehnen, weil die inhaltlichen Fragen tatsächlich über das Verfahren nach Strassengesetz laufen.

Trotzdem hat sich auch die Parlamentskommission dazu äussern können. Neben dem, dass wir im Rahmen von Weisungen zur Frauenfelderstrasse im Parlament waren, waren wir nämlich auch zwischen dem Mitwirkungsverfahren nach §13 und dem Auflageverfahren nach §16 zwei Mal in der damaligen BBK, um über den aktuellen Projektstand zu informieren. So wurden wir am 10. Mai 2021 in der BBK vorstellig, haben dort sehr viele Fragen beantwortet und zum Teil sehr wertvolle Inputs entgegengenommen. Diese Inputs haben wir zum Teil in die Weiterbearbeitung des Projekts aufgenommen, haben sie einfließen lassen. Und wir waren am 25. Oktober 2021 nochmals in der BBK und haben das überarbeitete Projekt nochmals vorgestellt. Und ich glaube, ich verletze kein Kommissionsgeheimnis, wenn ich erwähne, dass sich ein Mitglied aus der damaligen Kommission sich damals sehr für diesen vorzeitigen Miteinbezug bedankte und sagte, dass sie das sehr geschätzt habe.

Aufgrund von all diesen Gesprächen und Inputs ist die Frauenfelderstrasse das, was sie heute ist, nämlich ein ausgewogener Kompromiss. Die Verkehrsverbände, die dagegen rekurrieren, sind in einer ganz anderen Lage als die Stadt. Sie haben den Luxus, nur die Anliegen ihrer ganz spezifischen Klientel vertreten zu müssen und einzufordern. Dort können und müssen sie Maximalforderungen stellen. Das ist ihre Aufgabe und auch ihr gutes Recht.

Wenn jetzt aber behauptet wird, dass das Projekt der Stadt schlecht sei, weil die Verbände dagegen seien, dann ist das schlicht falsch. Der einzige Punkt, in dem sie sich nämlich wirklich einig sind, ist derjenige, dass sie dagegen sind. Wenn man schaut, was sie stattdessen wollen, ist es nämlich sehr schnell vorbei mit der Einigkeit. Die Auto-Lobby möchte möglichst breite Spuren für das Auto, damit man ungehindert und vor allem ungebremst vorwärtskommen und überall den Bus überholen kann. Die Velo-Lobby will extrabreite Velostreifen. Das beides selbstverständlich nur auf Kosten von Fussgängerinnen und Fussgängern und von Parkplätzen geht, muss sie nicht kümmern. Andere wollen Lärmschutz und Tempo-30, also genau das Gegenteil von denen, die ungehindert und ungebremst fahren können wollen. Die einen wollen mehr Parkplätze, die andere wollen weniger Parkplätze. Wir haben das vorhin in den diversen Voten gehört.

All diese unbefriedigten Anliegen sind Inhalte der hängigen Rekurse. Der Regierungsrat hätte Klarheit schaffen können – aber eben nur, wenn Sie, liebes Parlament, heute dem Kredit zugestimmt hätten (ich gehe einfach schon vorweg von der Ablehnung aus). Nur schon deshalb wäre es schön gewesen, wir hätten heute ein Ja bekommen, um herausfinden zu können, welche Rekurse gutgeheissen worden wären und welche nicht. Denn alle diese Fragen nach Fahrbahnbreiten, Velostreifen, Lärmschutz, Fahrbahnhaltestellen und Parkierungen tauchen immer wieder auf in zukünftigen Projekten. Es hätte uns sowohl für die Frauenfelderstrasse

wie auch für jedes folgende Projekt an einer grossen Strasse geholfen, wenn wir da eine Antwort des Regierungsrats gehabt hätten.

In der Kommission will aber eine Mehrheit den Kredit ablehnen und genau auf diese Klärung verzichten. Man darf sich wahrscheinlich ein bisschen die Frage stellen, weshalb. Und wenn man nachfragt, wie es jetzt weitergehen soll, dann heisst es: Saniert einfach im Bestand. Dass dies die bürgerlichen Parteien so möchten, ist irgendwie noch verständlich. Sie sind in der Opposition und die jetzige Ausgestaltung der Frauenfelderstrasse entspricht (ein bisschen salopp gesagt) einer Verkehrsphilosophie, die ihnen noch entspricht, nämlich einer sehr einseitigen Dominanz des Autos. Dass aber auch die Grünliberalen dieses Nein und damit die Sanierung im Bestand in Kauf nehmen, das irritiert mich ein bisschen. Man könnte meinen, es hätte nie die Stadtklima-Initiativen gegeben und wir hätten nie über Modalsplit-Ziele gesprochen. Denn wenn wir jetzt zu diesem Nein kommen, dann wird es auf eine Sanierung im Bestand hinauslaufen. Wir haben es gehört: Für die Forderungen, die im Raum stehen, werden wir keine Einigungen finden, die allen passen. Und die Sanierung ist dringend.

Natürlich müssen wir als Stadt uns die Frage stellen, ob wir alles richtig gemacht haben. Und ganz klar: Nein. So haben wir zum Beispiel bei der Einschätzung über die gebundenen und nicht gebundenen Kosten einen klaren Fehler gemacht. Daraus haben wir unsere Lehren gezogen. Und was wir ebenfalls gelernt haben: Das Fällen und Ersetzen von Strassenbäumen, sogar von kranken Bäumen, ist ein viel emotionaleres Thema, als ich mir das je hätte ausmalen können. Bei neueren Projekten wie der Technikumstrasse und der Tösstalstrasse planen wir deshalb – wo immer es möglich ist - mit dem Erhalt von möglichst vielen Bäumen, auch wenn das deutliche Mehrkosten und einen deutlichen Mehraufwand verursacht.

Ich habe sehr gerne Bäume. Ich habe Bäume gerne, ganz allgemein, und ich habe gerne Bäume hinsichtlich ihrer Wirkung für das Stadtklima. Wenn man aber das Stadtklima wirklich ernst nimmt, dann ist auf den ersten Blick klar, dass diese Bäume, die an der Frauenfelderstrasse stehen, einen doch sehr bescheidenen Einfluss auf das Stadtklima haben. Sie sind zu einem sehr grossen Teil nicht mehr gut «zwäg» und sie stehen mehr oder weniger in befestigtem Boden, mitten im Asphalt. Sie haben schlechte Lebensbedingungen und die Leitungen, die dringend ersetzt werden müssen, gehen zum Teil direkt durch ihren Wurzelraum. Auch wenn wir bei einer Sanierung im Bestand noch so behutsam und aufwändig und teuer um diese Wurzeln herumschäufeln und -häckeln, ist die Gefahr, dass die Bäume diesen Umbau nicht überleben, sehr gross. Alternativ hätten wir jetzt, mit dem neuen Projekt, die Möglichkeit gehabt, wirklich gute Lebensbedingungen für neue Bäume zu schaffen, mit denen grosse Flächen hätten entsiegelt werden. Und so hätten wir wirklich etwas für das Stadtklima machen können.

Die grossen Verlierer bei der Ablehnung dieses Projekts sind damit das Stadtklima und die Menschen, die an der Frauenfelderstrasse wohnen, die dort Tag für Tag zu Fuss unterwegs sind. Zu Fuss entweder deshalb, weil ihr Weg dort durchgeht, oder weil sie unterwegs sind auf den Bus oder zu ihrem parkierten Auto. Es tut mir sehr leid, dass diese grosse Chance vertan wird, um wenigstens dort, wo wir Verbesserungen machen hätten können, diese realisieren zu können. Ich muss das aber so hinnehmen.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Christa Meier. Somit sind wir abstimmungsreif. Ich möchte Euch auf zwei Dinge hinweisen: Einerseits unterliegt dieses Geschäft der Ausgabenbremse und somit ist ein absolutes Mehr von 31 Stimmen nötig, um dem Kredit zustimmen zu können. Und wir stimmen über den Antrag gemäss Weisung ab, nicht über den Ablehnungsantrag aus der Kommission.

Wenn Sie also dem Kredit zustimmen möchten, drücken Sie Ja. Wenn Sie den Kredit ablehnen möchten, drücken Sie Nein.

Abstimmungsergebnis: Der Kredit wird mit 29:23 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Somit haben wir Traktandum 2 abgeschlossen.

3. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.40: Bau- und Zonenordnung (BZO), Teilrevision zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB): Festsetzung

Parlamentspräsident Ph. Weber: Bau- und Zonenordnung (BZO), Teilrevision zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB): Festsetzung. Das Wort hat die Referentin der SBK, Livia Merz.

L. Merz (SBK): Ich darf heute das Geschäft vorstellen, von dem Philip dankenswerterweise bereits den Namen vorgelesen hat.

Zur Ausgangslage: Die Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) ist ein Vertrag zwischen den Kantonen mit dem Ziel, die wichtigsten Baubegriffe und Messweisen gesamtschweizerisch zu vereinheitlichen. In der vorliegenden BZO-Teilrevision geht es um die Übernahme dieser harmonisierten Baubegriffe. Zum Inhalt dieser Teilrevision später noch mehr.

Zuerst aber noch ein kurzer Blick in die Geschichte dieser BZO-Teilrevision: In der ersten Version enthielt die Teilrevision noch Bestimmungen zur Grünflächenziffer.

Während der öffentlichen Auflage und auch ausserhalb des Verfahrens gingen allerdings zahlreiche negative Reaktionen zur Einführung dieser Grünflächenziffer und deren Höhe ein. Unter anderem eine gemeinsame Fraktionserklärung im Stadtparlament, die den Rückzug der ganzen Vorlage forderte. Erschwerend in der ganzen Situation kam ausserdem die sogenannte Vorwirkung dazu, welche dazu führte, dass die Bestimmungen zur Grünflächenziffer bereits für hängige und geplante Baugesuche galten.

Aufgrund dieser vielen Reaktionen hat der Stadtrat dann in der Folge entschieden, die Bestimmungen zur Grünflächenziffer freiwillig zurückzuziehen und das Teilrevisionspaket nur mit den kaum umstrittenen Teilen auf den Weg zu schicken. Die vorliegende Revision enthält jetzt also nur die Anpassung der Baubegriffe, ohne die Grünflächenziffer. Mit der Überweisung der neuen Vorlage an das Stadtparlament entfiel dann auch die Vorwirkung der Grünflächenziffer.

Das Thema Grünflächenziffer soll nun in der anstehenden Gesamtrevision der BZO nochmals geprüft werden. Es ist nämlich dazu noch die erheblich erklärte Motion 2021.10 betreffend ergänzende Bestimmungen in der BZO zu Frei- und Grünflächen hängig. Weil die Bestimmungen zur Grünflächenziffer nun aber erst in der BZO-Gesamtrevision kommen sollen, beantragt der Stadtrat, die Frist für die Umsetzung der Motion 2021.10 bis am 1. März 2027 zu verlängern. Das ist der Antrag Ziffer 3 auf der Weisung.

Nun aber zum Inhalt der vorliegenden BZO-Teilrevision. Das Vorgehen war eine rein technische Übersetzung der Begriffe ohne materielle Änderungen an der BZO. Materielle Änderungen sollten nur dort vorgenommen werden, wo sie zwingend mit der Harmonisierung der Baubegriffe zusammenhängen.

In 29 Absätzen der BZO konnte ein Begriff 1:1 ohne materielle Änderung ausgetauscht werden. Bei 15 Absätzen musste der Begriff ersetzt werden und das Mass wurde im Sinne der bisherigen Regelungen neu definiert. Wo die Umrechnung nicht ganz 1:1 funktionierte, hat man tendenziell etwas mehr zugelassen als heute möglich ist.

Als Beispiel möchte ich kurz auf die Fassadenhöhe eingehen, hier war eine Anpassung des Masses nötig. Bisher wurde in der BZO die Geschossanzahl definiert und in der Folge ergibt sich daraus die Gebäudehöhe. Neu muss ein Mass für die Gebäudehöhe definiert werden. Dafür wurde das heute geltende Mass umgerechnet und in der BZO als Fassadenhöhe definiert. Weil neu die Dämmung nicht mehr in die Masse mit eingerechnet wird, damit man nicht bestraft wird, wenn man besser energetisch saniert, können Gebäude jetzt nach dieser BZO-Teilrevision nun leicht höher werden.

Zur Diskussion in der SBK: Die SBK stellt zusätzlich einen Kommissionsantrag zum Thema Dachstockaufbauten im Artikel 70a Dachgestaltung. Und zwar lautet dieser wie folgt:

«In Kern- und Quartiererhaltungszonen dürfen Dachaufbauten insgesamt nicht länger als 1/3 der betreffenden Fassadenlänge sein.»

Gemäss PBG §292 dürfen Dachaufbauten insgesamt nicht breiter als die Hälfte der betreffenden Fassadenlänge sein, ausser es ist ein anderes Mass bestimmt in der BZO. Mit diesem Antrag soll die bisherige Regelung, dass Dachaufbauten überall nicht länger als 1/3 der Fassadenlänge sein dürfen, gelockert werden. Neu soll - ausser in Kern- und Quartiererhaltungszonen - die Bestimmung des PBG, nämlich die Hälfte der Fassadenlänge, gelten.

Der Antrag geht auf die Motion 2022.50 betreffend «Verdichtet Bauen durch Dachstockaufbauten» zurück, die damals abgeschrieben wurde mit dem Hinweis, dass die Grösse von Dachaufbauten im Rahmen der nächsten BZO-Teilrevision geregelt werden solle. Die vorliegende Teilrevision enthält nun aber keine materiellen Änderungen, wie wir gehört haben. Die Kommissionsmehrheit will deshalb mit diesem Antrag die Verlängerung von Dachaufbauten in dieser Revision einbringen. Dieser Antrag wurde mit 5:4 in der SBK angenommen und ist deshalb ein Kommissionsantrag.

Da der Antrag eine materielle Änderung ist und dies unter Umständen eine erneute öffentliche Auflage nötig machen könnte, wollte die Kommissionsminderheit auf die Änderung verzichten und sie erst später gesamthaft mit dem Thema Verdichtung und Innenentwicklung anschauen.

Der bereinigten Vorlage wurde mit 8:1 in der SBK zugestimmt.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Livia. Somit ist die Diskussion eröffnet und zuerst kommen die übrigen Mitglieder der SBK an die Reihe. Das Wort geht zuerst an Philipp Angele (SVP).

Ph. Angele (SVP): Wir unterstützen die vorliegende Teilrevision der Bau- und Zonenordnung im Zusammenhang mit der Harmonisierung der Baubegriffe. Danke, Livia, für das Vorstellen des Sachgeschäfts, es war sehr ausführlich und detailliert.

Positiv ist auch der aktuelle Kontext der Gültigkeit der Freiflächenziffer anstelle dieser anfänglich eingebrachten Grünflächenziffer des Stadtrats, die man jetzt wieder herausgenommen hat.

Bezüglich der Anpassung der Begrifflichkeiten finden wir das eigentlich soweit gut, dass man auf kommunaler Stufe mit der BZO jetzt nachfährt. Somit sind wir auch beim PBG kongruent und definitorisch haben wir da keine Unterschiede mehr bei den Begrifflichkeiten. Das alles beurteilen wir soweit als positiv.

Und auch den Antrag der GLP unterstützen wir. Es ist auch ein Anliegen, das wir einmal eingebracht haben mit einer Motion und damit wird das wieder aufgegriffen.

Unter den genannten Gründen werden wir der Weisung und dem Ergänzungsantrag logischerweise zustimmen. Danke schön.

A. Würzer (EVP): Wir danken dem Stadtrat für die Ausarbeitung dieser Vorlage und Dir, Livia, für die sehr gute Präsentation. Noch mehr bedanken wir uns aber für die wichtige Korrektur bei der Grünflächenzimmer, was ja ebenfalls einmal Teil dieser Vorlage war (wir haben es gehört) und aufgrund unserer fraktionsübergreifenden Erklärung wieder verworfen worden ist. In düsteren Tagen ist das natürlich ein Lichtblick für uns in diesem Ratssaal, dass der Stadtrat ab und zu doch bereit ist, den Willen einer Parlamentsmehrheit auch zu berücksichtigen.

Für uns von der EVP sind die weiteren Punkte dieser Vorlage unbestritten und wir werden diesen auch zustimmen. Den Kommissionsantrag betreffend Dachaufbauten hingegen lehnen wir ab. Nicht weil wir inhaltlich dagegen wären, einige finden das inhaltlich durchaus unterstützenswürdig. Aber das Risiko, aufgrund der materiellen Änderung erneut eine öffentliche Auflage durchlaufen zu müssen, erachten wir als unverhältnismässig.

Ausserdem hätte man dann auch gleich den Mehrlängenzuschlag mithineinnehmen können. Wir fordern den Stadtrat aber an dieser Stelle auch auf und bitten ihn, diese beiden Punkte

noch vor der BZO-Gesamtrevision voranzutreiben und nicht erst in mehreren Jahren damit zu kommen.

Zumindest die Dachaufbauten wird der Stadtrat wohl aber schon ziemlich bald als Auftrag fassen dürfen, sollte es bei diesen Mehrheiten bleiben. Damit werden wir auch ganz ok leben können. Besten Dank.

R. Heuberger (FDP): Vielen Dank, Livia, für die gute Präsentation, auch von unserer Seite. Wir werden dem Antrag der BZO-Teilrevision zustimmen, inklusive dem Kommissionsantrag. Seit 2014 erlaubt das Planungs- und Baugesetz im Kanton Zürich Dachaufbauten bis zur Hälfte von der Fassadenlänge – in Winterthur gilt jedoch immer noch ein Drittel. 2022, es wurde gesagt, haben wir gemeinsam in einer Motion eingereicht mit der Forderung, dass die BZO entsprechend angepasst werden soll. Der Stadtrat sagte damals, das werde bei der nächsten BZO-Teilrevision gemacht. Bereits vorher, schon 2020, hatte er als Antwort auf ein Postulat der FDP zudem zugesichert, den Mehrlängenzuschlag bei nächster Gelegenheit abzuschaffen.

Nun liegt die Revision zur Harmonisierung der Baubegriffe vor – doch weder der Mehrlängenzuschlag wird abgeschafft noch Dachaufbauten sind grösser möglich. Nichts ist neu geregelt. Stattdessen verweist der Stadtrat erneut auf künftige Vorlagen. Der Stadtrat sagt nun, man habe mit der IVHB keine materiellen Änderungen vornehmen wollen. Dass mit der umstrittenen Grünflächenziffer trotzdem eine solche vorgesehen gewesen war, erstaunt in diesem Kontext dann doch ein bisschen, diese Aussage ist nicht nachvollziehbar. Seit 2014 haben die Städte gemäss Raumplanungsgesetz den Auftrag, Rahmenbedingungen zu schaffen für eine qualitätsvolle Siedlungsentwicklung nach innen. Die Abschaffung des Mehrlängenzuschlag und $\frac{1}{2}$ Fassadenlänge für Dachaufbauten wären die ersten kleinen Schritte in die richtige Richtung. Auch im Richtplan definiert die Stadt zwar, wo sie verdichten will, sagt aber nicht, wie das stattfinden soll. Die Diskussion wird auf Sondernutzungspläne und Gestaltungspläne verschoben. Wir alle wissen, dass es etwa 10 Jahre geht, bis solche Projekte realisiert werden können. So werden wir es nicht schaffen, in angemessener Zeit zusätzliche Wohnungen in dieser Stadt zu bauen.

Deshalb stimmt die FDP-Fraktion diesem Antrag der Kommission zu – ein kleiner Schritt in eine qualitätsvolle Innenentwicklung. Danke vielmals.

L. Merz (SP): Ich mache es jetzt ein bisschen kürzer: Die SP-Fraktion stimmt der vorliegenden BZO-Teilrevision zu. Wir begrüßen es, dass der unbestrittene Teil der Revision schnell in das Parlament gebracht worden ist.

Den Kommissionsantrag der SBK lehnen wir ab. Wir finden es sinnvoller, in dieser Revision nur die Übernahme der harmonisierten Baubegriffe zu regeln und keine materiellen Änderungen vorzunehmen. Wenn wir jetzt eine materielle Änderung machen, könnte dies eine erneute öffentliche Auflage zur Folge haben, was die Festsetzung weiter verzögert.

Ausserdem hätten wir das Thema der Dachstockaufbauten gerne differenziert und im Rahmen einer umfassenderen Diskussion zur Innenentwicklung und Verdichtung geführt.

Aber wie auch immer: Wir stellen uns der zusätzlichen Änderung auch nicht in den Weg und werden der vorliegenden BZO-Teilrevision in der Schlussabstimmung so oder so zustimmen.

M. Nater (GLP): Merci, Livia, für die Präsentation und auch ein Merci an das Departement Bau und Mobilität für die juristische Formulierung des Antrags «Dachaufbauten».

Der BZO-Teilrevision können wir zustimmen, vor allem wenn der von der GLP eingebrachte Kommissionsantrag angenommen wird; was auch Andreas Gütermann gut finden wird, der diese Motion 2022 als Erster auch entsprechend eingebracht hat. Und mich nachher auch darauf aufmerksam gemacht hat, dass dies in dieser BZO nicht enthalten ist.

Durch diesen Kommissionsantrag könnten neu Dachaufbauten mit der Hälfte der Fassadenlänge plant werden, wenn die Liegenschaft ausserhalb der Kern- und Quartiererhaltungszonen liegt. Vorher war nur $\frac{1}{3}$ möglich. Das heisst konkret, dass mit dieser Revision bei einer Fassadenlänge von 6 m neu der Dachaufbau 3 m breit sein kann und nicht mehr nur 2 m wie

vorher. Dies erhöht natürlich die Attraktivität, den Estrich zu nutzen und auszubauen und die entsprechenden Dachausbauten auszuführen. Durch eine solche Verdichtung gibt es nicht nur zusätzlichen Wohnraum, es bewirkt mit der besseren Wärmedämmung auch einen erheblichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele.

Der vorliegende Kommissionsantrag hat eine lange Vorgeschichte und basiert auf der GLP-Motion «Verdichtet Bauen durch Dachstockausbauten». Diese Motion ist 2022 von der SVP, FDP und der Mitte unterstützt worden. Diese Motion hatte das Ziel, die Revision aus dem kantonalen Planungs- und Baugesetz (PGB) aus dem Jahr 2017 zu übernehmen, wo die Länge der Dachaufbauten auf die Hälfte der Fassadenlänge gesetzt wurden. Das Ziel im Kanton war, eine Verdichtung hinzubringen und den Klimaschutz zu fördern. Diese Motion ist als erledigt abgeschlossen worden mit dem Versprechen des Stadtrates, dass die Länge der Dachaufbauten in der nun vorliegenden BZO aufgenommen werden.

Leider war die Anpassung der Länge der Dachaufbauten in der vorliegenden BZO-Revision nicht vorhanden. Daher hat die GLP den Antrag eingebracht, die Länge der Dachaufbauten entsprechend aufzunehmen. Ohne diese Aufnahme wäre der Entscheid von 2017 im PGB wahrscheinlich erst nach 2030 in Winterthur umgesetzt worden.

Mit dieser BZO-Revision werden Bezeichnungen harmonisiert und mit der Anpassung der Länge der Dachaufbauten ein Beitrag für die Verdichtung und den Klimaschutz geleistet. Wir von der GLP stimmen der BZO-Revision inklusive dem Antrag Länge Dachaufbauten zu.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Ich danke Livia auch ganz herzlich für das Vorstellung des Geschäfts. Es handelt sich, wie gehört, eigentlich um eine rein technische oder formale Angelegenheit, weshalb diese auch schon länger (meiner Meinung nach) hier hätte über die Bühne gehen können.

Wäre da nicht der Antrag der GLP bezüglich Dachaufbauten gewesen, von dem wir jetzt auch schon mehrfach gehört haben, den wir in der Kommission lange diskutiert haben. Er wurde jetzt zum Kommissionsantrag; wir Grünen/AL haben ihn abgelehnt. Er folgt dem §292 PBG und will, dass ausser in den Kern- und Quartiererhaltungszonen Dachaufbauten $\frac{1}{2}$ Fassadenlänge anstatt nur $\frac{1}{3}$ gebaut werden dürfen.

Dazu halten wir fest, dass es nicht sein darf, dass durch die freiere Regelung, die jetzt auch in Winterthur gilt, einfach die Dachwohnungen grösser werden und damit Quadratmeterzahlen Wohnfläche pro Person steigen. Ich sage, diese Gefahr ist nicht so klein. Das würde, gerade was den Energiebedarf des Heizens und Kühlens betrifft, massgeblich erhöhen. Ich betone nochmals: Auch vom Kühlen – wir konnten es gestern am Radio hören. Als Argument für die grösseren Dachaufbauten ist hingegen ja stets das verdichtete Bauen vorgetragen worden, auch jetzt haben wir das ausführlich gehört. Letzteres begrüssen wir als Grüne/AL natürlich auch ausdrücklich. Aber ob in den grösseren Dachaufbauten dann auch wirklich am Ende des Tages mehr Menschen unter diesen Dächern Wohnraum finden werden? Da sind wir halt doch noch ein bisschen skeptisch – wir hoffen es. Die Praxis wird es zeigen.

Die Grünen/AL stimmen der Teilrevision der BZO aber zu.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Es wurde schon vieles gesagt, aber der Zweck des Parlaments ist Parlieren – und deshalb spreche ich jetzt auch noch.

Ja, die vorliegende Baubegriff-Revision ist grossmehrheitlich eine Harmonisierung und ein Nachvollzug der kantonalen Begriffe. Es ist keine materielle Änderung. Dem stimmt Die Mitte/EDU-Fraktion zu.

Der Kommissionsantrag, da könnte man sich jetzt lange streiten, ob das auch ein Nachvollzug des kantonalen Rechts ist oder ob es doch eine Änderung des kommunalen Rechts ist. Auf diese Diskussion möchte ich mich aber nicht einlassen, sondern ich möchte dort anschliessen, wo Markus Nater aufgehört hat.

Es wurde eine Motion eingereicht mit der Nummer 2022.50. Dort ging es darum, dass man die Dachaufbauten auf die Hälfte der Dachflächen zulässt. Diese Motion haben wir miteingereicht. Damals hat uns der Stadtrat versprochen, schriftlich im Bericht zu dieser Motion, er

nehme das in die Revision zu den Baubegriffen auf. Das hat das Parlament grossmehrheitlich so zur Kenntnis genommen und deshalb der Abschreibung dieser Motion zugestimmt.

Jetzt haben wir diese Änderung nicht in dieser Revision und die Zusage des Stadtrats ist längst nicht mehr so verbindlich, wie sie damals im 2022 war. Heute sagt der Stadtrat, man werde die Dachstockaufbauten bei der nächsten Totalrevision prüfen. Prüfen und Aufnehmen ist in meinem Wortverständnis nicht dasselbe, das heisst, wir wissen nicht, ob und in welcher Form, Art und Weise es dann auch wirklich kommt.

Deshalb wird Die Mitte/EDU-Fraktion auch diesem Kommissionsantrag zustimmen. Zusätzlich sind wir der Meinung, auch wenn es dann wirklich so wäre, dass es dann nochmals eine öffentliche Auflage brauchen würde, verlieren wir weniger Zeit so, als wenn wir auf die Totalrevision warten, für die noch kein Paket geschnürt ist, wie sie denn aussehen soll.

Doch noch ein Wort zum Vorredner, der sagte, der Mehrlängenzuschlag sei ja auch nicht drin und dieser werde auch nicht beantragt. Ja, mit dem Mehrlängenzuschlag ist es aber so, dass dieser mit der nächsten, bereits verabschiedeten Planungsgesetzrevision drin ist, diese Weisung haben wir vor den Sommerferien bekommen. Deshalb haben wir dort keinen Handlungsbedarf, das können wir dann anschauen – also jetzt, wenn wir es dann das nächste Mal in der Kommission haben.

In diesem Sinne vielen Dank für die Kenntnisnahme. Wir unterstützen das Geschäft, wie es vorliegt – inklusive dem Kommissionsantrag. Danke.

Stadträtin Ch. Meier: Vielen Dank, Livia Merz, für das Vorstellen der Vorlage und an die Mitglieder der SBK für ihre Voten.

Die Übernahme der IHVB-Begriffe kann mit dieser Teilrevision vollzogen werden.

Jawohl, es stimmt, die Anpassung der Länge der Dachaufbauten war in unserer Vorlage nicht drin. Wir haben das in der Kommission erläutert, dass wir sehr gerne diese Frage im Kontext mit der Innenverdichtung im Rahmen der grossen BZO-Revision angeschaut hätten. Aber ich werde Dich, Alex Würzer, gerne gleich nochmals wahnsinnig überraschen: Der Stadtrat ist in der Lage, sich der Mehrheit einer Kommission und des Parlaments anzuschliessen. Und wir werden deshalb nicht auf unserem ursprünglichen Antrag beharren, sondern können selbstverständlich mit dieser Änderung leben.

Liebe Romana, bei Dir bin ich mir ja manchmal nicht ganz sicher, ob Du es nicht verstehen willst oder ob Du es nicht verstehst. Aber es ist einfach wirklich so, dass wir tatsächlich den Mehrlängenzuschlag, wie wir es angekündigt haben, in die nächste Teilrevision aufgenommen haben. Die nächste Teilrevision – zu diesem Zeitpunkt war das diese, die wir letztes Jahr nach den Sommerferien in die Vernehmlassung gaben. Das war die damals nächste Teilrevision. Die Teilrevision, über die wir heute sprechen, kam erst später, sie ging im November in die Vernehmlassung. Aufgrund davon, dass wir dann die Grünflächenziffer wieder aus diesem Paket herausgenommen haben, haben wir da einfach wahnsinnig schnell vorwärtsgemacht, damit die tatsächlich unglückliche negative Vorwirkung so schnell wie möglich entfallen konnte. Deshalb hat die Teilrevision 2 auf diesem Weg die Teilrevision 1 überholt und deshalb sprechen wir jetzt zuerst über die zweite Teilrevision. In der ersten Teilrevision, die wir bereits an das Parlament überwiesen haben und die demnächst in der SBK behandelt werden wird, ist die Abschaffung des Mehrlängenzuschlags drin.

Ich habe deshalb jetzt nach dem Verständnis gefragt, weil wir das in der Kommission gefühlt ungefähr 10 Mal besprochen haben und ich den Eindruck hatte, dass man das verstanden hat. Aber ich habe es jetzt gerne nochmals erklärt.

Vielen Dank für die angeregte Beratung und wir nehmen das so entgegen.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Christa. Ich würde dafür plädieren, dass man die Abschätzung über kognitive Fähigkeiten von Mitgliedern in diesem Rat nicht in diesem Saal behandelt – und schon gar nicht hier während der Debatte.

Wir sind abstimmungsreif. Kurz zum Prozedere: Wir werden zuerst über den Änderungsantrag der SBK abstimmen. Und nachher werden wir, je nachdem, wie die Abstimmung herauskommt, über die drei Ziffern abstimmen, wobei die erste dann angepasst sein könnte.

Zuerst geht es also nur darum, ob Sie den Änderungsantrag der SBK zu Art. 70a Dachgestaltung Abs. 3 annehmen möchten oder nicht. Wir starten die Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Der Änderungsantrag der SBK wird mit 29:24 Stimmen bei 0 Enthaltung angenommen.

Wir kommen somit zur Abstimmung über Ziffer 1 des Antrags der Weisung, inklusive diesem Änderungsantrag.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Ziffer 1 ist mit 53:0 Stimmen einstimmig angenommen.

Abstimmung über Ziffer 2 des Antrags, das ist die Ermächtigung an den Stadtrat, dass die Genehmigung der Baudirektion eingeholt werden soll.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Die Ziffer 2 ist ebenfalls mit 53:0 Stimmen einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 3, da geht es darum, die Frist zur Umsetzung der Motion 2021.10 bis am 1. März 2027 zu erstrecken.

A = Zustimmung zur Fristerstreckung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Auch die Ziffer 3 ist mit 53:0 Stimmen einstimmig angenommen.

Somit ist dieses Geschäft abgeschlossen.

4. Traktandum

Parl.-Nr. 2022.52: Projektierungskredit von Fr. 1.4 Mio. für den Neubau des Stadtarchivs Winterthur (Projekt-Nr. 13221)

Parlamentspräsident Ph. Weber: Projektierungskredit von Fr. 1.4 Mio. für den Neubau des Stadtarchivs Winterthur (Projekt-Nr. 13221). Hier gibt es einen Rückweisungsantrag, der von Marco Graf, dem Referenten der SBK, begründet wird.

M. Graf (SBK): Wie schon gesagt gibt es einen Rückweisungsantrag von der SBK für das Geschäft Projektierungskredit von 1.4 Millionen Franken für den Neubau des Stadtarchivs Winterthur (Projekt-Nr. 13221).

Da es ein Rückweisungsantrag ist, ist es ein Verfahrensantrag und deshalb präsentiere ich direkt den Rückweisungsantrag und nicht das Geschäft.

Der Rückweisungsantrag umfasst folgende Anträge:

1. Das Geschäft Nr. 2022.52 wird mit folgenden Anträgen an den Stadtrat zurückgewiesen:

A. Kostenreduktion

Gegenüber den in der Weisung Ziff. I ausgewiesenen Kosten für den Neubau soll eine namhafte Kostenreduktion für den Umsetzungskredit resultieren. Als Basis dienen folgende Eckpunkte:

1. Das Stadtarchiv erfüllt den gemäss übergeordnetem Recht vorgesehenen Auftrag der Archivierung sowie die Übernahme von Dokumenten aus privatem Besitz, die für die Geschichte der Stadt Winterthur von Bedeutung sind.
2. Es ist ein Zweckbau an einem bautechnisch kostengünstigen Standort zu erstellen.
Zu den Kosten zählen auch Umgebungsarbeiten in der näheren und weiteren Umgebung, soweit diese wegen des Archivbaus zweckmässigerweise vorgenommen werden (z.B. Anpassen von Parkanlagen).

Das Abstimmungsergebnis zu Punkt A in der SBK war 5:4.

B. Standort

Für den geplanten neuen Standort des Stadtarchivs wird eine Alternative zum vorgeschlagenen Standort Stadtwerk / Zürcherstrasse gesucht.

Das Abstimmungsresultat zu Punkt B in der SBK war 6:3.

C. Raumprogramm

Für das Raumprogramm gemäss Ziff. II. 4. der Weisung empfehlen wir folgende Eckwerte:

1. Der Berechnung des Raumbedarfs ist eine mittel- und langfristige Archivierungsstrategie zu Grunde zu legen. Es ist von einer raschen Digitalisierung auszugehen.
2. Statt der vorgesehenen Vorgabe eines detaillierten und starren Raumkonzepts ist im Architekturwettbewerb nur die Funktion auszuschreiben.
3. Publikumsverkehr, Wissensvermittlung und Öffentlichkeitsarbeit sind im heutigen Umfang vorzusehen.

Das Abstimmungsresultat zu Punkt C in der SBK war 7:2.

2. Die Frist zur Umsetzung wird auf 1 Jahr verlängert.

Das Abstimmungsresultat in der SBK zu Punkt 2 war 9:0.

Die Stadtbaukommission hat mit 7:2 Stimmen für den Rückweisungsantrag gestimmt.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Marco. Zu diesem Rückweisungsantrag gibt es auch noch einen Änderungsantrag aus der AK. Dieser wird begründet von Michi Gross.

M. Gross (AK): Die Aufsichtskommission hat das Geschäft ebenfalls in mehreren Lesungen detailliert diskutiert und schliesst sich dem Rückweisungsantrag an. Gerne darf ich trotz Rückweisung anbringen, dass auch in der AK der Wert und die Bedeutung des Stadtarchivs unbestritten ist. Das Projekt und das Konzept haben jedoch inhaltlich nicht überzeugt (und das habe ich jetzt nett gesagt) und die Kommission hat es deshalb auch mit 11:0 zurückgewiesen.

Ergänzend zum Antrag der Stadtbaukommission hat die Aufsichtskommission noch den folgenden Antrag in die Rückweisung aufgenommen:

D. Information Aufsichtskommission

Die Aufsichtskommission wird über die mittel- und langfristige (Archivierungs-) Strategie für das Stadtarchiv sowie über den dadurch entstehenden Raumbedarf informiert.

Die Begründung dazu: Ein zentraler Aspekt für den künftigen Raumbedarf ist die mittel- und langfristige Archivierungsstrategie. Für die Aufsichtskommission fehlt ein klares Konzept diesbezüglich oder es wurde nicht genügend kommuniziert. Die allgemeine Devise, physische Anlieferung gleich physische Aufbewahrung, greift für uns zu kurz und wir verstehen das Konzept nicht. Nicht jedes Protokoll eines Quartiervereins muss zwingend physisch aufbewahrt werden. Wir haben jedoch zur Kenntnis genommen, dass sich eine nachträgliche Digitalisierung der Dokumente anscheinend nicht lohnt. Trotzdem möchten wir die Strategie und die dazu erarbeiteten Grundlagen besser verstehen.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Michael. Jetzt wäre die Diskussion noch offen. Ich möchte noch darauf hinweisen: Es geht jetzt nur um den Rückweisungsantrag, es geht nicht inhaltlich um das Geschäft. Zuerst hat das Wort für die Grünen/AL Katharina Frei Glowatz.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Ich muss doch kurz fragen: Wir lehnen den Rückweisungsantrag ab beziehungsweise wir unterstützen ihn nicht. Soll ich trotzdem sprechen?

Parlamentspräsident Ph. Weber: Du darfst begründen, weshalb Ihr das nicht unterstützt. Es geht jetzt nicht inhaltlich um das Geschäft. Nur wenn der Rückweisungsantrag abgelehnt würde, dann würden wir inhaltlich in die Diskussion zum Geschäft gehen.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Es ist ein bisschen schwierig, es ist halt trotzdem inhaltlich, wenn ich es begründen muss.

Ich schicke noch voraus, dass wir Grünen/AL geteilt abstimmen werden.

Punkt A, Information Aufsichtscommission: Das lehne ich ab, diesen Punkt des Rückweisungsantrags hat ja die SBK auch insgesamt nicht unterstützt.

Punkt B, Kostenreduktion: Eine Kostenreduktion ist immer zu begrüßen, ich sehe jedoch nicht ein, dass ausgerechnet bei der Hülle für das historische Lexikon der Stadt, die das schriftliche und audiovisuelle Erbe aufbewahrt und für den dauerhaften und professionellen Erhalt dieser Unterlagen garantiert, besonders der Sparhammer angesetzt werden sollte. Die archivierten Sammlungen, welche Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, Karten, Pläne (zum Teil riesige Pläne), Fotos, Tondokumente, Objekte und u.a. älteste Urkunden, die ins 12. Jahrhundert zurückgehen, beinhalten, sind rechtlich, ökonomisch, gesellschaftlich und historisch von Bedeutung, demokratiepolitisch kostbar und stammen neben öffentlichen Quellen auch aus zahlreichen Privatarchiven von Vereinen, Parteien und Einzelpersonen.

Die Archivierung muss unter museumstechnischen Bedingungen und hohem Sicherheitsstandard erfolgen und es liegt in der Natur der Sache, dass die Wichtigkeit des Gebäudeinneren sich auch im Aussen spiegeln soll. Ein Luxus oder Prunkbau soll es deswegen nicht sein, aber – und ich zitiere hier Mike Künzle: «Es soll e Gattig mache».

Punkt C, Standort: Die Standortabklärung des AfS erachte ich für detailliert und wasserdicht. Der geplante Standort Stadtwerk ist städtebaulich richtig: Er bildet einen neuen Akzent am urbanen Rückgrat und bietet für Töss eine grosse Chance, gerade auch weil der Park mit 100prozentiger Sicherheit eine Aufwertung erhalte - womit auch das Argument, mit dem Stadtarchiv an diesem Ort würde Töss ein Grünraum verlustig gehen, entkräftet ist.

Punkt D, Digitalisierung: Das Tempo der Digitalisierung wird durch die ganze Stadtverwaltung vorgegeben und nicht alleine durch das Archiv. Die Dokumente des Stadtarchivs als «Gedächtnis der Stadt» dürfen nicht durch aktionistische Digitalisierung verletzt werden.

Und zum Raumprogramm: Die Forderung, in den Wettbewerbsunterlagen sollten nur die Funktionen, nicht aber «ein sogenannt detailliertes und starres Raumkonzept» ausgeschrieben werden, entsprechen nicht dem Planeralltag, Wettbewerbsergebnisse würden dadurch nämlich kaum vergleichbar. Wenn ein Planerteam im geforderten Konzept (also in der Tabelle, in der halt ungefähre m²-Angaben stehen) Flächeneffizienz eruiert, wird das dieses Planerteam sowieso bringen im Wettbewerb. Die Stadt weiss wohl schon selbst, wie viel Platz sie ungefähr braucht.

Abschluss: Bevor Sie jetzt dann gleich den Ja-Button drücken für die Unterstützung des Rückweisungsantrags, denken Sie vielleicht noch daran, dass Sie damit mit Sicherheit gleich zu einer weiteren Kostensteigerung des Projektes beitragen. Denn der Handlungsbedarf ist unbestritten, das Stadtarchiv muss raus aus dem Semper, es braucht mehr Platz und es muss gebaut werden.

Vielen Dank deshalb für Ihre Ablehnung des Rückweisungsantrags und für die Unterstützung des Stadtratsantrags, den wir aber heute ja scheinbar gar nicht diskutieren.

Ich habe geschlossen.

R. Heuberger (FDP): Vielen Dank, Marco, für die Präsentation dieses Rückweisungsantrags. Das Stadtarchiv ist zweifellos ein grosser Schatz unserer Stadt. Es ist das Gedächtnis Winterthurs, bewahrt Zeugnisse unserer Geschichte und Identität und ist eine wertvolle Quelle für Forschung und Öffentlichkeit. Es steht ausser Frage, dass wir diesem Erbe Sorge tragen müssen. Für uns steht auch ausser Frage, dass ein Handlungsbedarf besteht.

Wir danken an dieser Stelle dem Team von Marlis Betschart ganz herzlich danken für die tolle Arbeit, die sie täglich leisten.

Genau deshalb braucht es eine Lösung, welche langfristig überzeugt: Städtebaulich und finanziell. Der vorliegende Projektierungskredit erfüllt diese Anforderungen aus unserer Sicht nicht.

Bevor wir Millionen für die Planung bewilligen, müssen diverse Fragen geklärt werden: Die Archivierungsstrategie, Michi Gross hat es schon ausgeführt, ist für uns ein grosses Thema. Insbesondere, wie in Zukunft die Stadt selbst die Archivierung ihrer Unterlagen vornehmen wird.

Ein weiterer Punkt ist die Standortwahl. Wir sind wirklich der Meinung, dass es dort, wo man es heute vorgesehen hat, es doch sehr zentral ist, eine sehr gute Lage und damit auch eine teure Lage ist. Was wir gerne geprüft hätten, ist die Kombination mit anderen Bauprojekten der Stadt. So kombiniert z.B. die Stadt Zürich das künftige Feuerwehrgebäude mit dem Stadtarchiv. Das hätten wir gerne auch einmal angeschaut.

Und vielleicht haben sich die Bedürfnisse zur Nutzung des Semper-Stadthauses durch die Weiterentwicklung des Musikkollegiums tatsächlich verändert. Aber auch die künftigen Raumbedürfnisse des Musikkollegiums wurden weder klar kommuniziert noch irgendwo verbindlich festgehalten. Auch da möchten wir dringend Antworten haben, bevor wir ein neues Stadtarchiv bauen wollen.

Deshalb unterstützen wir den Rückweisungsantrag. Und in aller Klarheit, Katharina: Es ist kein Ablehnungsantrag, sondern ein Rückweisungsauftrag mit Fragen, die wir gerne geklärt hätten.

Das Stadtarchiv soll zukunftsfähig sein und den tatsächlichen Bedürfnissen und finanziellen Möglichkeiten dieser Stadt optimal entsprechen. Wir sind überzeugt davon: Winterthur kann das besser. Und deshalb unterstützen wir den Rückweisungsantrag. Danke.

R. Keller (SP): Danke vielmals, Marco, für die Präsentation, und Michi für die Ergänzungen. Es gibt einen Handlungsbedarf, darin sind wir uns wohl alle einig, und mein Votum wird ein bisschen weniger pathetisch. Es ist klar, es braucht ein neues Stadtarchiv. Es ist klar, der Semper-Bau ist – gelinde gesagt - eine ziemlich suboptimale Lösung im Moment. Und ist ein drängendes Problem. Und selbstverständlich anerkennen wir auch, was das Stadtarchiv leistet, dass sie eine gesetzliche Funktion haben und es wichtig ist, dass die Historie der Stadt Winterthur gut dokumentiert ist. Und selbstverständlich ist es auch so, dass die Dokumente, die dort gelagert werden oder die das Stadtarchiv eben aufbewahrt, einem besonderen Schutz unterstehen und deshalb auch besondere Anforderungen an einen neuen Standort gelten. Und uns ist auch bewusst, dass eine Rückweisung mit erheblichem Aufwand verbunden ist, für die ganze Stadt und besonders auch für die Stadtverwaltung.

Und trotzdem: Uns überzeugt der Standort an der Zürcherstrasse wirklich nicht. Wir sind der Meinung, dass an diesem Standort etwas anderes gemacht werden sollte. Wir sind der Meinung, dass es nicht der richtige Weg ist, das Stadtarchiv in einer Parkanlage zu bauen, sondern dass es wichtig wäre in diesem Quartier (und da widerspreche ich Katharina), für das Quartier etwas zu machen, die Grünflächen quasi zu behalten und auch der Bevölkerung attraktive Grünflächen zur Verfügung zu stellen. Dieser Ort an der Zürcherstrasse soll für etwas genutzt werden, das dem ganzen Quartier zur Verfügung steht und von dem die Menschen im Quartier etwas haben.

Wir sind der Meinung, dass in einer Stadt wie Winterthur, wo alles ziemlich nah ist, es auch nicht unbedingt so wichtig ist, das Stadtarchiv an einer solch zentralen Lage zu bauen. Ein anderer Standort ist aus unserer Sicht durchaus möglich und auch auffindbar. Und optimalerweise lässt sich dann, wenn man nochmals über die Bücher geht und darüber nachdenkt, wie das Stadtarchiv aussehen soll und wo es dann liegt, die eine oder andere Einsparung machen. Bei den Kosten, vielleicht im Rahmen von Überlegungen zur Digitalisierung und beschränktem Umfang des Stadtarchivs.

Aus diesem Grund unterstützt die SP-Fraktion die Rückweisung dieses Geschäfts.

M. Nater (GLP): Merci, Marco, für die Präsentation dieser Rückweisung.

Der Hauptzweck des Stadtarchives ist die Übernahme und die Sicherung schriftlicher, elektronischer und andere Aufzeichnungen von Behörden und der Verwaltung der Stadt Winterthur sowie ergänzende Unterlagen, insbesondere dazugehörige Verzeichnisse. Bei der Vorbereitung habe ich mich gefragt und fände es spannend zu wissen, ob das Protokoll von heute in Papierform im Archiv landet oder schon digital abgelegt wird. Vielleicht hat der Stadtrat da schon gewisse Informationen.

Zusätzlich übernimmt das Stadtarchiv Winterthur auch Dokumente aus privatem Besitz, die für die Geschichte der Stadt Winterthur von Bedeutung sind. Das ist aber eine sehr schwammige Bezeichnung. Nur mit diesen Angaben ist es schwierig, den zukünftigen Raumbedarf für die Unterlagen zu bestimmen und damit auch die Grösse eines neuen Stadtarchivs.

Zusätzlich schreitet in der Gesellschaft die Digitalisierung voran und daher wird es in Zukunft zwar sicher mehr Informationen geben, aber wahrscheinlich wird weniger Volumen für die Aufbewahrung benötigt.

Der Aufsichtskommission wünscht sich, wie wir gehört haben, eine Archivierungsstrategie, was für den Bau die Vorgabe für die Grösse der Archivräume sein wird.

Auch wir bemängeln den Standort des Archivs. Es ist sicher auch zu hinterfragen, ob das Archiv zwingend an einer so guten Lage gebaut werden muss, wo das Bauland teuer und knapp ist. Daher soll eher nach einem Standort gesucht werden, welcher nicht im Zentrum von Winterthur liegen muss, oder vielleicht gibt es ja sogar Bürogebäude, welche für die Lagerung in Frage kommen. Auch könnten so eventuell die geplanten Erstellungskosten reduziert werden.

Bei einer Rückweisung sieht die GLP folgende Punkte als wichtig für die Überarbeitung an:

1. In der Vorlage muss direkt ersichtlich sein, was in Zukunft archiviert werden soll und wie auf dieser Basis der Raumbedarf aussieht.
2. Bei einer neuen Standortsuche soll auch geklärt werden, ob ein Standort ausserhalb des Zentrums von Winterthur möglich ist oder ob ein bestehendes Bürogebäude in Frage kommt.
3. Um die Kosten tief zu halten, ist ein Zweckbau zu erstellen auf der Basis der Archivierungsstrategie.
4. Für ein Archiv ist etwas vom Wichtigsten die Wissensvermittlung. Publikumsverkehr, Wissensvermittlung und Öffentlichkeitsarbeit sind im heutigen Umfang vorzusehen.

Wir von der GLP wollen ein Archiv, bei dem klar definiert ist, was in Zukunft archiviert werden soll und wie gross der Archivbedarf für die nächste Jahrzehnte aussehen soll. Auf diesen Grundlagen soll dann ein Projekt für ein Zweckbau auf einem Grundstück oder einer bestehenden Liegenschaft entwickelt werden, wo auch ein gutes Kosten/Nutzen-Verhältnis vorhanden ist. Deshalb unterstützen wir von der GLP den Änderungsantrag der AK und die Rückweisung der SBK.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Markus. Da der Redebedarf bei diesem Geschäft doch höher ist, als ich gedacht habe, schlage ich vor, dass wir an dieser Stelle unterbrechen und in die Nachtessenspause gehen. Oder möchte jemand das unbedingt noch durchziehen? – Es sieht nicht so aus. Ich unterbreche jetzt die Sitzung an dieser Stelle und wir treffen um uns um 20 Uhr zur Abendsitzung.

Nachtessenspause.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Wir fahren weiter. Wir sind mitten im Traktandum 4 stehen geblieben; es geht um einen Rückweisungsantrag betreffend dem Kredit von 1.4 Millionen für den Neubau des Stadtarchivs Winterthur. An der Reihe ist jetzt für die EVP Alexander Würzler.

A. Würzer (EVP): Das Stadtarchiv beschäftigt offensichtlich schon seit mehreren Jahren, das war schon vor meiner Zeit. Man darf davon ausgehen, dass die ersten Kommissionssitzungsprotokolle zu diesem Geschäft wohl ebenfalls schon bald im Archiv eingelagert werden. Die Frage ist aber tatsächlich: Warum gibt es beim Stadtarchiv irgendwie keinen Fortschritt? Für uns als EVP-Fraktion ist vor allem ein Punkt entscheidend: Für uns ist klar, 25 Jahre nach der Jahrtausendwende ist eine rasche Digitalisierung zwingend. Das bedeutet natürlich keinesfalls, dass künftig gänzlich auf physische Dokumente verzichtet werden sollte, das ist überhaupt nicht unsere Idee. Da gibt es sicher noch einige Dokumente, die würdig sind, auch noch in physischer Form im Stadtarchiv zu landen. Aber es muss ein klares Bestreben erkennbar sein, dass es im Bereich Digitalisierung vorwärtsgeht, auch bei den externen Dokumenten. Und das haben wir bisher vermisst oder nicht genügend nachvollziehen können. Das Thema Archivierungsstrategie ist ja auch schon vor der Pause angesprochen worden. Zusätzlich kommt das aktuell geplante Projekt für uns auch ein bisschen wie ein Prestigebau daher. Obwohl wir mittlerweile gelernt haben, dass es lediglich «eine Gattung machen» sollte. Wie auch immer: Für uns besteht aktuell kein Anlass dazu, dass das Stadtarchiv in solch einem Bau untergebracht werden sollte. Wir anerkennen aber selbstverständlich die sehr wichtige Funktion des Stadtarchivs und bedanken uns an dieser Stelle auch für die wertvolle Arbeit, welche die Mitarbeitenden täglich leisten. Ein Rundgang im Semper-Bau hat auch klar aufgezeigt, dass es einen neuen Standort braucht. Für uns steht aber ein kostengünstiger Zweckbau im Vordergrund. Dafür müssen wohl auch alternative Standorte erneut geprüft werden. Deshalb werden wir den Rückweisungsantrag so unterstützen und somit auch sämtliche Kommissionsanträge der SBK sowie der AK. Besten Dank.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Danke an Marco und Michael für die Präsentation. Das aktuelle Stadtarchiv haben wir alle besichtigen können und es ist klar, es braucht eine neue Lösung. Aber muss das wirklich ein teurer Bau entlang der prominenten Stadteinfahrt von Töss sein? Und wir sind doch in Winterthur – zu Recht – stolz auf die Beziehungen zu Max Bill, der in der Stadt Winterthur geboren ist, und auch auf sein Kunstwerk, welches im Park Ecke Untere Schöntalstrasse/Zürcherstrasse ist. Eine zusätzliche Studie hat gemäss Weisung ergeben, dass eine Verschiebung der Max-Bill-Anlage grundsätzlich denkbar sei, es brauche aber schon sehr gute Argumente, weil eine Verschiebung mit grossen Risiken verbunden sei. Wollen wir dieses Risiko und die Gefährdung eines so wichtigen Kunstwerkes wirklich eingehen? Wir als Fraktion lieber nicht. Aber auch bei der Planung des Raumprogramms gab es nur ein Motto: «Darfs no es bitzeli meh sii?» Grosse Büros (20 - 25 m²; der Kanton rechnet mit 14,5 m²), Seminar- und Ausstellungsraum mit 70 m² (in der Ausschreibung sollen es dann sogar 150 – 200 m² sein) und dabei gibt es z.B. hier im Rathaus Säle, die nicht so oft benutzt werden. Also für uns ist das Raumprogramm zu grosszügig angelegt. Für Sitzungen/Anlässe sollen zuerst die vorhandenen Räume (intern und extern) besser genutzt werden. Deshalb muss für uns das Stadtarchiv auch nicht in der Nähe des Superblocks sein. Die Kosten können sicherlich nur schon mit einem schlankeren Raumprogramm reduziert werden. Und wenn wirklich ein Departement mehr Platz braucht (z.B. für Sitzungen oder Anlässe), dann wollen wir einmal eine gesamtstädtische Planung des effektiven Bedarfs aller Departemente sehen, inklusive der Berücksichtigung der Auswirkungen von Desktop sharing, Home Office etc. Und dann sollen auch die Kosten zulasten des entsprechenden Departements beantragt und ausgewiesen werden. Wir von der Mitte/EDU-Fraktion unterstützen deshalb die Rückweisung mit allen vorgestellten Punkten inklusive dem Ergänzungsantrag der AK.

Ch. Hartmann (SVP): Die SVP wird die Anträge der Stadtbaukommission und den Antrag der Aufsichtskommission unterstützen. Und weil alles schon gesagt ist, nur nicht von jedem: Wir schliessen uns ausdrücklich dem Votum der EVP an. Danke.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Christian. So habe ich das gern.

Das Wort hat jetzt der Stadtpräsident Mike Künzle.

Stadtpräsident M. Künzle: Es ist noch schwierig, zu diesem Rückweisungsantrag zu sprechen, ohne etwas materiell zum ganzen Projekt zu sagen.

Ich fange halt so an, wie ich es in einer der beiden Kommissionen einmal gesagt habe: Jetzt kommen wir aus den Sommerferien zurück. Was habt Ihr in fremden Städten, in schönen, wunderschönen Städten angeschaut? Ihr habt angeschaut: Kunst im öffentlichen Raum – und Ihr habt Architektur angeschaut in diesen Städten, welche schöne Gebäude es hat.

Und dann gab es in der Kommission Stimmen, die sagten, es reicht auch ein Metallcontainer. Und der kann auch in Seuzach stehen auf dem Industrieareal. Und da finde ich: Geht nicht. Es geht nicht – es muss eine gewisse Gattung machen. Es muss kein Palast sein – und ich bin auch der Meinung, es war kein Palast, was wir vorgeschlagen haben. Aber es muss doch ein Gebäude machen, bei dem man sieht, es ist von der Stadt Winterthur. Und das hat eine gewisse Schönheit, inhärent. Nicht ein Luxusbau, davon spreche ich nicht; es muss eine Gattung machen. Das zum Standort.

Der Rückweisungsantrag ist für uns eine sehr unglückliche Sache, denn wir haben dieses Projekt sehr seriös gemacht. Auch wenn man nachher unterschiedlicher Meinung war (es ist zu teuer, der Raumbedarf ist zu gross, es muss ein anderer Standort sein). Man hat alle diese Eckwerte diskutiert, lange diskutiert. Wir waren in der AK an X Lesungen und wir waren in der SBK an X Lesungen. Und trotzdem ist es uns nicht gelungen zu überzeugen, dass das eigentlich der richtige Standort ist mit den richtigen Kosten und mit dem richtigen Raumprogramm. Wir haben dort beim Raumprogramm schon daran gedacht, dass man es vielleicht noch anders nutzen kann, und haben deshalb zum Beispiel auch einen grossen Raum genommen, den man durchaus als zusätzliches Sitzungszimmer hätte nutzen können. Wir haben uns sehr viele Gedanken gemacht.

Wir hatten bei der Standortsuche eine ganze Liste, welche Standorte in Frage kommen. Diese haben wir geprüft und kamen am Schluss auf die Zürcherstrasse. Ich möchte mich ein bisschen verwahren – jemand hat gesagt, es sei jetzt noch milde gesagt, was er geäussert hat (ich glaube, es war Michi Gross). Und da finde ich: Wir haben den Antrag gestellt, wir haben den vorwärts und rückwärts diskutiert, und wir waren überzeugt von dem, was wir beantragen. Wir haben nicht einfach schnell, schnell einen Standort hingezaubert.

Das muss ich aber sagen: Was ich super finde, ist, dass jetzt kein Votum war, es brauche kein Stadtarchiv. Alle sagten, wir brauchen ein Stadtarchiv, es braucht ein geschichtliches Wissen der Stadt. Aber es kann nicht mehr im Semper sein. Das ist das, was ich gehört habe – ich schaue dann im Protokoll nach, ob ich richtig gehört habe. Aber ich glaube, es ist so. Und das ist schon mal etwas wert, dass man sagt, jawohl, wir brauchen ein neues Stadtarchiv.

Jetzt geht es einfach länger. Es wurde gesagt, wir sind schon zehn Jahre dran. Angefangen beim Semper-Bau. Der Semper-Bau ist ein wunderschönes Gebäude, Ihr kennt das. Aber unten drin das Stadtarchiv; das auszubauen – wir hatten Pläne -, das wäre ein «Gewürge» gewesen in den Katakomben unten. Und deshalb ist es vernünftig, dass man aus dem Semper rausgeht. Und das ist für mich die positive Sache, dass das eigentlich alle sehen, dass wir dort raus müssen und wir ein Stadtarchiv brauchen.

Wir nehmen den Auftrag entgegen, selbstverständlich. Aber Ihr habt die Fristverlängerung angetönt, wir haben jetzt auf ein Jahr verlängert. Da wird uns bei der Standortsuche eigentlich nichts anderes übrigbleiben, als die Liste, die wir haben, nochmals hervorzunehmen. Wir können in dieser Zeit nicht nochmals eine ganze Auslegeordnung machen, noch weitere Standorte prüfen, noch über jeden Standort, bei dem wir denken, der wäre auch noch gut, noch eine Machbarkeitsstudie machen... Das geht einfach nicht. Aber wir werden die Liste nochmals hervorholen und werden schauen, was in Frage käme.

Nochmals: Es verzögert alles. Es verzögert die Nutzung des Semper-Stadthauses und das ist per se nicht so gut, denn sehr viele warten schon sehr lange darauf, dass es dort einen Rutsch vorwärtsgeht. Jetzt machen wir noch eine Zusatzschleife. Wenn Ihr zur Rückweisung kommt, dann machen wir diese. Aber ich möchte nochmals betonen: Wir haben alles sehr

wohl überlegt. Es braucht das Stadtarchiv, wir haben viele gesetzliche Grundlagen, wir haben uns sehr viele Gedanken gemacht.

Leider sieht die Mehrheit das ein bisschen anders. Ich möchte einfach noch sagen: Diese Möglichkeit habt Ihr heute Abend noch - auf den Rückweisungsantrag zu verzichten. Danke.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Mike. Somit sind wir jetzt abstimmungsreif.

Es geht jetzt in der ersten Abstimmung darum, ob der Ergänzungsantrag aus der AK in den Rückweisungsantrag hineinkommt.

Wenn Sie möchten, dass der AK-Antrag hineinkommt in die Rückweisung, dann drücken Sie A. Und sonst B.

Abstimmungsergebnis: Der Rückweisungsantrag ist bereinigt, mit 49:3 Stimmen bei 1 Enthaltung kommt der Ergänzungsantrag der AK mit in den Rückweisungsantrag.

Wir stimmen nun insgesamt über den neu modifizierten Rückweisungsantrag (alle Punkte aus der SBK und nun auch das aus der AK) ab.

Wer für die Rückweisung dieses Geschäfts ist, drückt A. Wer dagegen ist und wünscht, dass das Geschäft jetzt noch zu einer Diskussion kommt und darüber abgestimmt wird, der drückt B.

Abstimmungsergebnis: Der Rückweisungsantrag wird mit 47:5 bei 1 Enthaltung angenommen.

Das Geschäft ist somit zurückgewiesen an den Stadtrat und wir haben es für heute beendet.

5. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.75: Neue jährlich wiederkehrende Mehrausgaben für den Bezug des ökologisch hochwertigsten Stromproduktes «KlimaGold» von Stadtwerk Winterthur durch die Winterthurer Stadtverwaltung

Parlamentspräsident Ph. Weber: Neue jährlich wiederkehrende Mehrausgaben für den Bezug des ökologisch hochwertigsten Stromproduktes «KlimaGold» von Stadtwerk Winterthur durch die Winterthurer Stadtverwaltung. Das Geschäft wird von der Referentin der UBK, Nora Ernst, vorgestellt.

N. Ernst (UBK): Mit dem Geschäft 2025.75 schauen wir uns heute Abend die Stromrechnung der Stadtverwaltung Winterthur an.

Die Stadtverwaltung hat 2024 knapp 26 Millionen kWh Strom verbraucht, das sind ca. 5% des Gesamtverbrauchs der Stadt Winterthur. Dabei ist das Departement Technische Betriebe der grösste Verbraucher, besonders zu Buche schlagen die KVA, die ARA und die öffentliche Beleuchtung (wobei die öffentliche Beleuchtung stark abnimmt).

Ihr könnt Euch erinnern: Stadtwerk Winterthur hat vor drei Jahren neue Stromprodukte eingeführt. Wir haben diese damals diskutiert. Es gibt drei Stromprodukte:

- «KlimaGold»: Ökologisch hochwertigstes Produkt, bestehend aus zwei Drittel Wasserkraft (Schweiz) und einem Drittel Photovoltaik (Winterthur). Es ist ein Netto-Null-Stromprodukt, was bedeutet, dass der CO₂-Fussabdruck dieses Produkts mit CO₂-Zertifikaten kompensiert wird.
- «KlimaSilber»: Standard-Default-Produkt (das Produkt, welches man hat, wenn man sich nicht meldet und auf Bronze oder Gold umsteigt), bestehend aus zwei Drittel Wasserkraft (Schweiz) und einem Drittel Wasserkraft (Europa) sowie einem kleinen Anteil Photovoltaik (Winterthur). Hier wird ein Teil des CO₂-Fussabdrucks kompensiert.
- «KlimaBronze»: Kostengünstigstes Produkt, bestehend aus Wasserkraft (Europa) und Strom aus der Winterthurer KVA. Dieses Produkt weist den höchsten CO₂-Fussabdruck aus.

Auf dieser Folie sehen wir die CO₂-Emissionen in Abhängigkeit des Stromprodukts, welches die Stadtverwaltung Winterthur kauft. Bei dem Gesamtverbrauch von knapp 26 Millionen wird das «KlimaGold»-Stromprodukt als CO₂-neutral (als Netto-Null) angeschaut, durch die Kompensationen, die man hat. «KlimaSilber» hat einen Fussabdruck von 178 Tonnen CO₂-Äquivalent (CO₂e) und «KlimaBronze» 196 Tonnen CO₂e.

Wieso schauen wir uns dieses Geschäft heute Abend überhaupt an? Wir haben 2022 einen jährlich wiederkehrenden Kredit gesprochen in der Höhe von 800'000 Franken, den die Stadtverwaltung Winterthur verwendet, um «KlimaGold»-Strom anstelle des günstigsten Stromprodukts «KlimaBronze» zu beziehen. Wir haben aber damals 2022 auch entschieden, dass wir den Beschluss bis Ende 2025 befristen. Deshalb schauen wir uns dieses Geschäft heute Abend wieder an und stellen uns die Frage, ob wir möchten, dass die Stadtverwaltung weiterhin «KlimaGold»-Strom bezieht.

Was heisst das überhaupt? Wir haben damals jährlich 800'000 Franken für diese Mehrausgaben gesprochen. Die tatsächlichen Mehrausgaben liegen aber deutlich darunter. 2024 beliefen sich die Mehrausgaben auf knapp 260'000 Franken; das ist nur die Preisdifferenz zwischen «die Stadtverwaltung kauft «KlimaBronze»-Strom» und «die Stadtverwaltung kauft «KlimaGold»-Strom».

Wieso ist dieser Betrag so viel tiefer als die ursprünglich gesprochenen 800'000 Franken? Der Hauptgrund dafür ist, dass die Preise für die CO₂-Zertifikate, die wir kaufen, um zu kompensieren, drastisch gefallen sind. Das ist eine politisch nicht unbedingt wünschenswerte Tendenz, aber es hat den positiven Effekt, dass es das Budget der Stadtverwaltung entlastet. Die tatsächlichen Kosten beliefen sich also auf 260'000 Franken im 2024.

Und damit stellt der Stadtrat den folgenden Antrag, dass wir weiterhin jährlich wiederkehrende Mehrausgaben in der Höhe von 350'000 Franken sprechen (da gibt man ein bisschen «spatzig»; wir haben gesehen, es waren 260'000 Franken, aber falls diese Preisdifferenz einmal ein bisschen höher liegt, ist man mit jährlich 350'000 Franken in einem sicheren Rahmen). Der zweite Antrag des Stadtrats ist, dass der Stadtrat die Kompetenz hätte, aufgrund der finanziellen Lage der Stadt Winterthur, einen Wechsel auf ein kostengünstigeres Stromprodukt vorzunehmen.

Die Begründungen des Stadtrats für diese zwei Anträge sind, dass man einen Beitrag zu den städtischen Energie- und Klimazielen leisten möchte, man möchte einen Beitrag setzen zu den Netto-Null-Zielen, die wir uns gesetzt haben. Man möchte auch zu einem gewissen Grad in einer Vorreiterrolle agieren bezüglich klimaschonendem Verhalten. Und man sieht den positiven Effekt dieses «KlimaGold»-Stroms, dass man den Ausbau von Winterthurer Photovoltaik fördert.

In der Kommission, in der UBK, haben wir dieses Geschäft letzte Woche, am 18. August, in einer Lesung behandelt. Die UBK unterstützt den Antrag des Stadtrats, wenn auch sehr knapp, mit einem Stimmenverhältnis von 4:4 bei einer Absenz per Stichentscheid unserer Kommissionspräsidentin. Danke schön.

R. Diener (Grüne/AL): Ich kann es kurz machen jetzt in der 1. Runde, vielleicht kommt dann später noch etwas dazu. Die Stadtverwaltung geht mit gutem Beispiel voraus und ist bereit, das zu machen, was wir beim Strombezug zur Förderung von bestmöglichem lokalen und erneuerbaren Energievorkommen machen können. «KlimaGold» ist angesichts der Netto-Null-Herausforderung, wie es auch von der Referentin vorgestellt wurde, nicht eine Option. Nein, eigentlich ist es ein Müssen.

Deshalb unterstützen wir Grünen/AL die Weiterführung dieses Bezugs. Dank Veränderungen der Marktlage, wie auch erklärt wurde, wurden die Preise moderater und es ist aus unserer Sicht eigentlich nicht notwendig, dass man den Antrag 2 im Stadtratsantrag hat, der ja allenfalls einen Wechsel auf ein kostengünstigeres Produkt vorsehen würde. Wir verzichten aber an dieser Stelle auf einen Antrag zu diesem Thema.

Auch wenn der Fussabdruck des Solarstroms, das ist wichtig zu wissen, ein bisschen grösser ist als derjenige des Wasserstroms, der fast Null ist – es nützt uns natürlich nichts, wenn wir

ehrlich sind in der Stadt Winterthur. Wir haben eigentlich keine andere Wahl, wenn wir erneuerbaren Strom fördern, fordern und auch ausbauen wollen. Neben unserem grossen Kraftwerk, der KVA, die wir in Winterthur haben, haben wir eigentlich keine Optionen ausser dem Ausbau der Photovoltaik.

Bitte unterstützen Sie diese Vorlage. Danke.

St. Gubler (SVP): Danke, Nora, für die Präsentation. Wir beraten heute über jährlich wiederkehrende Mehrausgaben von bis zu 350'000 Franken für den Bezug des Stromprodukts «KlimaGold». Aus bürgerlicher Sicht ist klar: Diese Vorlage ist nicht vertretbar.

Erstens zur Finanzlage: Unsere Stadt steht unter grossem finanziellen Druck. 350'000 Franken pro Jahr sind kein Pappenstiel. Das ist Geld, das uns bei wichtigen Aufgaben fehlt – sei es für Investitionen in die Infrastruktur, in die Bildung oder bei der Entlastung unserer Bevölkerung.

Zweitens zum Kosten/Nutzen-Verhältnis: Der Unterschied zwischen «KlimaGold» und dem kostengünstigeren «KlimaBronze» liegt bei rund 259'000 Franken pro Jahr. Und wofür? Für gerade einmal etwa 196 Tonnen CO₂ weniger. Das ist ein schlechter Mitteleinsatz.

Drittens zur Alternative «KlimaSilber»: Schon dieses Produkt ist sehr klimafreundlich, besteht hauptsächlich aus erneuerbarer Wasserkraft und verursacht nur minimale CO₂-Emissionen. Es kostet die Stadt im Vergleich nur etwa 44'000 Franken mehr – ein vernünftiger Kompromiss zwischen Klimaschutz und finanzieller Verantwortung, und CO₂-mässig besser als «KlimaGold», welches mit der Fotovoltaik hohe CO₂-Werte hat.

Und viertens zur Symbolpolitik: «KlimaGold» stützt sich auf Kompensationszertifikate. Der tatsächliche ökologische Zusatznutzen ist fraglich. De facto kaufen wir uns für viel Geld ein grünes Label – echte lokale Wirkung in Winterthur gibt es kaum.

Deshalb ist unser Fazit klar: Wir bekennen uns zu Klimazielen, aber wir setzen auf Mass und Verhältnismässigkeit. Klimaschutz ja – aber nicht mit ineffizienter Symbolpolitik auf Kosten der Steuerzahlenden. Wir lehnen die Vorlage ab. Danke.

L. Jacot (SP): Es ist jetzt gerade schön, dass ich nach diesem Votum drankomme, denn irgendwie habe ich auch eine Antwort in meinem Votum drin.

Die SP-Fraktion begrüsst den Willen des Stadtrats, dass die Stadtverwaltung den CO₂-Ausstoss minimieren soll. Natürlich, wir sind ja auch für Netto-Null 2040. Dazu ist es auch nötig, «klimafreundlichen» Strom zu beziehen. Da in diesem Stromprodukt relativ viel Solarstrom enthalten ist, muss einem schon bewusst sein, dass es nicht CO₂-neutraler Strom ist. Das gibt es halt einfach nicht. Das heisst, das CO₂ wird über den Kauf von Zertifikaten kompensiert. Das ist zugegebenerweise ein Schönheitsfehler, aber einfach nicht anders machbar, weil es einem bewusst sein muss, dass sowohl die Herstellung wie auch der Transport von Solarzellen CO₂ ausstossen. Allerdings ist es halt so: Solaranlagen sind erneuerbare Energiequellen und deshalb ist es doch begrüssenswert, dass der Bau und auch die Nutzung von Solarzellen in der Stadt gefördert werden.

Warum? Es macht ökologisch und wirtschaftlich Sinn, auch bei Stadtwerk Solarstrom zu produzieren und zu nutzen. Wasserkraft wird immer unsicherer in der Schweiz. Weshalb? Die Trockenperioden nehmen zu, Starkniederschlagsereignisse nehmen zu, das heisst, es ist nicht mehr ganz so einfach wie auch schon, mit Wasserkraft Strom zu erzeugen – beziehungsweise, es ist einfach nicht mehr so sicher. Saisonal bedingt wird es zum Teil schwierig, so Strom zu machen; auch weil die Gletscher schmelzen und dadurch im Sommer Wasser fehlt, das wir früher hatten. Das bedeutet, es macht Sinn, dass man auf andere erneuerbare Energien umsteigt.

Dazu kommt noch, gerade für Winterthur macht es auch noch aus einem anderen Grund Sinn: Wir haben nicht wie andere Elektrizitätsunternehmen irgendwelche Wasserkonzessionen irgendwo im Wallis oder in Graubünden und Anteile an grossen Wasserkraftwerken. Wir besitzen nur einen ganz kleinen Anteil an Wasserkraft. Unser Stadtwerk produziert fast keinen Strom – ausser eben mit Solarzellen. Die andere Alternative wäre natürlich Wind. Wir wissen aber alle, dass es ein bisschen schwierig ist mit Windkraftwerken bewilligen.

Und deshalb macht es sehr viel Sinn, wenn wir in Winterthur den Solarstrom fördern. Und da die Stadtverwaltung ein grosser Abnehmer dieses Solarstroms ist, macht es wirklich etwas aus, ob die Stadt diesen kauft oder nicht.

Wir unterstützen somit den Antrag des Stadtrats für einen jährlich wiederkehrenden Kredit von 350'000 Franken für den Bezug des Stromprodukts «KlimaGold». Dies auch im Wissen darum, dass dieser Betrag erfreulicherweise eher hoch gegriffen ist; im Moment kostet es die Stadt ja gut 90'000 Franken weniger, dieses Stromprodukt zu beziehen. Und vor drei Jahren ging man doch noch von einem Betrag von 800'000 Franken ausgegangen, also ist es jetzt doch einiges besser geworden.

Zum Antrag 2: Aus meiner Sicht ist es eigentlich keine Änderung zu vorher, es liegt ja ohnehin in der Kompetenz des Stadtrats, einen Kredit nicht auszuschöpfen. Ich finde es aber gut aus Transparenzgründen, dass der Antrag drin ist, und auch, dass es in die Kommission kommen muss, so dass immerhin die Kommission informiert wird, bevor das einfach gestrichen wird.

Von daher sind wir eigentlich voll einverstanden mit diesem Antrag. Danke.

F. Kramer-Schwob (EVP, als Vertretung von D. Roth-Nater): Wir haben den Auftrag der Bevölkerung, dass die Stadt CO₂-neutral wird, und wir haben die Pflicht, diesen Auftrag umzusetzen. Das spricht stark für das Stromprodukt «KlimaGold», da im Ergebnis einfach das einzige CO₂-neutrale Stromprodukt ist. Dass dies nur mit Zertifikaten erreichbar ist, finden wir auch nicht befriedigend.

Wenn die SVP da den Vergleich bringt mit Bronze – da wir fehlten, bin ich mir nicht ganz sicher -, aber ich habe gemeint, bei Silber seien wir schon, dieser Entscheid sei gültig und wir sprechen jetzt nur noch von Silber oder Gold – also müssen wir mit Bronze gar nicht mehr wirklich vergleichen.

Strom wird in Zukunft ein grosses Thema sein – und wie es Lea gesagt hat, ist Wasserkraft endlich oder schon ausgeschöpft. Da kann man noch lange «KlimaSilber» beziehen, die Wasserkraft wird davon nicht mehr, vor allem in Zukunft nicht.

Wir werden Photovoltaik-Anlagen brauchen, wir müssen da investieren - gerade zum Beispiel auch, um das Wasser wieder hinaufpumpen zu können. Es ist weiter an klugen Lösungen zu arbeiten, zum Beispiel bezüglich Tagesausgleich.

Und zu den Kosten kann man ja doch immerhin sagen, dass die Umsetzung der Volksabstimmung Netto-Null-CO₂ bis 2040 insgesamt bis jetzt weniger gekostet hat, als man damals im Massnahmenplan geschätzt hat. Wir haben also noch Geld, das für die Reduktion des CO₂ eingeplant ist, um den Volkswillen umzusetzen.

Ob diese Zertifikate so viel wert sind, wie sie kosten, kann man noch hin- und herrechnen. Beim Fliegen kann man für sehr wenig Geld auch sehr viel kompensieren. Und ich glaube, dass die Stadt das gut macht mit den Zertifikaten für den Stromhandel.

Wir stimmen dem Geschäft schlussendlich auch einfach zu, weil die Stadtverwaltung als Vorbild vorausgehen soll.

D. Zwahlen (FDP): Die FDP-Fraktion sagt Nein zu den vorgeschlagenen, unbefristet veranschlagten, jährlich wiederkehrenden Mehrausgaben von 350'000 Franken für das teure Stromprodukt «KlimaGold» in der Winterthurer Stadtverwaltung.

Im Rückblick war es ein guter Entscheid des Stadtparlaments, am 31. Oktober 2022 eine befristete Genehmigung für die neuen, jährlich wiederkehrenden Mehrausgaben für das Produkt «KlimaGold», gültig bis zum 31.12.2025 zu beschliessen. Zu unsicher war die Lage im Jahr 2022 betreffend der Energiepreise.

Erfreulich ist jetzt, dass die Mehrkosten nicht wie veranschlagt 800'000 Franken waren, sondern bei rund 260'000 Franken. Unter anderem, wie wir gehört haben, sind die Zertifikatspreise tiefer ausgefallen.

Im heutigen Antrag an das Stadtparlament heisst es (Zitat): «Je nach finanzieller Lage des städtischen Haushalts kann der Stadtrat auf ein kostengünstigeres Stromprodukt wechseln.»

Die FDP-Fraktion weist einmal mehr darauf hin, dass die finanzielle Lage der Stadt Winterthur nicht gut ist mit 1.6 Milliarden Franken Schulden. Deshalb ist ein kostengünstigeres Produkt als «KlimaGold» eigentlich zu bevorzugen.

Mit der Wahl von «KlimaSilber» oder «KlimaBronze» werden die CO₂-Emissionen pro kWh immer noch gesenkt, einfach etwas langsamer, aber bis zur Zielgeraden von Netto-Null bis 2040. «KlimaSilber» und «KlimaBronze» sind gute Produkte, ohne Atomstrom. Doch Energie, wie wir gehört haben, ist nie sauber zu haben. Nicht vergessen dürfen wir, wie auch schon erwähnt wurde, dass die erneuerbaren Energien mit PV-Anlagen pro kWh die schlechteste Klimabilanz aufweisen. Bei Silber und Bronze wird Wasserkraft als effizienteste Massnahme zur Energieherstellung gefördert und die Ausgaben für CO₂-Zertifikate können wir uns somit sparen. Dieses Geld, das können wir besser verwenden, um hier vor Ort, in Winterthur, an innovativen Lösungen zu arbeiten, um CO₂-Emissionen direkt – hier auf dem Platz Winterthur – zu reduzieren (zum Beispiel mit Weiteroptimieren des CO₂-Ausstosses der KVA). Wer nämlich CO₂-Zertifikate kauft, lagert Probleme aus, statt sie vor Ort zu lösen.

In diesem Fall braucht es innovative Lösungen, wie z.B. Anziehen von Unternehmungen, die in diesem Bereich Lösungen anbieten könnten.

Aus Sicht der FDP-Fraktion ist es zu früh, um den Beschluss des Stadtparlaments vom 31. Oktober 2022 aufzuheben. Denn aufheben heisst, dass die jährlich wiederkehrenden Mehrausgaben zu gebundenen Ausgaben werden und über Steuern, Gebühren oder eben Schulden finanziert werden müssen. Das wollen wir nicht. Es ist eben nicht alles Gold, was glänzt. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

N. Ernst (GLP): Die Klimarisiken verschwinden nicht, nur weil sie in der internationalen Grosswetterlage weniger Aufmerksamkeit erhalten zurzeit. Wir haben uns als Stadt Winterthur ein Netto-Null-Ziel gesetzt und auf dieses müssen wir hinarbeiten. Die Kosten für «KlimaGold»-Strom sind zurzeit schon fast ein Schnäppchen. Zudem investieren wir in lokale Sozialinfrastruktur, was unseren Standort längerfristig stärkt. Das ist eine Investition in die Zukunft, die sich lohnt. Und in diesem Sinne stimmen wir dem Antrag des Stadtrats zu.

R. Diener (Grüne/AL): Liebe Freunde auf der anderen Seite des politischen Spektrums: Ich bin auch nicht begeistert über diese Kompensationen. Aber man muss es halt schon ein bisschen genauer anschauen, dann versteht man auch, weshalb es diese gibt. Znd man versteht auch, dass es jetzt tatsächlich, wie es Nora gesagt hat, ein Schnäppchenpreis ist. Und Ihr wollt ja nur schon diesen nicht ausgeben.

Man muss sich im Klaren sein, diese Kompensationen haben nicht die Grünen erfunden, sondern da geht es darum, dass man dem CO₂, das man ausstösst, einen Wert zuweist, der sagt, was dieser Wert ausmacht, wenn man das vermindern würde. Wir wissen alle: Zur Klimaneutralität und zum Klimaschutz brauchen wir Mechanismen, die den CO₂-Ausstoss tatsächlich reduzieren. Wir brauchen nicht eigentlich Kompensationen, sondern Mechanismen, die den Ausstoss reduzieren.

Mit den Kompensationen werden Projekte finanziert, auch das wissen wir. Diese sind zum Teil ein bisschen dubios und nicht ganz so effizient, wie wir das gerne hätten.

Und jetzt argumentiert Ihr ausgerechnet gegen das, obwohl Ihr zu einem Schnäppchenpreis eine Art «Ablasshandel» betreiben könntet und fast gratis CO₂-freien Strom bekommt. Sehr dubios.

Aber wie auch immer. Ihr wisst auch ganz genau, das wurde auch gesagt, die Wasserkraft ist in der Schweiz ausgeschöpft, wir haben praktisch keine Kapazitäten mehr, die wir zusätzlich freischaufeln können dafür. Und es gäbe – jetzt mache ich einen kleinen Schwenker zum Projekt aus, aber ich glaube, der darf erlaubt sein – schon noch anderen CO₂-freien Strom. Über den sprechen wir dann wahrscheinlich auch noch in nächster Zeit, auf nationaler Ebene. Wir wollen den auch nicht, den Atomstrom. Nicht wegen dem CO₂, das natürlich ideal wäre, aber wegen allem anderen, wegen den grossen Risiken und wegen der Unsicherheit. Man

sieht es gerade jetzt wieder: Das Atomkraftwerk, das grösste, das wir haben, ist bereits ausgefallen und bleibt bis nächsten Frühling abgeschaltet. Photovoltaik, Flatterstrom – ich weiss nicht, was denn am Schluss zuverlässiger ist. Danke für die Aufmerksamkeit.

S. Gonçalves (Die Mitte/EDU): Ich möchte nicht sehr viel dazu sagen. Die wiederkehrenden Kosten sind dieses Mal unbefristet, das wissen wir alle, das haben wir gelesen. Die Mehrheit der Fraktion Die Mitte/EDU ist nicht damit einverstanden, dass wenn Winterthur «KlimaGold» annehmen würde oder angenommen hat, der CO₂-Ausstoss nicht vor Ort reduziert werden würde, sondern dass wir diese Kompensationen ausserhalb der Schweiz einkaufen würden. Deshalb empfehlen wir die Ablehnung dieser Vorlage.

Stadtrat St. Fritschi: Wir haben heute ja eine ziemlich überschaubare Vorlage, das ist nicht so komplex. Man kann da relativ einfach zu einem Beschluss kommen, was wir wollen. Wir haben zur Wahl, ob man ein hochwertigeres Produkt kaufen will oder nicht. Vielleicht könnt Ihr sagen, es ist ja einfach, der Stadtrat kann einfach mit dem Geld der Steuerzahlenden bestimmen und das ist ja noch einfach, das mit fremdem Geld zu machen. Ich kann Euch aber sagen, ich selbst habe auch Gold-Strom zuhause. Also wenn ich es aus der eigenen Tasche bezahle, kaufe ich auch Gold-Strom. Und wieso mache ich das? Weil ich finde, der eigenproduzierte Strom auf dem Dach, von dem ein Teil auch immer wieder zurückfliesst – und bei der Stadt Winterthur, die sehr viele PV-Dächer hat, wird immer sehr viel auch wieder zurückfliessen, wird zurück ins Netz gespiesen, weil man nicht immer zum richtigen Zeitpunkt PV-Strom produziert. Und dann finde ich es nichts als Recht, dass man es dann auch möglichst untermischt in das Produkt, das wir als Stadtverwaltung kaufen. Von daher fördern wir nicht nur unsere Energie- und Klimaziele damit, sondern wir kaufen auch den Solarstrom, den wir selbst auf den verschiedenen Dächern (eigenen Dächern, aber auch Dächern von Privaten) produzieren. Von daher findet der Stadtrat das eine gute Sache. Aber ich glaube, viel länger müssen wir nicht mehr darüber sprechen. Und ich bin sicher, dass Ihr eine weise Entscheidung treffen werdet.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Stefan. Bei diesem Geschäft stimmen wir separat über Ziffer 1 und Ziffer 2 ab, weil es da doch etwas gegenläufige Meinungen gibt. Zuerst stimmen wir über Ziffer 1 des Antrags ab, das sind die Mehrausgaben von 350'000 Franken pro Jahr an sich. Wer diese 350'000 Franken pro Jahr sprechen möchte, drückt A. Wer das ablehnt, drückt B. Abstimmungsergebnis: Die Ziffer 1 wird mit 33:20 bei 0 Enthaltung angenommen.

Somit kommen wir noch zur Ziffer 2. Dort geht es darum, dass der Stadtrat angesichts der finanziellen Lage der Stadt Winterthur entscheiden könnte, das wieder abzuschaffen. Wer die Ziffer 2 drinhaben möchte, drückt A. Wer dagegen ist, drückt B. Abstimmungsergebnis: Die Ziffer 2 wird mit 47:6 bei 0 Enthaltung angenommen. Das Traktandum 5 ist somit abgeschlossen.

6. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.74: Zusatzkredit von jährlich wiederkehrend Fr. 119'000 für den Mitgliederbeitrag des Vereins Interessensgemeinschaft Rettungsdienst Region Winterthur

Parlamentspräsident Ph. Weber: Zusatzkredit von jährlich wiederkehrend Fr. 119'000 für den Mitgliederbeitrag des Vereins Interessensgemeinschaft Rettungsdienst Region Winterthur. Wie gesagt, dieses Geschäft ist ohne Diskussion geplant. Vorgestellt wird das Geschäft vom zuständigen Referenten der SSK, Kaspar Vogel.

K. Vogel (SSK): Ich freue mich, Euch als Referent dieses Geschäft vorstellen zu dürfen. Im Kanton Zürich ist der Rettungsdienst im Gesundheitsgesetz geregelt. §44 verpflichtet die Gemeinden, den Krankentransport und das Rettungswesen zu organisieren und zu gewährleisten. Der Rettungsdienst muss in jeder Gemeinde des Kantons (also auch in Stammheim) bei Unfällen (z.B. im Strassenverkehr oder bei Herzinfarkten) innert 15 Minuten vor Ort sein. Winterthur ist Mitglied vom Verein Interessensgemeinschaft Rettungsdienst Region Winterthur, der für seine Mitglieder das Krankenwesen, den Krankentransport, und das Rettungswesen organisiert. Der Verein wurde 2012 gegründet und umfasst heute 44 Mitgliedsgemeinden aus den Bezirken Andelfingen, Winterthur und Pfäffikon. Der Verein IG Rettungsdienst hat mit dem Kantonsspital Winterthur in einer Leistungsvereinbarung abgemacht, dass das KSW im gesamten Einzugsgebiet der Mitgliedsgemeinden rund um die Uhr das Rettungswesen übernimmt. Die Stadt Winterthur stellt das Präsidium und die Geschäftsstelle, die bei Schutz&Intervention angesiedelt ist.

Wie sind die Finanzflüsse? Der Rettungsdienst wird einerseits über die Leistungen der Versicherungen bezahlt. Die Krankenkassen übernehmen z.B. die Kosten bei einem Einsatz für einen Herzinfarkt und die Unfallversicherungen diejenigen für einen Verkehrsunfall. Wenn mehr Unfälle passieren, fliessen mehr Beiträge in das Rettungswesen; wenn weniger Unfälle passieren, dann fliesst weniger Geld. Zudem fliessen Gelder vom Verein IG Rettungsdienst, um die Kosten zu decken, die nicht durch die Beiträge der Versicherungen gedeckt sind. Die Fixkosten für die 24/7-Einsatzbereitschaft sind unabhängig von den Unfällen; sie werden in einer Leistungsvereinbarung zwischen dem Verein und dem KSW über einen 5 Jahre gültigen Pauschalpreis geregelt, der jährlich ausbezahlt wird. Ausserdem bezahlt der Verein den Betriebsaufwand für die Geschäftsstelle im SIW. Der Verein seinerseits erhält Geld von den Mitgliedsgemeinden, die pro Einwohnerin und Einwohner eben solche Mitgliederbeiträge bezahlen.

Der Verein hat noch ein Vermögen aus früheren Jahren, das aber stark abnimmt. Gemäss Statuten des Vereins darf dieses Vermögen nicht unter 3 Millionen Franken sinken. 2018 hat der damalige Gemeinderat einem Mitgliederbeitrag von 1 Franken pro Einwohnerin und Einwohner pro Jahr zugestimmt, also 131'000 Franken pro Jahr.

Die Ausgaben des Rettungsdienstes in der Zeit von 2023 – 2027 sind aber höher als angenommen. Einerseits sind die kantonal geregelten Tarife veraltet und nicht kostendeckend für die Einsatzkosten, und andererseits mussten die Löhne der Rettungskräfte erhöht werden, um konkurrenzfähig bleiben zu können. Und zum Schluss passieren weniger Unfälle als prognostiziert, was ja aber gut ist, auch wenn so weniger Geld von den Versicherungen eingenommen wird.

Die neue Leistungsvereinbarung ab 2028 wird deshalb sicher höher sein als bisher.

Ich zeige Euch jetzt auf, wie sich die Mitgliederbeiträge entwickelt haben, die für alle Mitgliedsgemeinden genau gleich geregelt sind. Wie Ihr schon gehört habt, hat der Verein ab 2012 1 Franken pro Einwohnerin und Einwohner erhalten. 2018, das habe ich auch schon gesagt, der Gemeinderat dafür 131'000 Franken pro Jahr für Winterthur bewilligt. 2021 hat der Verein beschlossen, das Vermögen abzubauen, weil er Negativzinsen erwartet hat. Und aus diesem Grund werden bis 2026 keine Mitgliederbeiträge von den Gemeinden verlangt. Der Verein zieht nämlich keine Mitgliederbeiträge auf Vorrat ein. Jetzt, an der GV im Juni 2025, hat die Generalversammlung einstimmig beschlossen, den Mitgliederbeitrag auf 2 Franken pro Einwohnerin und Einwohner pro Jahr zu erhöhen, weil man davon ausgeht, dass die Leistungsvereinbarung mit dem KSW um einiges höher als bisher ausfallen wird. Die Stadt Winterthur hat sich enthalten, weil wir im Parlament darüber finanziell zu entscheiden haben. Und genau aus diesem Grund stelle ich Euch diesen Antrag vor.

Für die Stadt Winterthur sieht das jetzt folgendermassen aus: Für 125'000 Einwohnende à 2 Franken ergibt das einen jährlichen Beitrag von 250'000 Franken. 131'000 Franken sind bereits bewilligt, es geht also um einen Zusatzkredit von jährlich 119'000 Franken. Und das ist der Grund, weshalb der Stadtrat den Antrag stellt.

In der SSK war der Antrag unbestritten und er wurde einstimmig angenommen. Auf eine Diskussion im Rat wurde verzichtet. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Stadträtin K. Cometta: Ganz herzlichen Dank, lieber Kaspar, für die gute Präsentation. Es sind sehr schöne Folien, von Kaspar selbst noch gepimpt. Das macht eine viel bessere Gattung als die Folien, die ich in der SSK gezeigt habe. Danke vielmals, liebe SSK, für die Diskussion und auch für das Vertrauen, dass das hier diskussionslos geht. Und da ich schon am Sprechen und am Danken bin, möchte ich es nicht unterlassen, im Namen des Stadtrats und wahrscheinlich auch der ganzen Winterthurer Bevölkerung all den Mitarbeitenden des Rettungsdienstes zu danken, die 365 Tage 24 Stunden für uns da sind, wenn wir sie brauchen. Merci vielmals.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Katrin. Somit können wir bereits zur Abstimmung kommen.

Wer dem Zusatzkredit von jährlich 119'000 Franken zustimmen möchte, drückt A. Wer das ablehnen möchte, drückt B.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird mit 52:0 bei 0 Enthaltung einstimmig angenommen. Das Geschäft ist somit erledigt.

7. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.84: Beantwortung der dringlich erklärten Interpellation K. Hager (SP), M. Zundel (Grüne/AL), Ch. Hartmann (SVP), I. Kuster (Die Mitte) und S. Kocher (GLP) betr. Abschöpfung der Grundstückgewinnsteuer durch den Kanton

Parlamentspräsident Ph. Weber: Beantwortung der dringlich erklärten Interpellation betreffend Abschöpfung der Grundstückgewinnsteuer durch den Kanton. Zuerst hat das Wort die Ersteinreichende Katja Hager (SP).

K. Hager (SP): 12.45 Millionen Franken weniger in der Winterthurer Stadtkasse – und das pro Jahr! Mit der Änderung der Grundstückgewinnsteuer will der bürgerliche Regierungsrat des Kantons die 12.5 Millionen von Winterthur zum Kanton verschieben. Kompensationsleistungen für den fehlenden Betrag hat der Regierungsrat keine vorgesehen.

Wir danken dem Stadtrat für die schnelle und kompetente Beantwortung dieser Interpellation zu den Auswirkungen der geplanten Änderung der Grundstückgewinnsteuer. Die Antwort zeigt: Für Winterthur geht es ans Eingemachte.

12.5 Millionen weniger pro Jahr, das ist Geld, das wir brauchen. Es stehen wichtige Investitionen an in Zukunft: Schulhäuser müssen gebaut werden; Klimaschutz und Anpassungen an die Hitze werden immer dringender; Sportplätze, Altersbetreuung und Soziale Dienste brauchen Geld. Wir wollen unsere wachsende Stadt gestalten und dafür braucht es Geld.

Die 12.5 Millionen werden fehlen in der Kasse. Zahlen müssten es die Winterthurer:innen durch eine Steuererhöhung von 4 Steuerfussprozenten. Eine Steuererhöhung, ohne dass die Winterthurer:innen etwas für dieses Geld bekommen – einfach nur, um den Kanton zu finanzieren? Das kann nicht die Lösung sein.

Aber die Grundstückgewinnsteuer ist nicht die einzige Einnahmequelle der Gemeinden, welche der Regierungsrat anzapfen möchte. Auch den Finanzausgleich plant der Regierungsrat so anzupassen, dass mehr Geld zum Kanton und weniger zu den Gemeinden fliesst. Damit stellt er, quasi nebenbei, auch noch den Zentrumslastenausgleich in Frage. Das Geld aus dem Zentrumslastenausgleich ist nicht nur zentral für uns in Winterthur, sondern auch eine Entschädigung für die wesentlichen Leistungen, welche Winterthur für die Gemeinden im Grossraum Winterthur erbringt.

Von den Gemeinden möchte der Kanton Geld nehmen, die Konzerne aber möchte er lieber entlasten. Zum Beispiel mit der Senkung der Gewinnsteuer. Gut, konnten wir das an der Urne verhindern. Denn alleine für Winterthur hätte das Steuerausfälle von 8 Millionen Franken pro Jahr bedeutet. Durch die Ablehnung dieser geplanten Änderung verbessert sich die finanzielle Situation des Kantons unmittelbar. So sehen wir gar keinen Grund mehr, weshalb Winterthur mehr Geld an den Kanton zahlen soll.

Es scheint so, dass im Kanton Zürich nur Konzerne auf Entlastung hoffen können. Und die Gemeinden sollen in die Bresche springen, auch wir Winterthurer:innen.

Eine Politik zum Wohl des ganzen Kantons geht nur mit und nicht gegen die Gemeinden wie Winterthur. Die aktuelle Politik des bürgerlichen Regierungsrates ist für ein Miteinander kontraproduktiv. Mit der Änderung zur Grundstückgewinnsteuer schränkt der Kanton unseren finanziellen Spielraum massiv ein, zusätzlich zur geplanten Änderung des Finanzausgleichs. Die SP spricht sich vehement gegen die geplante Änderung bei der Grundstückgewinnsteuer aus. Wie die Immobilienpreise sind auch unsere Infrastrukturkosten gestiegen, wie auch die Ausgaben für andere Bereiche. Das Geld ist in unserer Stadt am richtigen Ort – und nicht beim Kanton.

Wir freuen uns, dass auch der Stadtrat diese Haltung teilt, und erwarten, dass der Regierungsrat die Winterthurer Perspektive in der Vernehmlassung berücksichtigt. Danke.

Ch. Hartmann (SVP): Es war aufgrund des bisherigen Verlaufs der Parlamentssitzung nicht unbedingt zu erwarten, aber es gibt Themen, bei denen wir dem Stadtrat doch ziemlich nahe sind. Wir teilen die Ansicht des Stadtrats, dass es wenige sachliche Gründe für einen Transfer von Steuergeldern gibt. Zum einen gibt es tatsächlich kaum substantielle Entlastungen der Gemeinden durch den Kanton; und zum anderen ist es kaum sinnvoll, wenn als Folge einer solchen Änderung die Stadt einfach andere Steuern erhöhen müsste.

Obwohl manchmal der Eindruck entsteht, dass der Kanton Steuergelder umsichtiger ausgeben würde als die Stadt Winterthur, ist das aus unserer Sicht nicht in dem Mass der Fall, dass man dem Kanton solches Geld einfach anvertrauen könnte. Im Prinzip könnten wir uns einzig vorstellen, dass man die Grundstückgewinnsteuern in den Finanzausgleich einschliessen würde. So wie das unseres Erachtens auf eidgenössischer Ebene auch für die Wasserzinse der Wasserkraftwerke gelten sollte.

Die Grundstückgewinnsteuern reflektieren die Wirtschaftskraft einer Gemeinde, genauso wie Einkommens- und Gewinnsteuern.

Aber insgesamt nehmen wir die Antwort des Stadtrats zustimmend zur Kenntnis.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Wir von der Mitte/EDU-Fraktion sind bei diesem Thema im wichtigsten Punkt, der Abschöpfung durch den Kanton, der gleichen Ansicht wie der Stadtrat: Die Grundstückgewinnsteuern müssen in Winterthur bleiben. Es geht nicht, dass der Kanton einen Viertel für sich beanspruchen will. Dieses Ansinnen lehnen wir als Mitte/EDU-Fraktion entschieden ab.

Die Antwort des Stadtrats zeigt, wie viel Grundstückgewinnsteuern wir jährlich einnehmen. Danke für das Zusammenstellen, das hat uns das Nachsehen in den Jahresrechnungen erspart. Die Summe ist recht eindrücklich. Im Jahr 2024 ist sie fast so hoch wie das, was wir von juristischen Personen an Steuern eingenommen haben. Wir sehen, Firmen und Unternehmungen sind wichtig – schade, dass nicht bekannt ist, wie viel von der Grundstückgewinnsteuer auf sie zurückzuführen sind. Vielleicht wagt der Stadtrat, eine Einschätzung abzugeben.

Not amused sind wir von der mutlosen Antwort des Stadtrates, dass falls dieses Anliegen wider Erwarten durchkommen würde, seine einzige Lösung eine Steuererhöhung wäre. Da hätten wir uns schon etwas mehr unternehmerisches Denken und Handeln gewünscht, das auch finanzpolitische Verantwortung zeigt.

Bei unserem Finanzstadtrat Kaspar Bopp haben wir den Eindruck, dass seine Finanzstrategie darin besteht, bei jeder Herausforderung einfach die Steuern zu erhöhen. Noch nie haben wir

einen Vorschlag gehört, wie man die Ausgabenseite reduzieren kann. Und wenn das Stadtparlament mit grosser Mehrheit die Ausgaben im Budget einmal reduziert, dann foudiert er sich um den Parlamentsentscheid, strengt Rechtsverfahren an, die er auch noch verliert, auch wenn er das Gegenteil behauptet.

Diese Politik ist weder nachhaltig noch zukunftstauglich; die Erträge der Grundstückgewinnsteuer könnten in Zukunft auch zurückgehen – nicht, weil der Kanton davon abschöpfen will, sondern weil der Immobilienboom ein Ende findet. Und was wird dann der Finanzstadtrat Kaspar Bopp machen? Natürlich die Steuern erhöhen.

S. Kocher (GLP): Die Antworten des Stadtrats zur dringlichen Interpellation sind präzise und nachvollziehbar. Sie zeigen deutlich, welche finanziellen und politischen Folgen die geplante Abschöpfung der Grundstückgewinnsteuer durch den Kanton Zürich hätte. Als Mitunterzeichner und Vertreter der GLP teile ich die Einschätzung des Stadtrats vollumfänglich.

Die GLP Winterthur setzt sich für eine starke kommunale Selbstverwaltung und einen fairen Finanzausgleich und Finanzverteilung zwischen den Staatsebenen ein. Wenn der Kanton künftig 25 Prozent der Grundstückgewinnsteuer beansprucht, verliert Winterthur jährlich durchschnittlich rund 12.5 Millionen Franken. Das ist definitiv kein kleiner Betrag.

Entsprechend droht eine Steuererhöhung von 4 bis 5 Prozent, nur um diesen Ausfall zu kompensieren. Das belastet die Bevölkerung direkt und schwächt die kommunale Handlungsfähigkeit. Gerade in Zeiten, in denen die Städte wichtige Aufgaben im Bereich Klimaschutz, Mobilität, sozialer Infrastruktur und Bildung übernehmen, ist eine stabile Finanzbasis entscheidend.

Die GLP lehnt dieses Vorhaben vom Kanton deshalb klar ab. Es ist weder sachlich gerechtfertigt noch politisch intelligent, den Gemeinden Mittel zu entziehen, welche sie für ihre Aufgaben dringend benötigen. Die Antworten des Stadtrats sind sachlich, transparent und zeigen, dass die Auswirkungen nicht theoretisch, sondern ganz konkret und spürbar wären.

Wir danken dem Stadtrat für die klare Stellungnahme und nehmen die Antwort vom Stadtrat positiv zur Kenntnis. Besten Dank.

D. Romay (FDP): Danke an den Stadtrat für die rasche Beantwortung dieser dringlichen IP. Nein zur Abschöpfung der Grundstückgewinnsteuer durch den Kanton!

Die Ausgangslage kennen wir alle: Der Zürcher Regierungsrat plant, 25 % Grundstückgewinnsteuer für sich abzuschöpfen, für den Kanton. Dieses Vorhaben gefährdet die finanzielle Autonomie der Gemeinden, diesbezüglich der Stadt Winterthur, und schwächt somit auch unsere zukünftige Investitionsfähigkeit.

Mehr Kosten durch weniger Mitbestimmung? Nicht mit uns. Die FDP Winterthur lehnt deshalb ein solches Vorhaben, wie es der Kanton hier vorhat, ab.

Wir haben verschiedenste Argumente:

Erstens den Eingriff in die kommunale Steuerhoheit. Die Grundstückgewinnsteuer gehört traditionell und rechtlich den Gemeinden. Ein Abschöpfen durch den Kanton stellt einen Systembruch dar und bedeutet einen klaren Eingriff in die bewährte Aufgaben- und Finanzverteilung zwischen Kanton und Stadt.

Es geht weiter mit der Gefährdung unserer kommunalen Investitionen. Die Stadt Winterthur wächst schneller als der Kanton, deshalb benötigen wir die Grundstückgewinnsteuer, um diese in Infrastruktur, Schule, Bildung, Wohnraum, Digitalisierung etc. zu investieren. Dazu kommt, dass die Stadt Winterthur stark verschuldet ist. Fehlen uns diese Einnahmen, muss das über andere Massnahmen wie (wir haben es gehört) Steuererhöhungen oder Gebühren kompensiert werden. Das würde die Stadt Winterthur als Standort massiv weiter schwächen. Es gibt auch keine Gegenleistung des Kantons. Der Kanton beansprucht Einnahmen, ohne zusätzliche Aufgaben oder Risiken zu übernehmen. Das heisst, die Steuererhebung, die Verwaltung und das Ausfallrisiko bleiben bei uns. Das widerspricht dem Prinzip von «wer zahlt, befiehlt» oder umgekehrt «wer kassiert, muss auch leisten». Das fiskalische Äquivalenzprinzip soll jetzt missachtet werden, der Regierungsrat verschiebt Geld, ohne gleichzeitig irgendeine Aufgaben- oder Nutzenverschiebung zu machen. Er schlägt noch nicht einmal eine vor.

Die liberale Grundhaltung von uns: Steuergeld bleibt vor Ort. Die FDP steht für eine föderale Verantwortung und lokale Lösungsstärke. Die Gemeinden, in diesem Fall bei uns die Stadt Winterthur, kennen die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung am besten. Und wir setzen auch die Mittel effizient und dort ein, wo wir sie am besten brauchen. Zentralismus schwächt die Eigenverantwortung, sowohl politisch als auch finanziell.

Daher: Die FDP Winterthur lehnt eine solche geplante Abschöpfung der Grundstückgewinnsteuer durch den Kanton entschieden ab. Das schwächt die Gemeinden finanziell, untergräbt die Steuerhoheit und widerspricht dem Prinzip der dezentralen Verantwortung. Wir nehmen die Antwort des Stadtrats entsprechend positiv zur Kenntnis und teilen diese. Danke vielmals.

M. Zundel (Grüne/AL): Ich nehme an, dass die EVP das nicht gross ändern wird, das Bild, das wir gehört haben – was ich sehr überraschend und erfreulich finde, vor allem von der bürgerlichen Seite, dass wir hier gleicher Meinung sind. Und ich hoffe auch, dass Ihr auch bei Euren Kantonsratskollegen und speziell auch Regierungsräten dafür weibelnd könnt, dass man diese Idee sein lassen würde (falls sie nicht selbst schon auf die Idee gekommen sind, weil sie mit der Niederlage bei der Unternehmensgewinnsteuer gemerkt haben, dass sie dieses Geld gar nicht brauchen).

Und die Bevölkerung des Kantons Zürich möchte ich bitten, dass sie vielleicht auch andere Parteien wählen, damit die Mischung im Kantonsrat so endet, dass wir nicht ständig solche Übungen machen müssen. Aber da wir ja in Winterthur sind, kommt das nicht darauf an. Den Stadtrat möchte ich deshalb bitten, nachdem wir alle diese Meinungen gehört haben und der Regierungsrat die Vorlage nicht ändern würde, dass man analog zum Tempo-30-Referendumsvorstoss das hier auch machen würden und das Gemeindereferendum ergreifen würden, falls diese Vorlage vom Regierungsrat durch den Kantonsrat kommen würde – was ja aber noch in weiter Ferne ist.

Die Grünen/AL nehmen die Antwort auf diese Interpellation positiv zur Kenntnis. Danke vielmals.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Michael. Wie Du schon angekündigt hast, hat das Wort jetzt Franziska Kramer-Schwob (EVP).

F. Kramer-Schwob (EVP): Rechts und links unterscheiden sich hier in der Würdigung nur ein ganz klein wenig und aus der Perspektive in der Mitte kann man vielleicht schon zusammenfassen, dass der kleinste gemeinsame Nenner relativ gross ist: Dass eine solche Abschöpfung durch den Kanton verheerend wäre für Winterthur.

Der Kanton ist ja auch sehr gut darin, neue Leistungen zu schaffen, welche dann die Stadt finanzieren muss, oder Massstäbe zu setzen, welche die Stadt erfüllen muss.

Als EVP hoffen deshalb auch wir, dass sich der Kanton noch eines Besseren belehren lässt und sich nicht auf unsere Kosten bei uns bedient, von oben nach unten. Danke vielmals.

Ch. Hartmann (SVP): Danke, Michael, für das Lob. Das Du überrascht bist, das sei Dir unbenommen. Aber ganz grundsätzlich hilft es wahrscheinlich nicht, wenn man ein solches Lob so vergiftet, dass es dann fast nicht mehr annehmbar ist.

Stadtrat K. Bopp: Ich danke einerseits für die Interpellation, ich glaube, es ist gut, dass wir da die Gelegenheit haben, über dieses wichtige Thema miteinander zu sprechen. Ich möchte mich auch bedanken für die engagierte Diskussion und Debatte, die Sie hier gerade geführt haben.

Ich glaube, es wird deutlich: Wir alle wollen eine starke und handlungsfähige Stadt Winterthur. Unterschiedlich beurteilen wir vielleicht den Weg dorthin, aber das Ziel eint uns und das ist wunderbar. Und ich bin froh, dass ich das Wort noch ergreifen kann, bevor sich die Stimmung verschlechtert, wie das Christian Hartmann befürchtet hat.

Noch kurz zum Weg, noch ganz kurz, das muss ich doch noch loswerden: Ich erhöhe auch nicht gerne Steuern. Und Steuern erhöhen wird vor allem dann notwendig, wenn man mehr

Leistungen will – von Seiten der Bevölkerung oder von Seiten des Parlaments. Ich mache ein kleines Beispiel, das ist das zweite Hallenbad. Dieses Beispiel, bei dem der Stadtrat aus finanziellen Überlegungen dagegen war, entlarvt vielleicht auch den anderen Teil im Votum von Iris Kuster als zumindest einigermaßen unpräzise.

Aber jetzt zurück zum Thema. Erlauben Sie mir, drei Punkte hervorzuheben:

1. Die Grundstückgewinnsteuer ist nicht irgendeine beliebige Einnahmequelle der Stadt Winterthur, sondern sie dient genau dazu, die Infrastruktur zu finanzieren, welche durch Bautätigkeit oder durch das Bevölkerungswachstum nötig wird (neue Schulhäuser, Strassen, soziale Infrastruktur), aber auch Kultur-, Sport- und Freizeitangebote, die unsere Stadt attraktiv machen. Ein Abfluss von einem Viertel dieser Mittel (wir haben die Zahlen vorhin schon gehört) bedeutet für Winterthur im Schnitt jährlich ca. 12.5 Millionen Franken weniger. Das entspricht, auch das haben wir gehört, gut 4 Steuereffizienzen. Diese Lücke könnte die Stadt Winterthur nicht ohne einschneidende Konsequenzen schliessen.

2. Wir haben das auch schon gehört, der Kanton betont das und argumentiert so, dass er ebenfalls steigende Ausgaben habe und Winterthur in einzelnen Bereichen auch entlastet worden sei. Ja, das stimmt punktuell. Aber bei einer Gesamtbetrachtung sind die Kosten der Gemeinden mindestens so stark, wenn nicht noch stärker gestiegen; gerade in den Bereichen Schule, Soziales und Infrastruktur, wo zum Teil auch durch den Kanton die Massstäbe gesetzt werden, wie das vorhin von Franziska Kramer-Schwob auch gesagt wurde. Und gerade deshalb gibt es keinen sachlichen Grund, ausgerechnet da eine Abschöpfung vorzunehmen, das widerspricht dem Prinzip der fiskalischen Äquivalenz, auch das wurde schon genannt.

3. Wir dürfen nicht den Fehler machen, das als technischen Streit zwischen zwei Staatsebenen abzutun; es geht im weitesten Sinn auch um die Handlungsfähigkeit unserer Stadt. Wenn wir diese Einnahmen verlieren, bedeutet das weniger Investitionen in die Zukunftsprojekte, weniger Spielraum für wichtige, freiwillige Leistungen, die wir erbringen, oder am Ende - je nachdem, wie wir es ausgestalten - höhere Steuerbelastung für unsere Bevölkerung.

Geschätzte Kollegen und Kolleginnen, Winterthur hat in den letzten Jahren gezeigt, dass wir wachsen, dass wir investieren und dass wir Verantwortung übernehmen. Damit wir das auch weiterhin machen können, dafür braucht es eine klare, geeinte Stimme hier drinnen. Und diese müssen wir auch nach aussen tragen. Deshalb mein Appell an Sie alle: Nutzen Sie die Fakten und Argumente, die wir hier drinnen dargelegt haben, tragen Sie diese nach aussen in die Gespräche mit Kantonsrätinnen und Kantonsräten, mit unseren Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, mit Ihren Parteien und an möglichst vielen Begegnungen, die Sie in Zukunft haben – wenn nicht sogar an jeder, wenn irgendwie möglich. Lassen Sie uns gemeinsam verhindern, dass sich der Kanton an dieser für uns essenziellen Einnahme bedient. Vielleicht hilft uns auch die Presse, die heute Abend hier ist, ein bisschen dabei, das nach aussen zu tragen, und selbstverständlich alle Zuschauerinnen und Zuschauer. Vielen Dank.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Kaspar. Somit ist dieses Geschäft ebenfalls erledigt.

Wir kommen jetzt zu den Postulaten. Hinten auf der Tribüne sitzen einige Damen, die ganz gespannt auf das übernächste Traktandum warten. Deshalb möchte ich beliebt machen, dass wir das Traktandum zu den Ludotheken vorziehen und das Traktandum 8 überspringen (beziehungsweise einfach nachher machen, falls wir noch Zeit haben). Hat irgendjemand etwas dagegen, dass wir das Traktandum 9 jetzt gleich behandeln? – Wenn das nicht so ist, gehen wir jetzt zuerst zu Traktandum 9.

9. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.92: Begründung des Postulats K. Frei Glowatz (Grüne/ AL), G. Stritt (SP), D. Roth-Nater (EVP) und C. Mancuso (FDP) betr. Erhalt des Angebots und Weiterentwicklung der Ludotheken der Stadt Winterthur

Parlamentspräsident Ph. Weber: Begründung des Postulats betreffend Erhalt des Angebots und Weiterentwicklung der Ludotheken der Stadt Winterthur. Für die Begründung dieses Postulats übergebe ich das Wort Katharina Frei Glowatz. Und wie immer bei Postulaten: Wenn es keinen Ablehnungsantrag gibt, so gilt es automatisch als überwiesen.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Ich gehe heute Abend wahrscheinlich als Vielrednerin ein ins Protokoll, das war eigentlich nicht mein Ziel, aber ich habe gleich ein paar Herzensprojekte. Ich muss auch da ein bisschen ausholen.

Der grösste Zankapfel der Ludotheken, damals, als ich das erste Mal von diesen Schwierigkeiten gehört habe, sind ja die Mieten. Und diesbezüglich hat es Tizian Schöni, Chefredaktor von WNTI, es im Mai auf den Punkt gebracht. Er schrieb: «Freiwillig zum Mieter werden - und sich dann über den Zins beschweren?» Der Hintergrund dieses Satzes ist, dass die Rössli-Liegenschaft in Seen, für welche die Stadt heute dem Eigentümer jährlich 70'000 Franken bezahlt, bis im 2016 selbst der Stadt gehört hat. Hier hat die Stadt mit dem drohenden Aus der Ludothek Seen sicher den falschen Hund an die Kette gelegt.

Mit der Begründung, die Stadt müsse sparen und könne darum die Ludotheken anstatt wie bisher mit 130'000 jährlich nur noch mit 24'000 Franken unterstützen und überdies würden die Ludotheken zu wenig Wir-Gefühl entwickeln und der damit angekündigten faktischen Schliessung der Ludotheken Seen und Oberi hat die sie Anfang Mai in der Bevölkerung einen mittleren Sturm der Entrüstung ausgelöst.

Mir ist dann ein Vergleich in den Sinn gekommen. Der direkte Vergleich würde mich mit Lügen strafen, aber trotzdem ging mir der Ausdruck «panem et circenses», was ja so viel bedeutet wie «Brot und Zirkusspiele» nicht mehr aus dem Kopf. Dass schon zu römischer Zeit die Entrüstung gross gewesen sein muss, wenn die beliebten Spiele ausfielen und sogar damals das Phänomen bekannt war, dass die Magistraten mit Gladiatorenspielen die Wähler zur Stimmabgabe verleiteten, fand ich noch witzig. Es höre also hin, wer im März 2026 wieder kandidiert...

Aber Spass beiseite. Die Spielerei hat ja eine ganz ernste Seite. Sie ist nämlich essenziell für die kindliche Entwicklung. Und weil jedes Kind – sei es arm oder reich - gerne immer mal wieder ein neues Spiel hat, sind die Ludotheken gerade für Familien mit einem bescheidenerem Budget Gold wert. Gerade dann, wenn sie in der Nähe sind, wenn sie im Quartier sind oder mindestens im Stadtteil. Oder eben auch für die, denen Nachhaltigkeit am Herzen liegt. Denn was gibt es Vernünftigeres und Nachhaltigeres, als Dinge möglichst lange zu brauchen, zu «sharen» auf neudeutsch.

Die Ludothekarinnen sind Spezialistinnen in diesem Metier. Sie informieren sich seit Jahrzehnten darüber, welche Spielmaterialien am längsten halten, sie reparieren, wo es geht, und halten die Nutzer:innen auch dazu an, sorgfältig damit umzugehen. Die Spiele kontrollieren und Instand halten, die alten Tugenden, die in der Wegwerfgesellschaft aus der Mode gekommen, sind für einen Spielzeugverleih unersetzlich. Und sie wurden bisher durch die 40 Freiwilligen praktisch unentgeltlich mit ca. 6'000 jährlich Stunden geleistet - für die Bevölkerung, für die Stadt.

Die Bevölkerung estimiert diese Leistung ganz offensichtlich auch: Ich habe nicht systematisch gesammelt – aber als ich am Wochenende das Votum geschrieben habe, bin ich sofort auf mindestens zehn Medienberichte gestossen - abgesehen von der Online-Petition, die in- nert kurzer Zeit die 5'000er-Marke geknackt hat.

Darüber, wie es jetzt weitergehen soll und wo die wirklichen Knackpunkte der Ludotheken liegen, darüber rede ich jetzt nicht - das ist ja der Inhalt und Auftrag des vorliegenden Postulats. Der Bedarf der Ludotheken ist in Winterthur aber meiner Meinung nach mehr als unbestritten – deshalb danke ich Ihnen für die Unterstützung!

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Katharina. Es liegt ein Ablehnungsantrag vor von der SVP. Begründet wird er von Christian Hartmann.

Ch. Hartmann (SVP): Wir stellen den Ablehnungsantrag in erster Linie, um die Diskussion zu ermöglichen. Wir sind nicht der Ansicht, dass man dieses Postulat jetzt einfach so abschicken soll.

Der grosse Einsatz von Ehrenamtlichen über viele Jahre beim Führen von Ludotheken ist beeindruckend. Er hat vielen Familien einen einfachen und kostengünstigen Zugang zum Spielen ermöglicht. Dafür bedanken wir uns herzlich.

Die SVP bedauert, dass es offenbar nicht mehr möglich ist, die Ludotheken in der bisherigen Form weiterzuführen. Es scheint, ehrenamtliche Arbeit kommt an eine Grenze.

Wir sind aber der klaren Ansicht, dass es ein Ludotheken-Angebot in der einen oder anderen Form in Winterthur braucht. Bestehende Strukturen ohne zu prüfen weiterzuführen, ist schwierig und halten wir nicht für eine optimale Lösung. Wir unterstützen das Vorgehen der Stadt, das Ludotheken-Angebot grundsätzlich anzuschauen und allenfalls neu aufzustellen. Ob das eine zentrale Ludothek in der Altstadt ist, eine Integration in die Bibliotheken oder eine Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, soll man offen prüfen. Wichtig sind uns ein geografisch einigermaßen gleichmässiger Zugang zu Ludotheken, attraktive Öffnungszeiten und vernünftige Kosten.

Die SVP unterstützt grundsätzlich die Stossrichtung des Postulats, für Winterthur ein Ludotheken-Angebot zu machen. Wir wollen aber eine vorurteilslose Prüfung der Möglichkeiten. Und aus unserer Sicht bieten weder der Auftrag, der im Postulat enthalten ist, noch die Begründung des Postulats eine solche offene Prüfung aller Möglichkeiten.

Das ist der Grund, weshalb wir dieses Postulat nicht unterstützen. Aber was wir dem Stadtrat mitgeben möchten: Wir möchten auch unbedingt die Ludotheken in der einen oder anderen Form erhalten.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Christian. Somit ist nun die Diskussion trotzdem noch geöffnet und die nächste Miteinreichende dieses Postulats ist Gabi Stritt (SP), welche jetzt das Wort erhält.

G. Stritt (SP): Die Ludotheken sind eine jahrzehntealte Institution und waren bei der Einführung ein sehr fortschrittliches und innovatives Angebot der frühkindlichen Bildung und leisteten einen wichtigen Beitrag bei der sozialen Integration. Auch ermöglichten die Ludotheken den Familien, zu günstigen Konditionen Spiele und Spielgeräte auszuleihen. Dies auch dank den vielen Freiwilligen, die einen riesigen Einsatz für die Sache leisteten und dafür grosse Wertschätzung verdienen.

Die Ludotheken sind aktuell in drei Quartieren präsent und hier stehen auch Räumlichkeiten zur Verfügung. In diesen finden Spielaktivitäten statt und die vielen Spielartikel können ausgeliehen werden.

Die SP ist klar der Meinung, dass es das Angebot der Ludotheken weiterhin geben soll. Und dies insbesondere in den Bereichen unterstütztes und angeleitetes Spielen. Zudem sollen diese Aktivitäten auf die ganze Stadt ausgeweitet werden und nicht auf einzelne Quartiere beschränkt sein. Warum gibt es beispielsweise im Gutschick oder in Töss keine Ludothek? Wir sind aber auch der Ansicht, dass es neue Formen braucht und die Kosten in einer Gesamtbetrachtung des Budgets der sozialen Stadtentwicklung und von allen Quartierträgerschaften vorgenommen werden muss und dass die Kosten in einem vertretbaren Verhältnis stehen sollen.

Es kann nicht sein, dass die Ludotheken über Räumlichkeiten für eine Alleinutzung verfügen und die Räume lediglich ca. 11 – 15 Stunden wöchentlich an drei Standorten genutzt werden. Stadtweit sind die Räume knapp und müssen mehrfach und multifunktional genutzt werden. Die Schulen sind da das beste Beispiel dafür. Auch braucht es grundsätzlich die Anpassung an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse und an die Bedürfnisse der Familien. Das Festhalten am Status quo ist aus unserer Sicht nicht die Lösung.

Das Angebot der Ludotheken, dazu gehört für uns insbesondere das angeleitete Spielen, liesse sich gut in den Quartiertreffpunkten integrieren (diese sind auch in der ganzen Stadt verteilt). Es gäbe tolle Formate, die man prüfen kann, z.B. Spielreihen auch für verschiedene Altersgruppen, generationenübergreifendes Spielen, Themen-Spielevents, Spielangebote in den Ferien usw., die man ausprobieren könnte. Zum Teil werden in den Quartieren auch bereits Spieleabende angeboten, Jass-Turniere und andere Angebote. Und diese Angebote könnten auch erweitert werden um die Ludotheken-Angebote. Und auch in den Quartiervereinen und Quartiertreffs sind sehr viele Freiwillige im Einsatz.

Auch die Bibliotheken (ebenfalls in vielen Quartieren angesiedelt) wären ideale Orte, wo Spielaktivitäten (und auch Verleih) stattfinden könnten. Wenn man in die Vergangenheit schaut, waren auch die Bibliotheken früher reine Verleih-Büchereien. Zwischenzeitlich sind sie Häuser des Lernens. Mit dem Makerspace und anderen Aktivitäten ist der Verleih nicht mehr die alleinige Attraktion. So sollte es aus unserer Sicht auch bei den Ludotheken sein. Und die Aktivitäten mit den Schulen liessen sich ja auch in den Schulräumlichkeiten durchführen.

In den letzten 35 Jahren haben sich unsere Gesellschaft, die Technik und die Bedürfnisse der Familien verändert. Was den Verleih und Erwerb von günstigen Spielen und Spielgeräten betrifft, ist die Situation heute ziemlich eine andere. Zwischenzeitlich gibt es regelmässige Kinder-Flohmis, Brockenhäuser oder man kauft Spiele auf Riccardo, Tutti oder wie diese Plattformen alle heissen. Viele Familien tauschen Spiele auch gegenseitig aus (das beobachte ich selbst in meinem Quartier; da gibt es Quartier-Chats und dort macht man einen Aufruf, dass man etwas sucht – und meist findet man dann auch das, was man sucht). Dies war vor 30 - 50 Jahren, als die Ludotheken entstanden, alles noch nicht im gleichen Umfang möglich. Und insbesondere der Spielverleih hatte eine ganz andere Bedeutung.

Für die SP ist es klar, dass es bei den Ludotheken eine Neuausrichtung braucht. Deshalb erachten wir es im Sinne dieses Postulats, dass ein Transformationsprozess eingeleitet wird, mit dem Ziel, die organisatorische Einbindung des Angebots zu prüfen, sicherzustellen, dass Spiele und Spielgeräte weiterhin ausgeliehen werden können, dass es stadtweit Angebote des begleiteten und angeleiteten Spielens gibt und dass die nötigen Räumlichkeiten zur Lagerung der Spielgeräte und Spiele zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sind auch Kooperationen und Synergien zu prüfen und mögliche Zusammenarbeitsformen zu überlegen.

In diesem Sinne hoffen wir auf grosse Unterstützung für die Überweisung des Postulats und freuen uns auf die weiteren Tätigkeiten der Ludotheken. Besten Dank

F. Kramer-Schwob (EVP, als Vertretung von D. Roth-Nater): Zum Thema wurde in letzter Zeit schon viel geredet und geschrieben. Uns erscheint nach all dem klar: Die bestehenden Ludotheken müssen in die Zukunft geführt werden. Gabi Stritt hat es gerade schön gesagt: Es braucht einen Transformationsprozess. Dazu braucht es zuerst auch eine Analyse der Bedürfnisse und der Möglichkeiten. Wo gibt es Möglichkeiten, mit dem bestehenden Angebot wie Bibliotheken und Spieltreffs zusammenzuspannen und Synergien zu nutzen? Wo hat es gute Räumlichkeiten mit Platz für ein solches Angebot? Wir hören zum Beispiel, dass nicht alle Quartiertreffpunkte gleich stark ausgelastet sind. Man könnte auch bei den Kirchgemeinden anfragen, ob sie Räumlichkeiten haben.

Man wird sicher Prioritäten setzen müssen. Soll das Ludotheken-Angebot vielleicht am ehesten in Quartieren mit sozialer Belastung bestehen? Dort, wo man am dringendsten Spielmöglichkeiten braucht? Wir wünschen uns auf jeden Fall Begegnungsorte für Familien und die Möglichkeit zu spielen, gerade auch für sozial benachteiligte Kinder. Die Kreativität und der Ernst von Kindern beim Rollenspiel, oder ihr ausgelassenes Lachen bei einer Runde Beaver

Gang oder Ligretto sind doch unbezahlbar – und definitiv Prävention vor übermässigem Handy-Konsum. Dafür muss dann die Stadt übrigens nicht einmal eine Studie machen. Spielen fördert Bildung, Integration und Gesundheit.

Wir als EVP unterstützen, dass die Stadt zusammen mit den Ludotheken einen Weg sucht, wie man das auch in Zukunft auf sinnvolle Art ermöglichen kann. Und wir unterstützen weiterhin das Konzept der kurzen Wege in Winterthur, damit man den Bobby-Car nicht zu weit transportieren muss - damit Winterthur auch morgen eine Stadt bleibt, in der kurze Wege zu starken Gemeinschaften führen.

C. Mancuso (FDP): Die FDP-Fraktion anerkennt, dass das Thema Ludotheken in Winterthur die Bevölkerung stark bewegt. Innerhalb kürzester Zeit wurden 5'000 Unterschriften gesammelt – ein klares Zeichen dafür, dass der Erhalt dieses Angebots ein echtes Bedürfnis ist. Spielen ist ein zentraler Bestandteil der kindlichen Entwicklung. Es fördert Kreativität, soziale Kompetenzen und die Fähigkeit, Konflikte zu lösen. Gerade in einer zunehmend digitalen Welt ist es wichtig, dass die Kinder auch analoge, gemeinschaftliche Spielerfahrungen machen. Die Ludotheken tragen dazu seit Jahrzehnten bei – kostengünstig, niederschwellig und generationenverbindend.

Wir Liberale betonen dabei zwei Punkte:

1. Das Angebot besteht bereits und es funktioniert. Es wurde von Freiwilligen mit viel Engagement aufgebaut, ausgezeichnet und es wird genutzt. Solche Strukturen vorschnell abzubauen, wäre ineffizient und kurzsichtig.
2. Wir erachten die aktuelle Trennung von Bibliotheken und Ludotheken als veraltet und für die Bevölkerung unnötig kompliziert. Die Lösung sehen wir im direkten Dialog zwischen den Institutionen, um Synergien zu nutzen und gemeinsame Angebote zu entwickeln. Ziel ist eine moderne, einfache Struktur, die den Zugang zu Wissen und Spielen gleichermaßen erleichtert.

Die finanziellen Rahmenbedingungen müssen mit der Nachfrage übereinstimmen. Daher begrüssen wir den Anstoss des Stadtrats, möchten aber nochmals auf die Wichtigkeit des Dialogs hinweisen.

Im Sinne der Bevölkerung, der Kinder und einer nachhaltigen Bildungs- und Freizeitpolitik überweist die FDP-Fraktion dieses Postulat.

J. Guddal (GLP): Zuerst wollen wir betonen: Die Ludotheken haben in den vergangenen vier Jahrzehnten mit unzähligen Stunden Freiwilligenarbeit einen grossen Beitrag für Winterthur geleistet. Sie sind Ort der Begegnung, Integration und des spielerischen Lernens – dafür gebührt den Verantwortlichen unser aller Dank und Anerkennung.

Trotzdem lehnen wir den Vorstoss ab. Der Hauptgrund ist, dass sich die Stadt und die Ludotheken mitten in einem laufenden Prozess befinden. Die Stadt, die Ludotheken und weitere Akteure sind in Gesprächen, prüfen Modelle und suchen nach Lösungen. In dieser Phase bereits ein Postulat zu verabschieden, greift dem Verfahren vor und erschwert die konstruktive Weiterarbeit. Zudem sind die Postulatsfaktoren a-d bereits Teil dieser Diskussion. Faktor e (die Finanzierung des Gesamtangebots ist sichergestellt) nimmt viel von den Diskussionen vorweg und engt den Prozess ein. Politische Interventionen sollen erfolgen, wenn die Resultate vorliegen oder wenn es absehbar ist, dass entscheidende Optionen nicht berücksichtigt worden sind – nicht vorher.

Aber mit den Informationen, die wir jetzt zum Zeitpunkt, zu dem die Diskussionen nicht abgeschlossen sind, haben, und die folglich unsere Entscheidungsbasis sind – das wollen wir nicht verbergen -, hat uns die Argumentation von Seiten Stadt überzeugt und das hat vielfältige Gründe:

1. Wirtschaftlichkeit: Die Nettokosten pro ausgeliehenes Medium sind bei den Ludotheken mit 11.81 Franken drei Mal so hoch wie bei den Bibliotheken mit 3.57 Franken.
2. Nachhaltigkeit des Betriebs: Das Modell basiert seit 40 Jahren auf Freiwilligenarbeit. Doch leider scheint der Nachwuchs zu fehlen. Eine langfristig tragfähige Struktur ist fraglich.

3. Gesellschaftlicher Wandel: Wir alle wünschen uns, dass das haptische Spielen einen Aufschwung erlebt. Gerade in einer digitalisierten Welt wäre das wünschenswert. Aber die Realität zeigt: Das Interesse der neuen Generation verschiebt sich stark in den digitalen Raum. Die aktuellen Zahlen sprechen leider eine andere Sprache als unsere Ideale.

4. Synergie: Eine Integration in bestehende Bibliotheken oder Quartierhäuser ist sinnvoll. Sie reduziert Kosten durch geteilte Infrastruktur, erhöht die Sichtbarkeit für Familien und ermöglicht eine zeitgemässe Weiterentwicklung im Verbund mit etablierten Angeboten.

Fazit: Die Ludotheken haben Winterthur positiv geprägt – dafür danken wir herzlich. Doch für die Zukunft braucht es ein tragfähiges Modell. Der Vorschlag der Stadt, das Angebot zu bündeln und Synergien zu nutzen, ist in unseren Augen der richtige Weg. So sichern wir, dass Spielen weiterhin gefördert wird – aber auf eine nachhaltige und finanziell vernünftige Basis gestellt. Wir hoffen sehr, dass sich ein Kompromiss finden lässt.

Ich habe geschlossen.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Die Ludotheken haben wir fraktionsintern intensiv diskutiert. Einig sind wir uns im Punkt, dass es wichtig ist, Spiele und Freizeitgeräte unkompliziert und günstig auszuleihen. Die freiwillige und ehrenamtliche Mitarbeit soll weiterhin gewährleistet sein, denn sie ist wichtig und wir schätzen sie. Die Musikfestwochen beweisen Jahr für Jahr, dass es möglich ist, genügend freiwillige Mitarbeitende zu rekrutieren. Und auch heute im Landboten ist ein Bericht darüber, dass es Freiwilligenarbeit noch gibt und sie geschätzt ist – gerade im Spielbereich. Vielleicht müssen die Ludotheken einfach mehr Werbung betreiben für die Mitarbeit und für ihr Angebot.

Als in Seen wohnend ist mir besonders wichtig, dass wir das wenige, was wir noch an Angeboten in Seen haben, erhalten können – auch die Ludothek. In Seen liegen Bibliothek und Ludothek in nächster Nähe, so dass der Besuch bei beiden in einem Aufwasch möglich war. Oft waren ich und meine drei Kinder beladen mit Büchern, aber auch mit Spielen aller Art. Was gesagt wurde über die Zusammenlegung von Bibliothek und Ludothek: Ich kann mich erinnern, dass in der Ludothek die Freiwilligen jedes Puzzleteil gezählt haben, jeden Stein – unabhängig davon, welches Spiel es war. Und ich habe das immer geschätzt, dass Ihr das macht. Ob die Bibliothekarinnen das dann machen, darauf bin ich gespannt. Und wenn es dann auch mal ein Dreirad oder Einrad war, konnten wir das bequem von der Ludothek nach Hause mitnehmen.

Ludotheken sind sehr nachhaltig und pädagogisch sehr wertvoll. Man muss nicht jedes Spiel oder Gerät selbst besitzen. Man kann es ausleihen, testen - und wenn es dann wirklich ein Herzenswunsch des Kindes ist, sich später wünschen.

Ich bin überzeugt, wenn wir nur eine Ludothek in der Stadt gehabt hätten, hätten wir als Familie keine Spiele und schon gar nicht Freizeitgeräte ausgeliehen. Also Zentralisierung in der Stadt kommt für uns überhaupt nicht in Frage, aus logistischen und verkehrstechnischen Gründen. Und noch ein Hinweis auf diese Seite: Es gab schon zu unserer Zeit Kinder-Flohmis und ähnliches und die Kinder haben gegenseitig auch getauscht.

Also langer Rede kurzer Sinn: Wir wollen mehrere Ludotheken in der Stadt, die von Freiwilligen betrieben werden, aber auch von der Stadt unterstützt werden. Denn Spielen ist auch Frühförderung und Förderung der Kinder.

Wie Cristina bereits erwähnt hat, gab es eine Petition mit über 5'000 Stimmen, welche der Stadtrat entgegengenommen hat. Wir haben auch gehört, dass der Stadtrat mit den Ludotheken daran ist, das weitere Vorgehen zu besprechen und an einer befriedigenden Lösung arbeiten will.

Und damit nicht zu viel Zeit in die Bearbeitung des Vorstosses geht, sondern diese Zeit für die konkrete Lösungsfindung eingesetzt werden kann im Departement, werden wir beim Vorstoss geteilt abstimmen.

Stadtpräsident M. Künzle: Jetzt spreche ich auch die Frauen an – ja, es sind alles Frauen - mit den schönen Foulards, die heute Abend eine grosse Beharrlichkeit an den Tag legen –

aber eben nicht nur heute Abend. Es wurde gesagt: Wir sind dran. Wir müssen noch einen Termin finden, an dem wir zusammensitzen.

Wir haben vor den Sommerferien 5'055 Petitionsunterschriften bekommen. Ich habe es mir durchgeschaut, es sind längst nicht alle von Winterthur, aber das ist egal. Es zeigt, dass die Unterstützung da ist für diese Ludotheken. Es ist ein schönes Zeichen an die Ludotheken. Wir haben schon einen Austausch gehabt, nicht gerade jetzt neu, wir haben in den letzten Monaten immer wieder einen Austausch gehabt. Und da kamen auch Themen auf den Tisch, die jetzt nicht angesprochen worden sind. Und ich möchte auch nicht vertieft darauf eingehen. Ich glaube, wir müssen uns bewegen – aber die Ludotheken müssen sich auch bewegen. Sonst ist das schon gar nicht möglich, wenn man sagt, niederschwellig in der ganzen Stadt. Und das ist das, was mir ein bisschen Sorgen macht. Ich bin der Meinung, wir bringen etwas hin, als Kompromiss mit den Ludotheken. Davon bin ich überzeugt. Aber dafür braucht es kein Postulat. Wir sind Meister im Konzeptschreiben, wir haben schon ganz viele Konzepte gemacht in den verschiedensten Themen. Wir sind Weltmeister. Nicht nur wir hier, in der ganzen Schweiz. Aber wichtig ist das Umsetzen, das Machen. Und das, so denke ich, das bringen wir zusammen hin. Deshalb bin ich da sehr zuversichtlich.

Es hat eine Stelle drin im Postulat, die mich getriggert hat: Das ist, wenn das Angebot der Ludotheken «stadtweit» sichergestellt werden muss. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das dann zum gleichen Preis geht, wie wir es heute haben. Ich glaube, dass wir neue Formen finden müssen, das schaffen wir. Aber wenn dann unten steht, die Finanzierung des Gesamtangebots müsse sichergestellt werden: Das hat ja ein bisschen Bewegung gegeben, das stimmt schon, mit der Miete, auch wenn wir den Vertrag unterschrieben haben. Aber 35% vom Geld, das in das Quartierleben geht, geht an die Mieten der Ludotheken. Und das ist einfach ein sehr grosser Betrag. Und deshalb sind wir auch in der Diskussion darauf gekommen, dass wir an diesem Konzept etwas ändern müssen.

Ich bin der Meinung, es braucht dieses Postulat nicht. Ich bin überzeugt, wir werden uns mit den Ludotheken einigen können. Danke vielmals.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Mike Künzle. Somit stimmen wir jetzt ab über die Überweisung des Postulats.

A = Überweisung; B drückt, wer das nicht möchte.

Abstimmungsergebnis: Das Postulat wird mit 36:16 bei 1 Enthaltung überwiesen.

Somit haben wir dieses Traktandum abgeschlossen und wir machen jetzt noch das Traktandum 8.

8. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.83: Begründung des Postulats D. Rohner (EVP), J. Praetorius (Grüne/AL), L. Jacot (SP) und N. Ernst (GLP) betr. Gross-Solaranlagen in Winterthur

Parlamentspräsident Ph. Weber: Begründung des Postulats betreffend Gross-Solaranlagen in Winterthur. Gibt es einen Ablehnungsantrag? – Das ist der Fall. Zuerst hat das Wort der Erstpostulant Daniel Rohner (EVP).

D. Rohner (EVP): Das Traktandum 5 hat heute Abend schon ein bisschen eine Vorlage gegeben zu diesem Thema. Etwas ist klar: Der Bedarf nach elektrischem Strom in den nächsten Jahren wird nur noch steigen. Ich glaube, wir können fast von einem Hunger danach sprechen.

Denken wir an die Elektrifizierung unseres öffentlichen Verkehrs (was eine super Sache ist), denken wir daran, auch der private Verkehr wird immer elektrischer werden. Unsere Heizungen müssen wir ersetzen, das Öl wird verschwinden. In Winterthur sind wir daran, weitere Grossrechenzentren zu bauen. Und dann hoffen wir auch noch, dass unsere Wirtschaft wachsen wird – und die Bevölkerung wird sowieso zunehmen.

Wir haben es heute schon mehrfach gehört: Den Auftrag haben wir, 2040 Netto-Null. Lokal produzierter Solarstrom kann dabei unterstützen, dieses Ziel zu erreichen. Auch das war ein Thema, «KlimaGold».

Begrüssenswert ist natürlich, wenn Private kleinere oder auch mittlere Anlagen bauen. Aber Grossanlagen können natürlich viel effizienter genutzt werden. Ich war im Sommer oberhalb von Klosters, und dort ist jetzt gerade ein Berg-Solarkraftwerk am Entstehen. Und auch dort gehen die Meinungen auseinander, ob es richtig ist oder nicht, wenn man so etwas in die Natur baut.

Mit diesem Vorstoss geht es mir aber genau darum, dass wir das nicht irgendwo hinbauen, sondern in bebaute Flächen, so dass diese genutzt werden können und die Natur und vor allem auch Landwirtschaftsland nicht tangiert werden.

Stellt Euch vor, wenn nicht nur Dächer, sondern auch verfügbare Flächen genutzt werden können. Diese Anlagen sollen aber nicht am Boden sein, sondern quasi auf Stelzen stehen, damit die Flächen darunter weiterhin genutzt werden können (z.B. für die Industrie: Als Bereitstellungsflächen, als Flächen für die Verschiebung von Industrieerzeugnissen, als Parkplätze usw.). Ich denke da an Industriegebiete, zum Beispiel in der Hardau oder in Oberi, wo es solche Flächen gibt. Oder denkt man an die Grossparkflächen von Einkaufszentren. Vor zwei Jahren waren wir in der Bretagne, die ist nicht gerade berühmt für viel Sonnenschein, sondern eher für Regen. Auch dort ist das bereits Realität. Und auch in Aigle, in der Westschweiz, gibt es ein solches Projekt auf Migros-Parkplätzen, wo genau das verfolgt wird.

Der Wunsch an die Stadt ist jetzt aber nicht, in solche Projekte zu investieren, sondern sie soll Projekte durch günstige Rahmenbedingungen und vor allem durch Vermittlung fördern. Und darunter verstehe ich, dass sich die Stadt Gedanken macht über geeignete Standorte und vor allem darüber, wie man verschiedene Player an den gleichen Tisch bringen könnte. Wer sind die? Das sind Grundstück- und Gebäudebesitzer, das sind Investoren, die in Solarenergie investieren wollen, das sind Energieversorger und Energieunternehmen und vielleicht auch potenzielle Direktkunden.

Die Vorteile, das haben wir heute auch schon mehrere Male gehört, das sind nachhaltig produzierte Energie, bereits verbaute Gebiete und Dächer werden für die Energiegewinnung genutzt, die Natur und die Grünflächen werden nicht tangiert, die Finanzierung soll durch Privatinvestoren passieren. Es sollen finanzielle Anreize für Grund- und Gebäudebesitzer entstehen und vielleicht gibt es auch noch Einnahmen von Stadtwerk, womit allenfalls anfallende Initialisierungskosten refinanziert würden. Es gäbe kurze Transportwege der Energie - und ich glaube, das wäre auch ein Vorzeigeprojekt, wieder einmal Winterthurer Pioniergeist, das auch an anderen Orten Schule machen könnte.

Das eingereichte Postulat möchte also, dass die Stadt ein solches aktives Engagement prüft. Und es ist mir schon klar, dass so etwas auch Herausforderungen mit sich bringt, die irgendwie gelöst werden müssen. Und ich hoffe jetzt aber, dass ich bei kritischen Voten nicht hören muss, dass es nicht möglich ist, sondern dass man da einen Weg finden kann. Danke.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Daniel, für die Begründung des Postulats. Der Ablehnungsantrag kommt wie angekündigt von der SVP und wird begründet von Michi Gross.

M. Gross (SVP): Wir haben die Story jetzt gehört, da kann man ja fast nicht dagegen sein. Das tönt ja wie das 10. Gebot der Klima-Bibel. Es tönt wirklich super.

Nur: Jedes erneuerbare Kraftwerk braucht ein Basiskraftwerk. Vielleicht habt Ihr es noch nicht gemerkt, aber in der Nacht oder im Winter scheint die Sonne selten. Und irgendwo muss der Strom, der dann benötigt wird, auch herkommen. Leider kann man ihn nicht so langfristig speichern, das wisst Ihr auch, deshalb geht das ganze Märchen nicht so auf.

Die SVP lehnt das Postulat ab und stellt auch den Ablehnungsantrag. Wir sind nicht grundsätzlich gegen Solaranlagen (wie die FDP auch nicht). Dieses Postulat verlangt aber eigentlich nur mehr Bürokratie und kostet zusätzlich Geld, also kein Nutzen, aber zusätzliche Kosten und Bürokratie. Einmal mehr Klima-Symbolpolitik wie beim «KlimaGold»-Geschäft. Grosse Solaranlagen können sinnvoll sein, wenn der Strom direkt vor Ort genutzt wird. Das ist richtig. Doch das können die Eigentümer am besten selbst abschätzen und beurteilen. Es braucht keine staatlichen Eingriffe – auch nicht in der Rolle als Koordinatorin. Die geforderte Koordination unter den Privaten findet heute bereits statt. Ein Drängen und Einmischen des Staates, der Stadt, ist nicht erforderlich.

Unwirtschaftliche Gross-Solaranlagen auf Drängen des Staates oder der Stadt auf Vorrat zu bauen, führt nur in den wirtschaftlichen Ruin – und das erleben wir gerade im Moment im Grossversuch am Beispiel Deutschland erleben. Der Energiepreis ist ein wesentlicher Wirtschafts- und Standortfaktor in den meisten Branchen.

Und damit möchte ich zum Schluss wieder einmal ein Grundgesetz – oder ich sage es vielleicht für die Grünen besser oder einfacher - ein Naturgesetz der Ökonomie in Erinnerung rufen: Wohlstand und Wirtschaft, Wohlstand und Marktwirtschaft, Wohlstand und Kapitalismus sind untrennbar. Oder mit Euren Worten: Man muss zuerst etwas erwirtschaften, bevor man es umverteilen kann. Danke vielmals.

J. Praetorius (Grüne/AL): Ich danke meinem Vorredner Dani Rohner, der das Thema gut erklärt hat. Ich hoffe, ich wiederhole jetzt nicht zu oft.

Michi, komm mal aus dem Gedankenschloss zurück und gerne wieder auf den Boden der Tatsachen. Es ist durchaus so, dass wir als Stadt als Koordinatorin funktionieren können für Eigentümerschaften von grossen Arealen, wo das durchaus positiv ausfällt, wenn der Strom lokal genutzt wird. Man kann den Strom dann natürlich auch noch besser umleiten und möglicherweise helfen, das ist dann Ausarbeitungssache.

Fakt ist aber, dass wir in ca. 14 Jahren klimaneutral sein wollen, der Strombedarf aber zunehmen wird aufgrund verschiedener Faktoren, wie es Dani schon gesagt hat. Wir haben auch schon gehört, dass Photovoltaik ein ausschlaggebender, wirksamer Teil dieser ganzen Lösung sein wird. Und dass die benötigten Flächen konfliktarm sein werden, weil sie über bereits versiegelten Flächen, sogenannten toten Asphaltflächen, gebaut werden können.

Was nochmals zu unterstreichen ist:

- Es ist lokal und erneuerbar: Strom aus Winterthur, für Winterthur – das stärkt unsere Versorgungssicherheit. Und mit der ganzen Technologieoffenheit wird es in Zukunft sicher noch bessere Speicherungsmöglichkeiten geben, das wisst Ihr sicher auch.
- Keine zusätzliche Versiegelung: Parkplätze, Umschlags- und Dachflächen werden doppelt genutzt; der Boden bleibt frei.
- Privates Kapital mobilisieren – ein ganz wichtiger Punkt, deshalb erstaunt mich auch der Ablehnungsantrag. Es wird davon gesprochen, dass die Eigentümerinnen und Eigentümer Anreize zur Verfügung gestellt bekommen. Und überdachte Parkfelder schützen zudem vor Hitze, Hagel und Schnee. Das würde dem Klientel der autofahrenden Personen sicher einige Unannehmlichkeiten ersparen.
- Kurze Wege und entlastete Netze sorgen dafür, dass der Verbrauch nahe bei der Produktion genutzt werden kann.

Damit sitzt die Stadt als Koordinatorin zwischen den vier zentralen Akteuren (Grundstück- und Gebäudebesitz, Investoren, Energieversorger sowie – wo sinnvoll – Direktkundschaft) auf dem Areal. Sie priorisiert geeignete Standorte (etwa grosse Handels- und Industrieflächen wie die Industriezone Niederfeld/Hardau in Wülflingen).

Unsere Kernbotschaft lautet: «Ohne neue Versiegelung, mit privatem Kapital und kluger Koordination holen wir auf Park- und Gewerbeflächen sauberen Winterthurer Strom vom Dach – schnell, sichtbar und skalierbar.» Das ist auch so eine Sache, es handelt sich um sehr sichtbare und skalierbare Projekte, was dem ganzen Pioniergeist von Winterthur sehr wohl entsprechen könnte. Daher bitte ich Euch alle – und vielleicht sogar ein paar Spontan-Ument-scheide von rechter Seite – um Unterstützung für dieses Postulat. Danke.

L. Jacot (SP): Ich habe bereits in meinem ersten Votum zum Thema «KlimaGold» ausgeführt, warum es für Winterthur Sinn macht, Solarstrom zu produzieren und zu nutzen – ich muss das also nicht mehr machen.

Für grosse Bezüger von Strom, wie es die Industrie in Winterthur ist, macht es eigentlich neben ökologischer Überlegungen auch wirtschaftlich Sinn, Solarstrom zu produzieren und auch gleich zu nutzen, da sich so Solaranlagen am schnellsten amortisieren. Grossanlagen sind in den Alpen, aber auch in Winterthur, auf der grünen Wiese geplant. Hinter solche Projekte möchte ich durchaus Fragezeichen setzen. Wir haben in der Schweiz aber bereits so viel versiegelte Fläche, dass es wenig sinnvoll ist, noch mehr unversiegelte Flächen mit Solaranlagen zu bedecken.

Dächer, Parkplätze, Freihalteflächen oder Betonbrachen sind im Gegensatz dazu aber relativ viele vorhanden. Und dort Solaranlagen zu bauen, wäre für Winterthur sehr wünschenswert. Wenn die Stadt deren Überbauung mit Solarzellen fördern könnte, wäre das gut.

Als ich mich mit diesem Vorstoss beschäftigt habe, stiess ich tatsächlich nicht auf viele ähnliche Projekte in der Schweiz; ich wurde da nicht wirklich fündig. Umso mehr finde ich aber, dass Winterthur – denn wir sind ja berühmt für unseren Pioniergeist – versuchen sollte, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen. Danke vielmals.

N. Ernst (GLP): Es ist tatsächlich so, dass nur ca. 10% der geeigneten Gewerbedachflächen heute für die Produktion von Solarstrom verwendet werden. Wenn die Stadt Winterthur da niederschwellig Hand bieten kann, Hilfestellung leisten kann, indem sie Grundstückbesitzer informiert und Investoren und das Gewerbe zusammenbringt, dann finden wir das sehr unterstützenswert.

Liebes Stadtparlament, wir wissen alle: Grundsätzlich sind wir sehr träge. Auch wenn man sich schon heute theoretisch im Solarkataster zur Eignung seines Daches für Solarstrom informieren kann, ist es eine ganz andere Sache, wenn man von einer Stadt (z.B. durch ein Schreiben) proaktiv über das Solarpotenzial und damit verbundenen Kosteneinsparungen informiert wird. Wir sehen da grosses Potenzial und unterstützen demnach das vorliegende Postulat.

R. Perroulaz (FDP): Vorab ein grosses Kompliment an die Verfasser des Postulats. Es ist ein seltenes Exemplar, kurz und bündig verfasst, ohne lange Begründung, die Umsetzungsideen sind eigentlich stichwortartig aufgeführt. Ich finde, das ist Pioniergeist.

Das Anliegen ist für uns also klar ersichtlich - wir sind aber trotzdem nicht dafür. Zu früh gefreut.

Zweifellos steht die FDP hinter dem Anliegen, die Sonne als unendlicher Energielieferant zu nutzen und die Erstellung von Solaranlagen in Winterthur zu ermöglichen. Auch aus unserer Sicht hat es noch viel Potenzial, viele Dach- und Bodenflächen würden sich gut eignen, die direkt der Sonne ausgesetzt sind. Und ganz generell sollte die Bewilligung solcher Anlagen beschleunigt werden und nicht in der Verwaltung steckenbleiben.

Viele haben jetzt ein bisschen ausgeholt, ich versuche die Antwort nur auf das Postulat zu münzen und nicht darauf, wie gut Solarstrom eigentlich ist. Das habe ich gerade schon gesagt. Für uns ist zentral, dass eine städtische Koordinationsstelle für Grosssolaranlagen nicht notwendig ist. Das ist schlicht keine städtische Aufgabe. Die technische Komplexität solcher Anlagen würden auch entsprechende Kompetenzen seitens Verwaltung erfordern, um diese Koordinationsaufgabe überhaupt professionell wahrnehmen zu können. Ich sage nicht, dass diese Kompetenzen heute nicht schon da wären, aber diese wollen wir lieber dort einsetzen, wo sie heute schon ist, bei Stadtwerk zum Beispiel.

Das Knowhow und die Erfahrung zur Realisierung solcher Anlagen liegt heute eindeutig im Privatbereich. Die privaten Investoren, die solche grossen Anlagen auf ihren Gewerbegebäuden projektieren wollen, benötigen 1. keine städtische Koordination und beauftragen 2. ohnehin heute schon Profis, die dann mit ihren Baugesuchen an die Stadt gelangen für Vorabklärungen und dann auch für die Bewilligung an sich.

Wir wollen also keine zusätzliche Stelle oder zusätzlichen Stellen schaffen (wir wissen ja noch nicht, um wie viel es da geht) für etwas, was die Stadt eigentlich nicht optimal abdecken kann und wofür auch heute schon ein schlüssiger Prozess besteht aus unserer Sicht. Die Stadt sollte nicht aktiv auf private Grundeigentümerschaften zugehen, sondern sie sollte sich auf Solaranlagen auf den eigenen Liegenschaften fokussieren. Alleine schon das weist sehr viel Potenzial auch, aber eben auch schon sehr viel Koordinationsaufwand verwaltungsintern, in der Koordination, in der Planung, im ganzen Aufwand zwischen den einzelnen Stellen. Innovative Projekte wie die erste befahrbare Solarstrasse der Schweiz (beim Innovationslabor Grüze) sind da ein spannender Ansatz, ich habe das eigentlich sehr gerne gelesen, dass die Stadt da investiert. Und das liegt im Einsatzbereich oder im Einsatzgebiet der Stadt. Somit möchte ich zum Schluss kommen. Den Ablehnungsantrag der SVP, von Michi Gross, werden wir unterstützen und sind somit nicht für die Überweisung dieses Postulats. Merci vielmals.

M. Wäckerlin (SVP): Offensichtlich macht diese Stadt inzwischen so viel «Gschmöis», dass Ihr selbst nicht mehr wisst, was die Stadt macht. Ich kann auf das GIS der Stadt Winterthur gehen, dort sehe ich mein Haus, ich sehe mein Dach, ich sehe, wie viele kWh pro Jahr ich dort mit dem Solardach produzieren kann - Euer Vorstoss ist absolut überflüssig. Danach kann ich zu einem Anbieter gehen und dort anfragen. Und der einzige Grund, weshalb ich es nicht mache, ist der, dass das Speichern des Stroms noch viel zu teuer ist. Merci vielmal.

D. Rohner (EVP): Danke, Raphael, für das Kompliment für die Klarheit des Vorstosses. Ich merke aber, dass er vielleicht nicht für alle klar war und auch nicht von allen verstanden wurde.

Wenn ich höre von Michi Gross «kein Mehrwert» - natürlich ist es ein Mehrwert, es wird Energie produziert.

Ich habe keine Sekunde von «Drängen des Staates» gesprochen, sondern von einem Fördern der Stadt an verschiedene Player. Das ist die Idee.

Und ich spreche auch nicht vom 10. Gebot der Klimapolitik, sondern schon vom 1. Gebot der Marktwirtschaft. Ich glaube, da kann wirklich etwas produziert werden, das eben nicht subventioniert wird. Du hast Deutschland erwähnt, wo Windenergie und weiss nicht was subventioniert werden. Das ist überhaupt nicht die Idee. Sondern es soll privat finanziert werden und privat so eingespiesen werden. Das einfach noch als Ergänzung.

Stadtrat St. Fritschi: Ich möchte Lea Jacot noch kurz sagen, wo sie es findet in der Schweiz, wenn sie nicht ins Ausland möchte. Du kannst nach Jakobsbad gehen im Appenzellerland, dort ist der Parkplatz der Jakobsbad-Kronberg-Bahn. Dieser hat eine grossflächige Faltdachanlage, die kannst Du Dir also aus nächster Nähe anschauen gehen.

Vielleicht überschätzt Ihr die Rolle von Stadtwerk. Ihr habt jetzt einen potenziellen Kunden wie Marc Wäckerlin gehört. Da sollen wir vorbeigehen können und Ihr meint, wegen Stadtwerk wird dann ein Kunde wie Herr Wäckerlin eine Solaranlage auf das Dach montieren? Da überschätzt Ihr unsere Fähigkeiten.

Und Ihr unterschätzt die Fähigkeiten der Investoren und der Immobilienfirmen. Und ich spreche von grossen Immobilienfirmen. Die meisten Immobilienfirmen haben Profis am Werk, die ganz genau wissen, wie man eine PV-Anlage ausrechnet und wie man sie installiert und wo man diese platziert. Ich spreche von grossen Immobilienfirmen, die ganze Abteilungen haben, die nichts anderes machen als das. Und wenn wir bei Stadtwerk das koordinieren wollten, würde das bedeuten, wir müssten mindestens eine Person anstellen, welche dann koordinieren muss. Aber ob dann diese Person wirklich zum Ziel kommt, wenn diese zu diesen Firmen geht und sagt, sie bräuchten jetzt da eine PV-Anlage auf dem Dach oder auf dem Parkplatz oder auf der Strasse – das wage ich zu bezweifeln.

Aber vielleicht noch etwas zum Sagen wegen der Förderung: Wir haben sie bewusst nicht in unserem Förderprogramm, die grossflächigen Anlagen. Denn grossflächige Anlagen müssen

wirtschaftlich sein, in sich; und sonst ist das ganz schwierig, den vielen Kleinkunden das Geld abzuziehen für ein paar wenige Grossanlagen. Deshalb haben wir das bewusst nicht in die Förderung hineingenommen. Mit der Förderung wollen wir lieber die kleinen Anlagen fördern, die für den Eigenverbrauch sehr sinnvoll sind; aber die grossflächigen Anlagen müssen wirtschaftlich sein.

Wir als Stadt Winterthur sind über Stadtwerk schon beteiligt. Ich darf Ihnen verkünden, dass wir eine Beteiligung haben im alpinen Raum, mit grossen PV-Anlagen im Alpin-Raum – wo wir den Strom auch beziehen werden und ihn in unsere Grundversorgung aufnehmen werden. Das hat einen grossen Vorteil, denn die PV-Produktion im Alpinraum hat den grossen Vorteil, dass die Stromproduktion im Winter viel grösser ist als bei uns – für diejenigen, welche die Nebeldecke in unserer Gegend kennen.

Wir vom Stadtrat finden es nicht unbedingt zielführend, auch wenn wir alle dasselbe wollen. Wir wollen mehr PV-Strom, auch auf unseren Breiten – aber ich glaube, Ihr überschätzt die Fähigkeiten von Stadtwerk und der Stadt Winterthur.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Stefan. Somit sind wir abstimmungsbereit. Wer das Postulat überweisen möchte, drückt A. Wer es abweisen möchte, drückt B. Abstimmungsergebnis: Das Postulat wird mit 32:21 Stimmen bei 0 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.

Somit ist das Geschäft abgeschlossen und ich werde auch die heutige Sitzung gleich schliessen – nachdem ich noch den Hinweis gemacht habe, dass wir am 15. September die Fragestunde haben und die Fragen mit maximal 1'000 Zeichen bis am Donnerstag, 11.09. eintreffen müssen. Bei Verstoß gegen das eine der beiden Sachen werden sie ignoriert. Und somit wünsche ich Euch eine gute Zeit.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

Ph. Weber (SP)

S. Kocher (GLP)

Ph. Angele (SVP)

Abstimmungstitel**2. Verpflichtungskredit Fr. 5'728'000 für den Neubau Frauenfelderstr. etc.
(2025.33)**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 25.August.2025 17:43:50
Abstimmungsfrage Antrag gem. Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	23
B: Ablehnung	29
Enthaltung	1
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	Nicht anwesend
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	B: Ablehnung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	B: Ablehnung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	B: Ablehnung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	B: Ablehnung
Hugentobler Roman	Nicht anwesend
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	B: Ablehnung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	B: Ablehnung
Oeschger Benedikt	B: Ablehnung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	Enthaltung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	Nicht anwesend
Rupper Lukas	B: Ablehnung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	Nicht anwesend
Steiner Annetta	B: Ablehnung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	B: Ablehnung

Abstimmungstitel**3. Bau- und Zonenordnung, Teilrevision Interkant. Vereinbarung Harmonisierung
Baubegriffe: Festsetzung**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 25.August.2025 18:10:19
Abstimmungsfrage SBK Änderungsantrag Art. 70a Abs. 3 BZO (Dachgestaltung)

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	29
B: Ablehnung	24
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
..	..
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Segal Christian	Nicht anwesend
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	Nicht anwesend
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	Nicht anwesend
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	Nicht anwesend
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**3. Bau- und Zonenordnung, Teilrevision Interkant. Vereinbarung Harmonisierung
Baubegriffe: Festsetzung**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 25.August.2025 18:11:06
Abstimmungsfrage Festsetzung BZO Teilrevision inkl. Änderung Art. 70a Abs.3

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
..	..
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	Nicht anwesend
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	Nicht anwesend
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	Nicht anwesend
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	Nicht anwesend
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**3. Bau- und Zonenordnung, Teilrevision Interkant. Vereinbarung Harmonisierung Baubegriffe: Festsetzung**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 25.August.2025 18:11:52
Abstimmungsfrage Einladung Stadtrat Einholung kant. Genehmigung etc.

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
..	..
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	Nicht anwesend
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	Nicht anwesend
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	Nicht anwesend
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	Nicht anwesend
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**3. Bau- und Zonenordnung, Teilrevision Interkant. Vereinbarung Harmonisierung Baubegriffe: Festsetzung**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 25.August.2025 18:12:41
Abstimmungsfrage Erneute Fristerstreckung Umsetzung Motion 2021.10 bis 01.03.2027

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
..	A: Zustimmung
Angele Philipp	Kein Abstimmrecht
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	Nicht anwesend
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	Nicht anwesend
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	Nicht anwesend
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	Nicht anwesend
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**4. Projektierungskredit von Fr. 1.4 Mio für den Neubau des Stadtarchivs**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 25.August.2025 20:14:46
Abstimmungsfrage Ergänzungsantrag AK

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	49
B: Ablehnung	3
Enthaltung	1
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
..	..
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	Nicht anwesend
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Nicht anwesend
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	Nicht anwesend
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Enthaltung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	Nicht anwesend
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	Nicht anwesend
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**4. Projektierungskredit von Fr. 1.4 Mio für den Neubau des Stadtarchivs**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 25.August.2025 20:15:44
Abstimmungsfrage Rückweisung mit Aufträgen gem. Antrag SBK/AK inkl. Fristerstreckung

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	47
B: Ablehnung	5
Enthaltung	1
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
..	..
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	Nicht anwesend
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Nicht anwesend
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	Nicht anwesend
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Enthaltung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	Nicht anwesend
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	Nicht anwesend
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Neue jährlich wiederkehrende Mehrausgaben für den Bezug des Stromproduktes "KlimaGold" durch die Stadtverwaltung**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 25.August.2025 20:44:00
Abstimmungsfrage Weisungsantrag 1: Mehrausgaben Fr. 350'000 pro Jahr

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	33
B: Ablehnung	20
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	Nicht anwesend
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Nicht anwesend
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	B: Ablehnung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	Nicht anwesend
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	Nicht anwesend
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	Nicht anwesend
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	B: Ablehnung

Abstimmungstitel**5. Neue jährlich wiederkehrende Mehrausgaben für den Bezug des Stromproduktes "KlimaGold" durch die Stadtverwaltung**

Abstimmungsmodus

Offen

Abstimmungsdatum

25.August.2025 20:44:47

Abstimmungsfrage

Weisungsantrag 2: Ermächtigung Stadtrat Wechsel auf günstigeres Produkt

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	47
B: Ablehnung	6
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
..	..
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	Nicht anwesend
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Nicht anwesend
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	Nicht anwesend
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	Nicht anwesend
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	Nicht anwesend
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**6. Zusatzkredit von jährlich wiederkehrend Fr. 119'000 für Mitgliederbeitrag IG Rettungsdienst Region Winterthur**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 25.August.2025 20:53:06
Abstimmungsfrage Antrag gem. Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	52
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	52
Nicht abgestimmt	2

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	Nicht anwesend
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Nicht anwesend
Geering Andreas	Nicht abgestimmt
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	Nicht anwesend
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	Nicht anwesend
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	Nicht anwesend
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Begründung Postulat betr. Erhalt des Angebots und Weiterentwicklung Ludotheken der Stadt Winterthur**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 25.August.2025 21:40:09
Abstimmungsfrage Überweisung an Stadtrat

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	36
B: Ablehnung	16
Enthaltung	1
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	Nicht anwesend
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	B: Ablehnung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Nicht anwesend
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	Enthaltung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	B: Ablehnung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	B: Ablehnung
Hugentobler Roman	Nicht anwesend
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	B: Ablehnung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	B: Ablehnung
Oeschger Benedikt	B: Ablehnung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	Nicht anwesend
Rupper Lukas	B: Ablehnung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	Nicht anwesend
Steiner Annetta	B: Ablehnung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**8. Begründung Postulat betr. Gross-Solaranlagen in Winterthur**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 25.August.2025 22:03:03
Abstimmungsfrage Überweisung an Stadtrat

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	32
B: Ablehnung	21
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Nicht anwesend
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Nicht anwesend
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	Nicht anwesend
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Nicht anwesend
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	B: Ablehnung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	Nicht anwesend
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	Nicht anwesend
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	Nicht anwesend
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	B: Ablehnung